neue kritik

April 1965 D 7739 F

29

Manfred Liebel Parteienkartell und Große Koalition | Wilhelm Bauer Positionen in Vietnam | Lelio Basso Sozialdemokratie heute | Ulrich Herbst Zur Ideologie der Vermögensbildung | Dietrich Hoss Zur Arbeit der Arbeitshefte | Jens-Jörg Koch Arbeiter in der Freizeit | Erich Kuby Kein Tucholsky heute

Inhaltsverzeichnis

Manfred Liebel	3	Parteienkartell und Große Koalition
Wilhelm Bauer	6	Positionen in Vietnam
Lelio Basso	8	Sozialdemokratie heute
Dietrich Hoss	12	Zur Arbeit der Arbeitshefte
Thomas von der Vring	17	Antikritisches zur Strategiediskussion (II)
Ulrich Herbst	22	Zur Ideologie der Vermögensbildung
Jens-Jörg Koch	27	Arbeiter in der Freizeit
Erich Kuby	30	Kein Tucholsky heute
Helmut Schauer	33	Rede auf der DK des SHB
BDIS/HSU/LSD/SHB/SDS	35	Erklärung zur Notstandsgesetzgebung

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 29, april 1965, 6. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.
nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.
neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: wilhelm bauer, thomas leithäuser, claudio pozzoli, xenia rajewski, gunter wegeleben (verantwortlich)
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik
vertrieb: heiner schäfer
anzeigenredaktion: rita harmuth
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin
manfred liebel, hamburg
erscheinungsort: frankfurt am main.
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, kurfürstenstr. 8, tel. 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich eines heftes in doppeltem umfang.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / lifl 1,50. plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.

postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik 551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank.
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh.
umschlagentwurf: maria fraxedas.

An den Leser

Die Diskussion in der neuen kritik vor den Wahlen wird vorwiegend innenpolitischen Phänomenen gelten. Dabei sollen sowohl Aspekte der Parteienentwicklung als auch allgemeine gesellschaftliche Tendenzen in der Bundesrepublik, deren Erkenntnis nötig ist zur Analyse der Vorgänge im politischen Bereich, erörtert werden. Der Versuch der Handlungsorientierung wird fraglos darunter leiden, daß politische Aufklärung heute in der Bundesrepublik vielfach bei der Orientierung stehenbleiben muß und nicht zum Aufweis von konkreten Handlungsmöglichkeiten gelangt. Manfred Liebels Kommentar zu den Verselbständigungstendenzen der Parteien gegenüber demokratischer Kontrolle ist der sehr aktuelle Auftakt zu den vorgesehenen politischen Analysen.

Lelio Bassos Aufsatz über „Sozialdemokratie heute" liefert ein Interpretationsschema für die Transformationen der westeuropäischen Sozialdemokratie nach dem 2. Weltkrieg, dessen Reichweite in den nächsten Heften erörtert werden soll.

Wie Bassos Versuch zielen auch die Beiträge von Dietrich Hoss, Thomas von der Vring und Ulrich Herbst auf die Abgrenzung sozialistischer von sozialdemokratischer Politik.

Erich Kubys Rede über Tucholsky stellt die Frage nach den institutionellen Bedingungen, unter denen kritische Intelligenz heute aus der Isolation herauszutreten und gesellschaftlichen Einfluß auszuüben vermag.

Wir möchten unsere Abonnenten erneut daran erinnern, daß das Erscheinen der nk von der regelmäßigen Bezahlung der Abonnements abhängig ist.

Parteienkartell und Große Koalition

Zu Beginn dieses Wahljahres sah sich ein weithin als seriös geachtetes liberales Blatt veranlaßt, zu warnen: „Die Parteien hätten allen Grund, Niemöllers Vorschlag als Symptom ernst zu nehmen" („Süddeutsche Zeitung", 2. 1. 1965). Wie erinnerlich, hatte Martin Niemöller öffentlich aufgefordert, die kommenden Bundestagswahlen durch Abgabe ungültig gemachter Stimmzettel ihres demokratischen Heiligenscheins zu berauben. Läßt sich in der Aufforderung einerseits ein Symptom sehen für die weiter ins Kraut geschossene autoritäre Entwicklung des bundesdeutschen Staatswesens, so andererseits das Eingeständnis der Ohnmacht durch diejenigen, die sich bislang der Anpassung an diese Entwicklung entzogen haben.

Wie wenig die großen Parteien den Appell des bislang als unbequem geltenden Bürgers Niemöller ernst zu nehmen gezwungen waren, zeigte ihre „einmütige, fast schon verdächtige routinemäßige Entrüstung" („Stuttgarter Zeitung", 5. 1. 1965). Namens der SPD hatte sich Herbert Wehner am schnellsten entrüstet. In einem Interview mit der springereigenen „Welt am Sonntag", in dem er Niemöller zum „politischen Niemand" kürte, stellte er damals im Brustton tiefster Renegatenüberzeugung fest: „Wahrhaftig, uns geht es um die deutschen Dinge und nicht um die Zukunft der Parteiorganisation oder um ein diktatorisches Regiment. Weil wir wissen, daß uns das deutsche Volk so einschätzt, werden Niemöllers Tiraden ungehört verhallen" („Welt am Sonntag", 3. 1. 1965).

Folgerichtig bescheinigte der CDU-Bundestagsabgeordnete Müller-Hermann „dem deutschen Volk", die Konzentration auf wenige staatstragende Parteien sei zugleich ein Ausdruck politischer Reife. Niemöllers Vorwürfe dagegen „an die Adresse der im Bundestag vertretenen politischen Parteien, sie unterwanderten durch ihre Monopolstellung die Demokratie . . ., zeugen . . . nicht von staatspolitischem Verantwortungsbewußtsein" („Deutschland-Union-Dienst", 4. 1. 1965).

Niemöller hatte einen zwar starken, hinsichtlich des aufrechterhaltenen demokratischen Anspruchs dieses Staates jedoch noch empfindsamen Nerv berührt: die Staatsräson der die Bundesrepublik verwaltenden staatstragenden Parteien. Es soll hier nicht Niemöllers inzwischen fünf Monate zurückliegender Artikel kommentiert, sondern aufgezeigt werden: 1. Worin die autoritäre Entwicklung der Bundesrepublik sich heute manifestiert. 2. Ob es ein geeignetes und ausreichendes Mittel ist, ihr durch ungültige Stimmzettel bei der kommenden Bundestagswahl zu begegnen.

Die autoritäre innenpolitische Entwicklung zeigt sich heute vor allem an sechs Symptomen:

1. der staatlichen Finanzierung der staatstragenden Parteien, die im Bundestag vertreten sind;
2. der zum Teil postulierten, zum Teil realisierten, in jedem Fall wachsenden Einmütigkeit oder, wie Karl Hermann Flach in der „Frankfurter Rundschau" (9. 1. 1965) es ausdrückte, „dem Kartell der drei Bonner Parteien";
3. der verbreiteten Unduldsamkeit gegenüber öffentlicher Kritik an geplanten oder vollzogenen Entscheidungen der zentralen Parteiinstanzen;
4. dem Abschirmen von Entscheidungen der Exekutive und der Parteiführungen vor der Öffentlichkeit;
5. der im Falle eines Wahlsieges der SPD wahrscheinlichen Großen Koalition;
6. dem größtenteils vor der Verabschiedung stehenden Komplex der Notstandsgesetzgebung, die die genannten Entwicklungen nicht nur symbolisiert, sondern sie auch sanktionieren würde.

Hier steht nur die demokratische Legitimation und Kontrolle der politischen Institutionen in Frage, nicht die insgesamt wachsende Bedeutung des Staates und seiner Instanzen für die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung. Die breite Kontrolle des politischen Bereichs gewinnt in dem Maße an Wichtigkeit, in dem dessen Einfluß auf ökonomische Entscheidungen und die gesamte gesellschaftliche Entwicklung zunimmt. Heute müssen wir freilich feststellen, daß die Kontrollmöglichkeiten gegenüber der bedeutsamer werdenden politischen Entscheidungen rapide abgebaut werden, daß solche Machtausweitung des Bereichs gesamtgesellschaftlicher Entscheidungen mit dessen Verselbständigung gegenüber den Massen erkauft wird.

Die staatliche Parteifinanzierung verspricht noch vor den Bundestagswahlen in neuem Ausmaß gesetzlich legitimierter Brauch zu werden. Nach Angaben des „Spiegel" „teilten sich die vier Bonner Bundeshaus-Parteien (1962) schon 20 Millionen Etatgelder; 1964 erhöhte man den Fonds um 90 Prozent auf 38 Millionen Mark . . . Die SPD empfing damit rund 26 Prozent, die CDU 45 Prozent und die FDP sogar 63 Prozent ihrer Einnahmen aus dem Bundeshaushalt" („Der Spiegel", Nr. 6, 3. 2. 1965, S. 20). Nun soll der Betrag via Gesetz um weitere 135 Prozent auf 90 Millionen Mark erhöht werden. Zwar forderte die SPD, die Parteien sollten sich mit zweckgebundenen Staatszuschüssen für Sonderaufgaben begnügen, doch mit solchen Sonderwünschen läßt sich der Trend nicht aufhalten, der insgesamt symptomatisch ist für den Prozeß der Identifizierung der Parlamentsparteien mit dem in der Staatsräson kulminierenden herrschenden Interesse.

Die SPD war in den ersten zehn Jahren der Bundesrepublik die einzige größere Partei, deren innere Struktur dem Postulat des Grundgesetzes nach „demokratischen Grundsätzen" (Artikel 21) noch annähernd entsprach. Ihr Selbstverständnis als Arbeiterpartei ermöglichte der Masse der Mitglieder, das politische Bild der Partei einigermaßen mitzuprägen. Ihr neues Selbstverständnis als Volkspartei führte sie nicht nur zur völligen Identifikation mit dem bürgerlichen Staat, sondern erlaubte ihr auch, an Maßnahmen sich zu beteiligen, die ihre eigene Struktur und innerparteiliche

Willensbildung den autoritären Notwendigkeiten der spätbürgerlichen Gesellschaft anglich. Die staatliche Finanzierung in dem zu erwartenden Ausmaß vollendet den Prozeß, der politisch selbständig denkende Mitglieder überflüssig macht. Glanzvolle Parteitagsschauen einmütiger Begeisterung für den rechten Weg der Führer ließen sich noch glanzvoller gestalten, wenn man sich entschlösse, zahlende Mitglieder vollends durch bezahlte Statisten zu ersetzen.

Das Kartell der drei Bonner Parteien zeigt bereits Züge einer Großen Koalition oder, was kaum einen Unterschied ausmachte, eines „Nationalen Allparteienkabinetts". Sie wurden in dem Maße deutlich, in dem die SPD der ihr unzeitgemäß scheinenden Oppositionsrolle durch Anpassung und Anbiederung an die politischen Positionen der Exekutive zu entschlüpfen suchte. Sie zeigten sich immer mehr auch in der Form der SPD-Stellungnahmen, die sich den Anschein von Regierungserklärungen geben. „Bereits im ‚Vorhof der Macht' sich wähnend, vollzog die SPD auf dem Karlsruher Parteitag in Wort und Tat endgültig ihren nicht mehr zurückzunehmenden Einzug in das Allerheiligste der Macht bzw. sie handelte und redete bereits so, ‚als ob' sie in dieses Allerheiligste der Macht eingezogen sei" (Theo Pirker: „Die SPD nach Hitler", München 1965, S. 339 f.)

Das Gesicht der Großen Koalition zeigt sich weiterhin in den meist wirkungsvollen Versuchen, Kritik, die aus dem parlamentarisch gesteckten Rahmen fällt und Auswirkungen erwarten läßt, zu verfemen und, wenn möglich, wie in den öffentlich-rechtlichen Anstalten, zu unterdrücken. Man stelle sich einen Kommentator vor, der auf dem Bildschirm des Ersten oder Zweiten Deutschen Fernsehens die Anerkennung der DDR als vernünftige politische Alternative zur Hallstein-Doktrin empfiehlt.

Die Opposition gegen Kritik wird heute oft mit dem Argument zu rechtfertigen versucht, die Politik unterliege mehr denn je bestimmten Sachzwängen, die die politischen Alternativen zwangsläufig einengen, wenn nicht gegenstandslos machen müßten. Die ideologische Funktion dieser These wird besonders da deutlich, wo politische Entscheidungen, um Alternativen von vornherein ad absurdum zu führen, mit angeblich sachimmanenten Erfordernissen begründet werden, wie das zum Teil auch in der anstehenden Notstandsgesetzgebung geschieht. So wurde zu ihrer Begründung behauptet, da in Notsituationen nur besondere Vollmachten das Weiterfunktionieren des Staates ermöglichten, sei bei einem Fehlen gesetzlicher Notstandsregelungen die Exekutive geradezu gezwungen, sich diese Vollmachten unter Umgehung des Grundgesetzes anzueignen. Abgesehen von der handfesten Drohung, die in dieser Behauptung steckt, wird hiermit der zum Dummen gestempelt, der überhaupt an Alternativen festhält. Von hier bis zu dem Vorwurf ist nur ein Schritt, der hemme den Ablauf des Geschehens, die rationelle Perfektion, der Alternativen aufzeigt, die auf eine Beteiligung der Massen an der Macht und ihrem Schutz vor der berechneten Willkür hinauslaufen.

Die Einmütigkeit in der Entrüstung über nicht-institutionalisierte, öffentlich bedeutsame Kritik am Bestehenden oder zu Erwartenden bedarf bereits kaum irgendwelcher Koalitions- oder Parteiabsprachen mehr: das Spiel wird fast schon aus dem Handgelenk beherrscht und mit der Bevölkerung zum Zwecke politischer Reifung eingeübt. Noch gab es Pannen aus Ungeschick, wo die galoppierende Staatsräson ein zu auffälliges Tempo einschlug: bei Adenauers Fernsehplan, beim ersten Anlauf zu den Notstandsplanungen, zuletzt bei der Landesverratsplanung, deren vorläufiges Scheitern unter dem Signum „Spiegel"-Affäre in die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte einging, und bei der außerparlamentarischen Aufdeckung eines schon ausgebildeten, hemdsärmelig betriebenen Bespitzelungs- und Abhörsystems. Doch die zunächst noch leidlich erfolgreichen Widerstandsversuche nehmen immer mehr den Charakter von Affären an, worin die Kurzfristigkeit ihrer Wirkung zum Ausdruck kommen mag.

Nun könnte einer einwenden, öffentlichem, politischem Widerstand werde zwar mit Entrüstung, notfalls mit Lügen statt mit Gegenargumenten begegnet, doch seien wir von ihrer Einmütigkeit innerhalb des Kartells noch immer entfernt. Der SPD-Wehrexperte Wienand hat schließlich den Verteidigungsminister (nicht die Grundzüge der Militärpolitik) angegriffen, Erler hat Verhandlungen über die Ostgrenzen vor der Wiedervereinigung vorgeschlagen, und Brandt hat, ohne die Bundesregierung um Erlaubnis zu bitten, dem amerikanischen Außenminister einige Gedanken zur Ostpolitik aufgezeichnet, um die dieser gebeten hatte. Gab es da nicht Gefechte?

Es gab Gefechte. Doch der ihnen folgende Katzenjammer offenbarte, daß man selbst die dosierte Kritik noch vermieden hätte, wenn man ihre lautstarken Folgen geahnt hätte. Dabei hätte das Ahnen nicht schwerzufallen brauchen. Der Mechanismus der mit Macht ausgestatteten Unduldsamkeit, den die SPD hier noch einmal am eigenen Leibe erfuhr, wird ja ansonsten von der SPD kräftig mit in Gang gehalten. Die Reaktion auf Niemöllers Artikel war dafür ebenso typisch wie Wehners erneute Erklärung zum diesjährigen Ostermarsch. Niemöller bewegte sich nämlich ebenso außerhalb des Rahmens wie die Kampagne für Abrüstung oder der SDS.

Die Auseinandersetzung über die Verlängerung der Verjährungsfrist von NS-Verbrechen hat einen Hinweis darauf gegeben, daß es zu abstrakt wäre, diesen Rahmen lediglich im Parlament zu sehen. Sie hat gezeigt, daß das Parlament selber und die in ihm möglichen Entscheidungen im Rahmen der inzwischen etablierten autoritären Gesamtstruktur der bundesdeutschen Gesellschaft mit den ihr eigenen politischen Trends gesehen werden müssen, die auch im Parlament nur sehr bedingt von einzelnen Personen durchbrochen werden können. Ohne den massiven Druck des Auslandes, der die Bundesrepublik an ihrem weiter aufrechterhaltenen Anspruch demokratischen Neubeginns nach dem

Zusammenbruch des faschistischen Staates erinnerte, wären weder der Antrag auf generelle Aufhebung der Verjährungsfrist noch die erste Debatte des Parlaments in dieser Frage in der erlebten Weise zustande gekommen. Der scheinheilige Kompromiß, mit dem die Fraktionsführungen ganz im zu erwartenden Stil einer Großen Koalition hinter verschlossenen Türen die Debatte beendeten, bevor sie selbst zu Ende geführt war, war angesichts des allgemeinen Trends folgerichtiger als die letzten Endes illusionären Ausbruchsversuche einzelner Abgeordneter.

Sehen wir im Deutschen Bundestag und seinen Mitgliedern eine Art Personifizierung des allgemeinen restaurativen, autoritären und zunehmend nationalistischen (cf. Heinz Grossmann: „Stichworte von rechts", nk 28, S. 3 f.) Trends, so bewegten sich die Abgeordneten Benda und Arndt in der ihnen „am Herzen liegenden" Frage ebenso außerhalb dieses Rahmens wie es außerparlamentarische Gruppierungen, einschließlich des Deutschen Gewerkschaftsbundes, seit Jahren tun, wenn sie auf der Aufrechterhaltung demokratischer Verhältnisse beharren und sich selbst als ein Stück Demokratie begreifen. Eine Partei wie die CSU, samt ihrem jüngst mit großer Mehrheit wiedergewählten Vorsitzenden Strauß, bildet dagegen eine Art Avantgarde innerhalb des Trend-Rahmens. Wie sehr das ihre Aussichten im bundesdeutschen Staatsgefüge begünstigt — trotz aller Beteuerungen aus FDP und SPD, sie würden sich einer erneuten Regierungsbeteiligung des Franz Josef Strauß widersetzen —, zeigt beispielsweise, daß der „Stern" die Hoffnung, Strauß werde sich durch eigene Artikel selber in der Öffentlichkeit disqualifizieren, inzwischen begrub. Wie Wehner auch heute nicht zögern würde, Niemöller zu verketzern, hätte Brandt von sich aus nicht aufgehört, mit Strauß im „Stern" zu koexistieren. Nicht eine Zeile Brandts, in der er mit seinem Ko-Autor Strauß wenigstens die Klinge gekreuzt hätte.

In diesem Sinne führten Brandts Assistenten Bahr und Schütz bereits im Januar mit Barzel Geheimgespräche über das Zustandekommen der Großen Koalition nach den Wahllen (siehe „Frankfurter Rundschau", 23. 1. 1965). Sie würde den Rahmen, in dem sie ihn institutionalisierte, endgültig abdichten und den Trend am Abbiegen hindern. Vorläufig sind den Absprachen zwischen den Parteien, zwischen Regierung und formaler Opposition da noch Grenzen gesteckt, wo öffentliche Kritik noch außerparlamentarisch sich durchsetzen und die Exekutive hindern kann, willkürlich Entscheidungsbereiche als staatliche Geheimnissphäre von jeder äußeren Einflußnahme abzuschirmen. Die Große Koalition mag der SPD erlauben, ein wenig weiter in die Geheimnissphäre einzudringen, die politischen Entscheidungen würden danach vollends in diesem Bereich vorbereitet und vollzogen. Mit der Großen Koalition wäre eine weitere wesentliche Einschränkung der Öffentlichkeitssphäre selber erreicht. „Weder die öffentliche Meinung, falls eine solche unabhängig von den mit den großen Parteien verflochtenen Interessengruppen existieren sollte, noch die unbedeutende und oft doktrinäre Opposition aus Prinzip, hat genug Spielraum, Verwaltungskenntnis und Publikationsautorität, um ein Gegengewicht gegen die Abwesenheit einer wirksamen parlamentarischen Opposition abzugeben" — schrieb Otto Kirchheimer 1957 zum Beispiel eines Parteienkartells in Östereich (Otto Kirchheimer: „Politik und Verfassung", Frankfurt 1964, S. 136). Für die Bundesrepublik muß diese negative Einschätzung außerparlamentarischer Oppositionschancen auf lange Sicht nicht zutreffen, doch gibt sie, gestützt auf die Erfahrungen in Österreich, eine Warnung, die Gefahren einer Großen Koalition nicht zu unterschätzen. Sie sind in einem Lande besonders groß, das mit seinen undemokratischen Traditionen nie radikal gebrochen hat und dessen politische und gesellschaftliche Struktur bereits ohne Große Koalition starke obrigkeitsstaatliche Züge trägt.

Die die Große Koalition herbeiwünschen, sind selber spätestens mit diesem Wunsch zu Aposteln der Entideologisierung geworden. Das Gerede von der Entideologisierung war aber von Anbeginn die Ideologie derer, die dem Entscheidungskartell und dem Informationsmonopol schon lange die Steigbügel hielten. Wir haben uns heute zu fragen, ob wir das Pferd allein durch Aufforderung zum Wahlboykott noch wild genug machen können, um das gemeinsame Steigbügelhalten in Bonn unmöglich zu machen, vorausgesetzt, es läßt sich überhaupt noch wild machen.

Wenn die Ohnmacht der Nicht-Eingerahmten nicht schon perfekt ist, wäre der weiterwachsenden Einmütigkeit in unkontrollierten politischen Bereichen, deren Symptome wir kurz beschrieben haben, am ehesten noch durch permanente scharfe Kritik der Politik der Partei, die den Steigbügel zuletzt ergriff, und deren Wählerstruktur sich noch immer von der anderer Parteien unterscheidet, Einhalt zu gebieten. Auf diese Kritik, die sich vor den Wahlen auf die Notstandsgesetzgebung und in diesem Zusammenhang auf die Differenzen zwischen der SPD und großen Teilen der Gewerkschaftsbewegung konzentrieren müßte, im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen und mögliche Wahlverluste der SPD zu verzichten, war vor vier Jahren problematisch, heute wäre sie verhängnisvoll.

Die Wahlentscheidung selbst läßt sich nicht isolieren von der Überlegung, welche Funktion generell dem Parlament der Bundesrepublik heute zukommen kann. Sie läßt sich nicht trennen von den Bedenken gegen eine weitere Verfestigung der Parteienstruktur im allgemeinen und eine Große Koalition im besonderen. Angesichts der Fünfprozentklausel und dem Nichtvorhandensein einer sozialistischen Parteien-Alternative ist sie kaum mehr als eine Demonstration. Immerhin jedoch eine Demonstration, die die gewiß geringe Chance hat, sich über einzelne „aus dem Rahmen" fallende Abgeordnete in der kommenden Legislaturperiode kontinuierlich und sichtbar am Leben zu erhalten. Insofern erweist es sich als nicht sinnvoll, lediglich seinen Unmut in Form ungültiger Stimmzettel zu zeigen, son-

FRANKFURTER HEFTE Zeitschrift für Kultur und Politik

Aus den ersten Heften 1965

Christoph Oehler: Die politische Bildung deutscher Akademiker ■ Hans-Albert Walter: Schizophrenie als journalistisches Prinzip/Die Illustrierten ■ Monika Plessner: Das Dienstleistungszentrum - Ein Gedankenexperiment ■ Eugen Kogon: Bemerkungen über den Rassenwahn

Redaktion: 6 Frankfurt am Main
Leipziger Straße 17, Telefon 77 83 09

dern Kandidaten oder Parteilisten, je nach den örtlichen Gegebenheiten, der DFU oder SPD die Stimme zu geben, die Unmutsäußerungen im künftigen Parlament erwarten lassen. Mehr ist von den Bundestagswahlen im Jahre 16 der Bundesrepublik nicht zu erhoffen.

Manfred Liebel

Positionen in Vietnam

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges gestand die japanische Besatzungsmacht der ehemaligen französischen Kolonie Indochina aus taktischen Gründen die nationale Autonomie zu. Auch die Alliierten hatten in der Atlantik-Charta den früheren Kolonien feierlich die nationale Selbständigkeit versprochen. Dieser Entschluß, der in der Zeit kurz vor dem Sieg über das faschistische Regime verständlich schien, stellte sich im Laufe seiner Verwirklichung als der amerikanische Versuch heraus, den französischen Kolonialbesitz zu amerikanischen Gunsten zu schmälern.

In Teheran und Jalta hatte sich besonders Roosevelt für die zukünftige Eigenständigkeit Südostasiens eingesetzt. Er tat ein weiteres, als er es durchsetzte, daß, wenn überhaupt ein Land Einfluß in diesem Gebiet haben sollte, dieser allein China zugestanden werden könne.

Als die Franzosen, unter Bruch aller Versprechungen, 1945 daran gingen, ihr Kolonialreich wiederzuerrichten, war ihnen die Unterstützung Englands, welches das schlechte Beispiel für seine malaiischen Besitzungen fürchtete, sicher. Auch die Amerikaner, von Frankreich zum antikommunistischen Kreuzzug eingeladen, engagierten sich und übernahmen bis zu 82 Prozent der Kosten des Ersten Indochina-Krieges.

Die Parallelität des Krieges der Vietminh gegen die Franzosen und der Vietcong gegen die Amerikaner ist oft überraschend. Wie am Anfang des Ersten Indochina-Krieges der Bruch von gegebenen Versprechungen stand, so sind die heutigen Auseinandersetzungen verursacht durch den Bruch der Verträge der Genfer Indochina-Konferenz von 1954, welche dem siegreichen Vietnam den Frieden sichern sollten. Die Geschichte des Zweiten Indochina-Krieges ist die Geschichte des Bruches dieser Verträge durch die USA, die sie dem Buchstaben nach zu respektieren versprochen hatten.

Die amerikanische Öffentlichkeit betrachtete Genf als „Niederlage". Dulles, der nach der Beendigung der Indochina-Konferenz erklärt hatte, Amerika werde deren Ergebnisse zu revidieren suchen, hob die SEATO aus der Taufe, deren wichtigste Aufgabe darin bestand, die Garantie der militärischen Sicherheit der südostasiatischen Staaten zu übernehmen. Ein glatter Bruch der Genfer Abmachungen.

Der Sieg Ho-Tschi-Minhs wurde allein unter dem Aspekt eines erneuten kommunistischen Machtzuwachses gesehen. Auf die vietnamesischen Ansprüche und Besonderheiten wurde keine Rücksicht genommen. Die Konsequenz dieser undifferenzierten Außenpolitik ist heute noch die Überzeugung, daß letztlich nur Gewalt die westliche Position zu halten vermag. Der Ostblock dagegen erkannte den Kampf der Vietcong als einen „antikolonialistischen Klassenkampf" und lieferte eine theoretische Konzeption, welche auf die Selbständigkeitsbedürfnisse der Vietnamesen im politischen wie im militärischen Bereich Rücksicht nahm. Nach sozialistischer Auffassung ist der Kampf erst auf dem Umweg über die einzelne sich befreiende Nation eine Auseinandersetzung zwischen den ideologischen Blöcken. Auch der militärische Kampf geht zunächst allein um das lokale Übergewicht. Erst die Summe vieler einzelner Siege gibt die Verschiebung der Weltkräfte. So ist es möglich, einen Atomkrieg zu vermeiden, ohne den Kampf gegen den westlichen Imperialismus aufgegeben zu haben. Dabei ist es wichtig, daß die Vietcong den Krieg selbständig führen, da nur im Kampf die politische Reife des Volkes erworben werden kann. Das mag eine Erklärung für die spärliche materielle Hilfe des Ostblocks sein. Das von Amerika veröffentlichte „Blaubuch"

stellt dazu fest, daß „die Waffen des Vietcong größtenteils in Frankreich oder den USA oder mit der Hand in primitiven Dschungelschmieden hergestellt worden sind". Erst neuerdings scheint die Unterstützung aus dem Norden stärker geworden zu sein.

Die innenpolitische Situation Südvietnams ist seit 1956 gekennzeichnet durch die Unfähigkeit der amerikanischen Außenpolitik, von der Alternative Prowesten und Kommunismus abzurücken. Der Neutralitätswille des Landes, der sich den Amerikanern als Unberechenbarkeit und Unzuverlässigkeit darstellt — 1963 sind 45 000 Soldaten der Regierungstruppen fahnenflüchtig geworden (diese von W. Burchett berichtete Zahl stimmt mit den von Saigon genannten „Vermißtenzahlen" überein) —, wurde von den Amerikanern für „unmoralisch" gehalten. Jede Abweichung von der (durch Amerika vorgeschriebenen) Politik wurde hart geahndet. Das traf in erster Linie diejenigen Gruppen, die profranzösisch waren, die religiösen Sekten und die liberale, aufgeklärte Intelligenz des national eingestellten Bürgertums, das den Westen einst bewunderte, von dessen Auffassung von Demokratie aber enttäuscht wurde. Außerdem Gruppen, die nicht katholisch waren, also die Buddhisten, und schließlich die Bauern, die um die versprochene Bodenreform betrogen, gegen die von den USA gestützten Großgrundbesitzer standen. Unterschiedslos als Vietcong bezeichnet, von ihren Höfen vertrieben, in Lager gesperrt oder massenweise hingerichtet — siehe dazu die Berichte des ICJ —, schlossen sich diese Gruppen militärisch im Laufe der Entwicklung tatsächlich den Vietcong an. Im intellektuellen Bereich amalgamierte Marxismus und Nationalismus, außenpolitisch neigt sich die Politik der „Nationalen Befreiungsfront für Südvietnam" (FNL), der politischen Organisation der Vietcong, immer mehr dem Ostblock zu.

Die FNL besteht seit 1960. In ihr sind 20 Parteien und Gruppen aller politischen Richtungen, Konfessionen und Minderheiten vertreten. Ihre politische Konzeption ist ein neutraler bündnisfreier Status Südvietnams. Ihr unmittelbares Ziel ist der Abzug der Amerikaner. Dieses Minimalprogramm ist der gemeinsame Nenner der verschiedenen Gruppenbestrebungen. Die Kommunisten in der FNL und in Hanoi machen sich nicht nur zum Sprecher dieses Programms, sie zeigen auch die Methoden seiner Verwirklichung. Die kommunistischen Handlungen und Forderungen gehen nie weiter, als die augenblickliche Lage sie selbst erzwingt. Die amerikanischen Reaktionen führen schließlich zu einer Übereinstimmung der allgemeinen nationalen und der besonderen kommunistischen Interessen.

Zu spät erkannten die Amerikaner die Fehler ihrer zur politischen Polarisierung führenden Maßnahmen. Als Diem fallengelassen wurde, war aus der vorher möglichen Neutralität bereits eine „positive", antiamerikanische Neutralität geworden. Enttäuscht und scheinbar in ihrer Ansicht über die südostasiatischen Völker bestätigt, blieb den Amerikanern nun nur übrig, die verspätete wirtschaftlich-soziale Hilfe zugunsten alleiniger Militärhilfe aufzugeben. Es war das Eingeständnis, daß es für Reformen zu spät sei. Wie im politischen Bereich, so lassen sich die Amerikaner auch auf militärischem Gebiet zu oft von der Dynamik der Entwicklung überraschen, sie reagieren nur, die „angemessene Antwort" ist ihr Konzept. Sie lassen sich die politischen und militärischen Methoden vom Gegner vorschreiben und ahmen diese bestenfalls nach. Aber wer in den Werken Maos, Hos und Giaps die Taktik des Kleinkriegs studiert hat, sollte nicht übersehen, daß das Problem nicht nur ein taktisches oder methodisches ist.

Der Krieg wird von den Amerikanern auch nicht in seiner politisch-militärischen, wirtschaftlich-sozialen und ideologischen Einheit gesehen. Es wird weiterhin nicht erkannt, daß es sich um einen Volkskrieg handelt, in dem die Mehrheit des Agrarproletariats gegen eine korrumpierte Minderheit steht (als Senator nannte Kennedy die Vietcong: „'an enemy of the people', which has the sympathy and covert support of the people . . ."), daß Partisanen und Bevölkerung im Verlauf des Krieges gleiche Interessen bekamen und alle militärischen Maßnahmen daher scheitern mußten, die darauf zielten, Vietcong und Bauern zu trennen, wie der berüchtigte Staley/Taylor-Plan. Mit vollkommenem Unverständnis stehen die USA den Erfolgen der marxistisch-maoistischen Situationsanalyse und Handlungsanweisung gegenüber. Was den Amerikanern als Propagandaphrase erscheint, ist dagegen ein Schema, dessen unmittelbare Nützlichkeit seine „Wahrheit" vorwegnehmen läßt und auf dessen Verwirklichung eine politisch engagierte Bevölkerung hinarbeitet.

Der hundertfache Protest der internationalen Kontrollkommission gegen die Brechung der Genfer Abmachungen durch die Vereinigten Staaten war stets erfolglos. Die USA führen einen heimlichen Krieg in Südvietnam und einen unerklärten Krieg gegen Nordvietnam. Sie umgehen dabei die eigene Verfassung. In diesem Krieg werden Mittel verwandt, deren Einsatz international geächtet ist, wie Napalm, Chemikalien und Gas. Das wird so lange offiziell abgestritten oder verniedlicht, bis das Gegenteil vom Roten Kreuz, der ICC oder westlichen Journalisten klar nachgewiesen ist — diese Aufdeckungen werden in Zukunft schwerer sein. Wie unter Diems Regierung besteht jetzt wieder eine Nachrichtensperre. Ein weiteres Kennzeichen dieses heimlichen Krieges ist die Aufrechterhaltung von Fiktionen, wie der Beraterstatus der amerikanischen Soldaten oder die der bloßen Vergeltungsabsichten der Bombenangriffe auf Nordvietnam.

Um „Krieg für den Frieden" zu führen, haben die Amerikaner im Widerspruch zu den Genfer Abmachungen Truppen stationiert, Waffen geliefert und Militärstützpunkte errichtet. Sie haben Vietnam, nach einer Anregung W. W. Rostows, zum Versuchsfeld ihrer Waffenentwicklung gemacht, wie es Deutschland in Spanien tat. Sie haben zugegebenermaßen die südvietnamesischen Wahlen gefälscht und die Wahl, welche die provisorische Grenzlinie des 17. Breiten-

grades 1956 beseitigen sollte, mit dem Hinweis auf eine „mögliche Subversion durch den Stimmzettel" verweigert. Diese Grenzlinie sollte nach dem Genfer Vertrag „in keiner Weise als politische oder territoriale Grenze angesehen werden", außerdem hatte Genf den im Jahre 1954 Umgesiedelten Rückkehr in ihre Heimat versprochen. Diese zwei Abmachungen sind der Vorwand, unter dem heute in Nordvietnam ausgebildete Südvietnamesen in ihre Heimat zurückkommen.

Welche Absicht haben die USA bei der Führung des Krieges? — Der Krieg ist ein Kolonialkrieg. In ihm spielt weniger die unmittelbare wirtschaftliche Ausbeutung, sondern vielmehr die indirekte Ausbeutung durch Preisgestaltung eine Rolle. Die USA haben nahezu das Handelsmonopol in Südostasien und damit ein Absatzgebiet, in dem 200 Millionen Menschen leben. Die dadurch verursachte materielle Verarmung, Unterbeschäftigung, politische Entmündigung und kulturelle Regression in diesen Gebieten waren die Voraussetzungen für den Beginn des kolonialen Klassenkampfes. Die „Befreiungsfront" sah ihre Chance und führt den nationalen Befreiungskampf in enger Verbindung mit dem Kampf für technischen Fortschritt und für soziale und wirtschaftliche Erneuerung.

— Der ursprüngliche Sinn des Krieges war es, der Kette der amerikanischen Umzingelung Chinas ein weiteres Glied einzufügen, das traditionelle Einfallstor nach Südchina zum strategischen Vorfeld für einen roll-back zu machen. Vietnam sollte ein Brückenkopf zur Sicherung Südostasiens sein. Diese Aufgabe ist gescheitert. Laos ist heute zu zwei Dritteln kommunistisch, in Birma herrscht eine Regierung, die sich für buddhistisch-marxistisch hält, Kambodscha zeigt sich pekingfreundlich.

Es verbleibt also zur Rechtfertigung der amerikanischen Politik nur noch ihr gefährdetes Prestige (Johnson: „. . . unser Kurs ist durch den Kompaß der Ehre festgelegt."); außerdem bewegt sie die Angst, mit der Aufgabe Südvietnams das Potential des Gegners zu stärken und schließlich neuerdings die unverhüllte Absicht, Nordvietnam zu zerschlagen.

Im Gegensatz zu Südvietnam hat Nordvietnam seit 1956 einen industriellen Aufschwung erlebt und hat heute im südostasiatischen Raum die größte und entwickelste industrielle Kapazität. Auch der Landwirtschaft ist es nach Angaben aus Hanoi seit 1960 möglich, Überschüsse zu exportieren, während die ehemalige Reiskammer Südvietnam in ihrer Ernährung vollständig von amerikanischen Geschenksendungen abhängig geworden ist. Da durch den „Aufbau des Sozialismus" die Überlegenheit des Nordens über den Süden bewiesen werden soll, versuchen die Amerikaner, die Grundlagen dieses Aufbaues und damit die Anziehungskraft des Kommunismus zu zerstören.

Wilhelm Bauer

Sozialdemokratie heute

Lelio Basso

Die jüngsten Wahlergebnisse in den Vereinigten Staaten, England, der Bundesrepublik und Italien sehen auf den ersten Blick nach einem Rückschlag für die Rechte aus. Das wäre sicher ein Grund zur Freude, wenn wir einfach die traditionellen Kategorien rechts und links gelten ließen.

Da wir aber die Trends unserer heutigen Gesellschaft, besonders in den kapitalistischen Ländern, genauer untersuchen, sehen wir, daß die Situation sehr viel komplexer ist; man kann eben nicht einfach sagen, daß die Linke Erfolge habe und die Rechte Einbußen erlitte. In Wirklichkeit handelt es sich um eine tiefgreifende Veränderung des politischen und sozialen Gefüges, auf dem die moderne Gesellschaft beruht.

Am wichtigsten in diesem Zusammenhang ist die Wandlung der Rechten. Zu Beginn der Neuzeit, in den Anfängen der Industriegesellschaft, war der Kapitalismus die Avantgarde im Kampf gegen die feudalen Kräfte: links gegen rechts. Als sich ein neues Kräfteverhältnis herausgebildet hatte und die Gesellschaft aus der ersten industriellen in die monopolistische Phase überging, verlor die Großindustrie allmählich ihre progressive Funktion und wurde zum Bollwerk gegen den sozialen Wandel. Die Führung der Linken geriet zunächst in die Hände des Kleinbürgertums, das die revolutionären Traditionen und den Geist von 1848 übernahm, und ging dann an das Proletariat über. Der vorherrschende Zug im herkömmlichen Bild der Links-Rechts-Konstellation in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war genau der Kampf zwischen der Arbeiterbewegung und den Kräften des Großkapitals.

In der modernen Massengesellschaft braucht aber auch das Großkapital die Unterstützung der Massen: das gilt für Staaten mit allgemeinem Wahlrecht (wo die Massen zur Erringung einer parlamentarischen Mehrheit notwendig sind) genauso wie für Diktaturen, wie sich unter Napoleon III. und später zur Zeit des Faschismus zeigte. Das Großkapital hat die Massenbasis für die Verteidigung seiner Macht und Vorrechte lange Zeit in der Mittelklasse der Städte und unter der Landbevölkerung. Der Faschismus stützte sich vor allem auf die erste Gruppe, dank seiner Nationalmystik; die katholischen Parteien hauptsächlich auf die zweite Gruppe.

Genau an diesem Punkt findet der Wandel statt. In den großen Industriestaaten verliert die Landbevölkerung zahlenmäßig, ökonomisch und sozial immer mehr an Bedeutung. Auch die Mittelschicht hat sich von Grund auf geändert: die Schicht der Handwerker, freien Berufe, Kleinunternehmer

und Selbständigen, die Hauptträger des Faschismus und Nationalismus — zum Teil wohl wegen ihrer eigenen ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten — ist entweder schon verschwunden oder wird es in absehbarer Zeit tun. An ihre Stelle ist eine neue Schicht getreten, die aus Angestellten aller Art und Technikern besteht. Ihre soziale Stellung gleicht der der Arbeiter, die objektiven Bedingungen lehren sie Verdienste der Organisation und kollektiver Ziele schätzen. Diese neue Mittelschicht wird kaum die individualistische Ideologie des traditionellen Kapitalismus akzeptieren. Auf diese Weise verliert der Kapitalismus seine bisherige Massenbasis und ist dazu gezwungen, sich eine neue unter den verschiedenen Arten von abhängig Beschäftigten zu suchen, die heute den größten Teil der Bevölkerung ausmachen. Sein Ziel ist eine gemeinsame Ausgangsbasis an den Stellen, wo Klassenunterschiede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auftauchen können. So seltsam diese Überlegungen den Dogmatikern vorkommen mögen, die die historische Entwicklung abstrakt unter den Kategorien des Kampfes zwischen Arbeitern und Unternehmern subsumieren, so ist doch nicht zu leugnen, daß die Arbeiterbewegung Widersprüche enthält, die sie objektiv zu dieser Versöhnung mit den Kräften des Neokapitalismus treiben.

Ich habe auf diese Widersprüche innerhalb der Arbeiterbewegung schon anläßlich der Spaltung der italienischen PSI hingewiesen. [1]) Dennoch möchte ich hervorheben, daß dieser Widerspruch allgemein und unvermeidlich das Ergebnis des widersprüchlichen Wesens der kapitalistischen Gesellschaft ist. Marx und Engels haben die „Verbürgerlichung" der Arbeiterbewegung in England des 19. Jahrhunderts festgestellt, und Lenins Theorie der „Arbeiteraristokratie" beruhte auf dem, was er unter Opportunismus und Reformismus seiner Zeit verstand. Dieses Phänomen breitet sich nun über ganz Westeuropa aus, ganz zu schweigen von den Vereinigten Staaten, und sicherlich kann man im weiteren Sinne von „Arbeiteraristokratien" reden, als die Arbeiter in den hochindustrialisierten Ländern eine Minderheit im Vergleich zu Millionen von Arbeitern in den Ländern darstellen, die noch vom Hunger beherrscht sind oder sich gerade davon befreien. Unglücklicherweise gehören nicht einmal diese Millionen in ihrer Gesamtheit zum revolutionären Lager. Wenn man deshalb das Phänomen des Opportunismus in der Arbeiterbewegung — und ihre organisatorische Ausformung in Gestalt des Reformismus und der Sozialdemokratie — verstehen will, muß man Erklärungen, die das nur als Teil oder Randphänomen betrachten wollen — „Verrat" durch die Führer, „Abweichung", „Aristokratie" — zurückweisen.

Die geschichtlich korrekteste und gültigste Erklärung ist von Rosa Luxemburg formuliert worden, zuerst in einer Antwort an Bernstein und dann wiederholt in ihrem Streit mit Lenin. [2]) Rosa Luxemburg war es, die auf die objektive historische Ursache des Opportunismus und des Reformismus im widersprüchlichen Wesen der Arbeiterklasse hinwies. In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse unterdrückt und ausgebeutet. Das führt zu einem doppelten Antrieb: einmal, den Lebensstandard sofort und im Rahmen der bestehenden Gesellschaft zu verbessern und andererseits die Ursachen von Unterdrückung und Ausbeutung zu beseitigen. Jenes konzentriert die Aufmerksamkeit auf die aktuelle Lage der Arbeiterklasse, auf Nahziele, und kann auf die umfassende Vision der Probleme der Gesellschaft verzichten; diese jedoch ist darauf angewiesen, weil ihr Ziel in der Zukunft liegt. Sie setzen voraus, daß alle Ziele, auch die Nahziele, daß jedes Moment des Klassenkampfes Teil dieses langfristigen Revolutionsplans sei. Diese Koordination zwischen Nah- und Fernzielen, dem Willen zur Verbesserung der aktuellen Situation und dem Kampf um die Macht, von Reform und Revolution, ist die Hauptaufgabe der Führung der Arbeiterklasse. Der Unterschied zwischen Reformismus (oder: Sozialdemokratie) und Sozialismus besteht nicht darin, daß der eine eine allmähliche friedliche Veränderung der Gesellschaft wünscht und der andere eine gewaltsame Revolution. Mit Marx und Engels streiten Sozialisten nicht die Möglichkeit friedlicher Veränderung ab oder die Tatsache, daß die Revolution ein längerer Prozeß ist. Sie verlangen nur, daß die Revolution als Ziel ständig deutlich bleibt, daß der Kampf für einzelne Projekte immer ein Kampf für die Veränderung der Gesellschaft bleibt (mehr Macht für die Arbeiter und Wandlung in der sozialen Struktur), daß das einzelne Ziel niemals vom Gesamtzusammenhang isoliert und als Sieg um seiner selbst willen betrachtet wird und daß die Aussicht auf die Verbesserung der gegenwärtigen Bedingungen niemals die Notwendigkeit der Revolution verschleiern darf. Der Unterschied zum Reformismus besteht genau in der Trennung von Nah- und Fernzielen, von Taktik und Strategie (Bernstein: Die Bewegung ist alles, das Ziel nichts), so daß die Tagesaufgaben ohne irgendeinen Zusammenhang mit den allgemeinen Problemen des Klassenkampfes als isolierte Ziele verfolgt werden, die ganz leicht im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft erreicht werden können.

In diesem Sinne sind Opportunismus und Reformismus notwendige Charakteristika der Arbeiterbewegung, die noch stärker werden mit der Expansion des Kapitalismus, d. h. wenn wirtschaftliche Prosperität auch die Bedürfnisse des Arbeiters nach einem besseren Lebensstandard befriedigen kann. In solchen Momenten liegt es nahe, die wirklichen Ziele zu vergessen, und es ist leicht, die Kräfte der Arbeiterbewegung in täglichen Kämpfen zu erschöpfen. Auf diese Weise beraubt sich die Arbeiterbewegung politisch und ideologisch ihrer eigenen Waffen. Wenn die Phase der Prosperität dann vorüber ist, politische und wirtschaftliche Krisen wieder auftreten und die sozialen Spannungen steigen, hat die Arbeiterbewegung weder eine Konzeption anzubieten, noch ist sie fähig, der neuen Situation selbständig zu begegnen.

Dies ist mehr oder weniger die Geschichte der westeuropäischen Arbeiterbewegung: Die Arbeiterklasse wurde von der kapitalistischen Gesellschaft niedergehalten, und ihre Geschichte ist mehr die Geschichte ihrer Unterordnung unter diese Gesellschaft als die eines unabhängigen Klassenbewußtseins. Doch hat die Arbeiterbewegung damit objektiv zur Überwindung der Schwierigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft und zu ihrer Konsolidierung beigetragen. So überwanden z. B. die gewerkschaftlichen Forderungen nach höheren Löhnen die dramatische Phase des akuten Ungleichgewichts. Sie ebneten damit den Weg zum Massenkonsum und bereiteten den Grund für den Neokapitalismus. Unzählige weitere Beispiele zeigen, daß der Reformismus durch die Zurückhaltung der Arbeiterbewegung, was die Ausnutzung von Krisen und Engpässen im Kapitalismus für revolutionäre Zwecke angeht, wiederholt dem Kapitalismus die Zeit verschafft hat, die er zur Überwindung der Krisen brauchte. Teilweise hat sie dem Kapitalismus sogar die Mittel dafür zur Verfügung gestellt. Mit anderen Worten: Der Kapitalismus hat sich als genügend elastisch und dynamisch erwiesen, seine immanenten Widersprüche zu überwinden. Wenn die Arbeiterbewegung diese Widersprüche für die Durchführung der Revolution nutzen will, muß sie ihre Aktionen darauf anlegen, daß sie die Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus überfordern. Nur wenn die Arbeiterklasse dem Kapitalismus keinen Burgfrieden gönnt, wenn sie jeden Widerspruch, jede Stokkung, jede Krise zur Kampfansage nutzt — und nicht zum Anbieten von „vernünftigen", d. h. systemimmanenten Lösungen —, ist sie eine revolutionäre Arbeiterbewegung; sie darf auch nicht einen Moment vergessen, daß es nicht ihre einzige Aufgabe ist, den Lebensstandard zu heben, sondern daß sie die Macht erobern und das System zerstören muß. Die traditionelle, reformistische Arbeiterbewegung hat niemals diesen Anspruch vertreten.

Obwohl der alte Reformismus sich dem Kapitalismus unterordnete und nie mehr forderte, als er geben konnte, war er immerhin die angemessene politische Willenserklärung der Arbeiterbewegung. Sie bekämpfte nicht das kapitalistische System, sondern die Kapitalisten innerhalb des Systems, und sie wurde von ihnen als Feind betrachtet. Solange die Kapitalisten mit Hilfe der Mittelschichten und der ländlichen Bevölkerung ihre Hegemonie behaupten und die Arbeiterklasse in Schranken halten konnten, konnte sich der Reformismus mit einigem Recht als ein legitimes Element innerhalb der Arbeiterbewegung ausgeben.

Der Neokapitalismus hat jedoch eine qualitative Änderung in das Verhältnis zur Arbeiterbewegung gebracht. Aus den oben erwähnten Gründen sah sich der Kapitalismus aus historischen Notwendigkeiten gezwungen, in der Arbeiterklasse eine neue Massenbasis zu finden. In der Zwischenzeit ist auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung durch die innere Logik ihrer Entwicklung mehr und mehr zum sichersten Garanten des „modernen Kapitalismus" geworden, statt zu dem Feind des Kapitalismus und der Kapitalisten. Léon Blum war der erste, der diese Haltung theoretisch zu begründen versuchte: Er dachte, es sei die Aufgabe der Arbeiterbewegung, in der Regierung sich darauf zu beschränken, „getreue Sachwalterin der kapitalistischen Interessen" zu sein.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Kapitalismus Bündnisse mit der Arbeiterbewegung zu suchen und sie zu der Beteiligung an Regierungen zu ermutigen. Der gemeinsame Nenner war durch die Verstaatlichung vieler Wirtschaftssektoren leicht gefunden; der Neokapitalismus machte die Forderungen der Arbeiterbewegung schnell zu seinen eigenen. Auf die Bedeutung höherer Löhne als unerläßlicher Voraussetzung für den Massenkonsum und damit für das Überleben des Profitmechanismus ist bereits hingewiesen. Das gleiche gilt für die Arbeit der Einkommensumverteilung durch den Staat und die zahllosen Formen der Eingriffe in die Wirtschaft.

Der organisierte Kapitalismus neigt dazu, alle vorkapitalistischen und parakapitalistischen Kräfte zu beseitigen und die sozio-ökonomische Bedeutung aller parasitären Einkommen einzuschränken — parasitär im Sinne des kapitalistischen Systems, also nicht die Profite, auf denen das System beruht. Im Laufe dieser Entwicklung verliert die traditionelle Rechte und ihre Basis den Boden unter den Füßen und kann sogar ganz verschwinden. An dieser Stelle scheint ein Bündnis zwischen Großkapital und Arbeiterbewegung der sicherste Weg zur Erhaltung des Systems.

Von dieser Seite sollte man auch das vielzitierte schwedische Beispiel betrachten, das „Le Monde" — die man wohl kaum als eine sozialistische Zeitung bezeichnen kann — kürzlich als eine „mit dem Großkapital eng verbundene konservative Sozialdemokratie" charakterisierte, die „stolz auf dieses Bündnis ist, das sie an der Macht erhält". Die sog. „Harpsund Demokratie", wo Technokraten von Regierung und Opposition sich treffen, um Fragen von nationaler Bedeutung außerhalb, ja über das Parlament hinaus zu diskutieren, lähmt das politische Leben und engt die Opposition ein, die allmählich ihre alten Anhänger verliert. Die Sozialdemokratie hat ihren revolutionären Kern verloren und ist zu einer „Karriere" geworden.[3]) Der schwedische Kompromiß zielt darauf ab, die Regierung so solide wie möglich auf die beiden wichtigsten Klassen der modernen kapitalistischen Gesellschaft zu stützen, nämlich auf die Kapitalisten und auf die Arbeiterklasse. Diese beiden Klassen müssen zusammenarbeiten, um den Neokapitalismus am Leben zu erhalten und im Gleichgewicht, so wenig stabil es auch sein mag. Natürlich setzt diese Partnerschaft eine „Arbeitsteilung" voraus, die in Schweden etwa so aussieht: Die Sozialdemokratie verschafft dem Großkapital die Massenbasis, die eine nach allgemeinem Wahlrecht gewählte moderne Regierung braucht. Dafür bekommt sie das Recht, die Regierung — nicht die Macht! — auszuüben; ihre Funktionen sind beschränkt und kontrolliert durch die Hegemonie des Großkapitals und die in seinem Dienste tätigen

Intellektuellen. Die bürgerlichen Parteien in Schweden sind keine wirkliche Alternative, sondern ein Mittel, um mit einer Alternative zu drohen, falls die Sozialdemokratie einen eigenen Weg zu gehen versuchen sollte.
Dieses Bündnis zwischen Kapitalismus und der Arbeiterpartei scheint in ganz anderer Form allerdings, und den spezifisch amerikanischen Verhältnissen angepaßt, auch während der letzten Wahlen in den Vereinigten Staaten praktiziert worden zu sein. Durch Goldwaters Kandidatur gerieten Parteiloyalitäten in beträchtlichem Umfang durcheinander. Goldwater fand seine Anhänger bei einem an der Vergangenheit orientierten, sentimentalen Teil der Bevölkerung, der, unzufrieden mit der heutigen Welt, gegen ihre Komplexität protestieren wollte, er fand sie bei Jefferson-Anhängern mit Grenzermentalität, die isolationistisch, gegen das Großkapital, die Gewerkschaften und die Zentralregierung in Washington eingestellt sind. Zugegeben, zum Lager Goldwaters gehörten auch einige aufsteigende Kräfte wie die neuen Millionäre aus Kalifornien und dem Südwesten, die aber außerhalb ihrer Staatsgrenzen noch keine Bedeutung haben und in dieser Hinsicht noch Randerscheinungen sind; der größte Teil der Goldwater-Anhänger sind jedoch die Leute auf dem Rückzug, geschlagen von den Anforderungen des modernen Lebens, wie Kleinunternehmer, Selbständige, durch Automation bedrohte Büroangestellte, Rassisten usw.
Ähnlich wird es in England sein, obwohl die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. Ein solches Bündnis zwischen zwei verschiedenen Klassen ist kein formaler Vertrag, sondern ein komplizierter Prozeß mit taktischen Manövern, Kraftproben usw. bis zum endgültigen Kompromiß. Auch in England verliert die traditionelle Rechte der Konservativen Partei an Boden; gleichzeitig aber bemüht sich die Labour Party unter Wilson besonders heftig, sich als die Partei zu empfehlen, die die britische Wirtschaft am besten retten kann. Wie Tom Nairn sagte: „Die Stellung des britischen Kapitalismus auf dem Weltmarkt wurde immer unbedeutender und kritischer. Obwohl er sich um die Mitte der 50er Jahre einen Boom in Konsumgütern auf dem begrenzten Binnenmarkt geschaffen und erhalten hatte, . . . hatte er überall sonst ständig an Grund verloren, nämlich auf den widerstands- und konkurrenzfähigen ausländischen Märkten, zu denen er unbedingt Zugang brauchte. Bekanntlich zeigt jede größere Übersicht über die Wirtschaftsentwicklung seinen größten Konkurrenten die Unterlegenheit des englischen Kapitalismus . . . Die Rationalisierung und Stärkung des englischen Kapitalismus erforderte die Rationalisierung einiger Institutionen, Haltungen, Gewohnheiten und Ideen; eine Anzahl von Folklore und Fetischen mußten über Bord geworfen werden, wohin sie vernünftigerweise auch gehörten. Technische und wissenschaftliche Ausbildung mußten umgestaltet werden, um die Industrie dazu zu zwingen, mehr als die gewohnten lächerlichen Summen für Forschung auszugeben. Der Staat mußte kritisch die Art seiner Eingriffe in Wirtschaft und die Sozialstruktur des Landes überprüfen usw. Kurz, nur in der Art bourgeoiser Hegemonie mußte ein Wandel herbeigeführt werden, und zwar aus den allerbourgeoisesten Gründen: Die Idole der vornehmen, aber unbeweglichen und überholten „Stabilität" mußten den radikalen Anforderungen einer neuen, rücksichtslosen Produktion weichen. Der englische Kapitalismus, der eine Welt beherrscht hatte, ohne sich von seiner feudalen Vergangenheit lösen zu können, mußte nun ohne alle Vorbereitung und plötzlich erwachsen werden."[4]) Die Tories aber sind die Repräsentanten dieses altmodischen Kapitalismus und scheinen unfähig zu sein, seine moderne Form zu begreifen, besonders die für den Neokapitalismus notwendige Rationalisierung.

Die Labour Party warb bei den Wahlen für sich als die Partei des technischen Fortschritts, der Wissenschaft und der Expansion. Ihr Image war das des Trägers von Ideologien und Gewohnheiten, die der britische Kapitalismus in diesem schwierigen Moment brauchte. „Ideologien und Gewohnheiten", um noch einmal Tom Nairn zu zitieren, „verbunden mit der Verjüngung und Stärkung des Kapitalismus — rational, egalitär, materialistisch, modisch, in die Halluzination des Verbrauchers gewickelt, begierig auf Bewegung, wo die alte Gesellschaft sich dagegen stellte. Wilsonismus ist mehr als alles andere das Angebot der Labour Party, diese Herausforderung anzunehmen und auf ihre Weise zu beantworten, genau die Pose eines tüchtigen Technokraten, der eine solche neue Ordnung auch schaffen kann", was er nur erreicht „durch die tatsächliche Identifikation mit allen Bestrebungen, die einer sozialistischen Ausnutzung der Situation im Wege stehen."[5]) Die aufgeklärten englischen Kapitalisten waren damit einverstanden, wie z. B. der „Economist". Finanzkreise allerdings versäumten es nicht, stärksten Druck auf die Labour-Regierung auszuüben, und nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt mußte Wilson sich Lord Cromer beugen, d. h. industrielles Wachstum der Stabilität des Pfundes opfern.

Auf jeden Fall erwartet der Kapitalismus mehr als das von der Labour-Regierung: Bevor er auf das Bündnis eingeht, will er eine bestimmte Einkommenspolitik. Daran wird sich zeigen, ob Wilson den Staat unter der Kontrolle der Kapitalisten lenken kann und ob die schwedische Lösung für England praktikabel ist. Eine Einkommenspolitik ist notwendig, damit der englische Kapitalismus sich erholen und wieder wettbewerbsfähig werden kann. Eine der Forderungen der Unternehmer an George Brown, der sich damit befaßt, ist, daß die Gewerkschaften auf die sog. „Wettbewerbsbeschränkungen" verzichten. Wahrscheinlich wird diese Forderung eher akzeptiert werden als die der Gewerkschaften nach einer wirksamen Preiskontrolle. Zweifellos läuft die Entwicklung auf einen Kompromiß zwischen Neokapitalismus und Sozialdemokratie in der oben angedeuteten Art hinaus.

Es genügt ein kurzer Hinweis darauf, daß der letzte Parteitag der SPD in Karlsruhe die gleichen Tendenzen hatte. Jedenfalls ist das der Kurs der SPD seit ihrem Godesberger Programm, als sie den Sozialismus über Bord warf und sich entschloß, sich selbst als leistungsfähige, moderne Partei zu präsentieren, die eine kapitalistische Gesellschaft zu regieren in der Lage wäre. Gleichzeitig wurde sie die am stärksten proamerikanische und NATO-orientierte Partei in Deutschland, ohne die Meinungsverschiedenheiten und das Zögern, die in der CDU zu finden sind.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Sozialdemokratie in den meisten hochentwickelten kapitalistischen Staaten zumindest tendenziell zur Hauptstütze für das kapitalistische System wird. In der Tat ist das ein besserer Rückhalt, als es die vorkapitalistischen Schichten auf dem Lande und die bisherigen Mittelschichten in den Städten für den alten Kapitalismus waren. Die Sozialdemokratie ist eine Stütze innerhalb des modernen Produktionsprozesses, sie beruht auf Leuten, die in der Produktion beschäftigt sind. Eben aus diesem Grund endet die Sozialdemokratie als die Antithese des Sozialismus; die Sozialisten müssen sich das so schnell wie möglich vergegenwärtigen und dürfen nicht ihr Klassenbewußtsein und ihren revolutionären Geist, die sie überhaupt zu Sozialisten machen, einer falschen Solidarität mit der Arbeiterbewegung opfern. In den Tagen des alten Reformismus mag es noch möglich gewesen sein, von Einigkeit zu sprechen und vorzugeben, daß der einzige Unterschied zwischen dem revolutionären und dem reformistischen Flügel der Bewegung in der Wahl der Mittel zur Erreichung eines allseits akzeptierten Ziels — des Sozialismus — liege. Doch angesichts der beträchtlichen Umwälzungen muß man sich darüber klar werden, daß ein radikaler und unversöhnlicher Widerspruch zwischen den Zielen besteht.[6])

Wenn sich die sozialistische Bewegung in Europa wirklich einen Platz auf der politischen Bühne zurückerobern will, muß sie sich zuerst mit dieser neuen Lage der Dinge auseinandersetzen und einsehen, daß die Arbeiterbewegung Gefahr läuft, sich selbst der größte Feind und der wertvollste Bundesgenosse des kapitalistischen Systems zu werden.[7])

In einem späteren Artikel soll die Bedeutung dieser neuen Situation für den Kampf um den Sozialismus untersucht werden.[8])

[1]) A new socialist party, IJS 2.

[2]) Rosa Luxemburg „Sozialreform oder Revolution?", Leipzig 1899, und „Organisationsfragen der deutschen Sozialdemokratie", in: „Neue Zeit", 1904.

[3]) „Le Monde", 8. 1. 1964.

[4]) Tom Nairn, „New Left Review", 28.

[5]) ebd.

[6]) Die Entwicklungsländer sind dafür ein weiteres Beispiel. Als Verbündete des Großkapitals unterstützt die Sozialdemokratie eine internationale Politik, die objektiv den Neokapitalismus fördert und die Kluft zwischen dem Lebensstandard der Arbeiter des Westens und denen der Dritten Welt immer mehr vertieft. Dieses Bündnis geht schon aus den Reaktionen der Regierung hervor; wie z. B. Wilsons Haltung gegenüber dem Kongo oder in Britisch-Guayana, die nur ein Kotau vor dem US-Imperialismus war.

[7]) Vor hundert Jahren zur Zeit der 1. Internationale war es das Hauptproblem der Arbeiterbewegung, mit ihrer autonomen Rolle und ihrer Trennung von der bürgerlichen Demokratie fertig zu werden. In ähnlicher Weise können die Sozialisten heute nur eine wirklich sozialistische Position erringen, wenn sie sich von den sozialdemokratischen Parteien loslösen und distanzieren. Sie müssen einsehen, daß die Arbeiterklasse ihre autonome Rolle nur spielen kann im politischen Kampf, mit einem revolutionären Programm.

[8]) Es sollte vielleicht darauf hingewiesen werden, daß der hier geschilderte Prozeß nicht in allen Ländern gleich verläuft. In den katholischen Ländern z. B., wo die katholischen Parteien immer noch eine Massenbasis quer durch alle Klassen dank des Drucks durch die Kirche haben, war es schwieriger für die Sozialdemokraten, zu den Protagonisten des Neokapitalismus zu werden. Aus diesem Grund haben sie im allgemeinen versucht, in eine Koalitionsregierung hineinzukommen, wie zuerst in Österreich, dann in Belgien und Italien.

Übersetzung (aus „International Socialist Journal" Nr. 7): Karin Monte.

Zur Arbeit der „Arbeitshefte"

Dietrich Hoss

Im Frühjahr 1962 erschien die erste Nummer der ARBEITSHEFTE als „interne Mitarbeiterbriefe, herausgegeben von der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung Duisburg e. V.".*) Sie gehen also in diesem Jahr in den 4. Jahrgang. Nach einer solchen Zeitspanne müßte eine allgemeine Beurteilung, eine gewisse Bilanz möglich sein. Orientieren wir uns dabei an dem, was sich die ARBEITSHEFTE selbst als Ziel gesetzt haben:

„. . . die Fragen der sozialistischen Theorie und eines überzeugenden sozialistischen Programms neu zu stellen und zu beantworten versuchen.

Wir betrachten als unsere vordringlichen Aufgaben:

1. Die überlieferten sozialistischen Ideen und Programme kritisch zu überprüfen,

2. auf Grund der gegenwärtigen betrieblichen, gewerkschaftlichen und politischen Erfahrungen und Probleme neue Grundlagen für die Praxis der Arbeiterbewegung zu diskutieren und — wenn möglich — zu entwickeln,

3. den vielen Genossen und Kollegen, die verstreut, oft etwas vereinsamt, ohne gegenseitigen Kontakt und ohne klares Programm in der praktischen Arbeit stehen, und die auf eine Erneuerung der sozialistischen Bewegung hoffen, eine Möglichkeit der Information und des Kon-

takts, der Aussprache und der Besinnung zu den bestehenden Verbands- und Parteiorganen zu geben.
Unser nächstes Ziel ist es, zur Lösung dieser Aufgaben eine betriebs- und gewerkschaftspolitische Zeitschrift zu schaffen." (Oertzen, ARBEITSHEFTE, Jg. I, Heft 2, S. 1 f)

Betrachtet man die Äußerungen, die in den folgenden Heften zu dem Charakter des Programms gemacht werden, welches letztlich das Ziel aller Arbeit sein soll, so schält sich allgemein die Vorstellung eines „Übergangsprogramms" heraus. Es soll ein „Aktions-" und kein „Gesinnungsprogramm" sein (wie etwa das Minimal-, Maximalprogramm der Vorkriegs-SPD). Nicht rein pragmatische Forderungen als Nahziel sollen den abstrakten Vorstellungen von einem sozialistischen Endziel gegenüberstehen, das nur noch die Funktion eines Glaubensbekenntnisses für Feiertage hat, sondern die gegenwärtige Praxis soll mit dem sozialistischen Ziel verbunden sein. Das aber ist nur möglich, wenn sich Ansätze zum Handeln in dieser Gesellschaft finden lassen, die zugleich — wie Peter von Oertzen sagt — zu einem „qualitativen Bruch", d. h. zu einer grundsätzlich anderen Gesellschaftsordnung führen.

Eine Kritik an den ARBEITSHEFTEN muß sich auf dieses selbstgesteckte Ziel beziehen: Ebnen die vorgeschlagenen Taktiken und Zwischenstufen den Weg zum Sozialismus oder verbauen sie ihn?

Der Betrieb

Der Schwerpunkt der in den ARBEITSHEFTEN zu Wort kommenden Positionen ist der Betrieb.

Nach scheinbarem völligem Versagen der sozialistischen Theorien bei der Arbeiterschaft soll diese offenbar durch den Kampf in dem Bereich mobilisiert werden, in dem ihr gleichsam im Kleinen die gesamte Herrschaftsstruktur der Gesellschaft gegenübertritt.

So schlägt Braun vor:

„Die sachliche Verantwortung für die Normen bei den beruflich und sozial herausgehobenen Vertretern des Managements zu belassen, ihnen aber durch das Veto (der Belegschaft; d. V.) eine umfassende Kontrolle beizugeben." (A, I, 3, S. 1)

Veto kann aber doch nur heißen: keinerlei Ausübung von positiven Entscheidungsfunktionen, sondern nur eine rein negative Funktion: umfassende Kritik durch Möglichkeit einer weitgehenden Kontrolle, Einsicht in möglichst alle Bereiche unternehmerischer Entscheidung. So fordert Braun auch, daß die Gewerkschaften „von allen Autoritäten und Mächten der Gesellschaft unabhängig sind und nicht selbst in Machtpositionen einrücken". (A, I, 2, S. 6)

Doch plötzlich wird bei ihm die Vetofunktion zu einer institutionalisierten Teilnahme an der Leitung des Betriebes:

„Deshalb scheint es mir richtig, wenn Sachverstand und soziale Anforderungen in der Leitung des Industriebetriebes auf zwei entgegengesetzte Institutionen verteilt werden, die voneinander unabhängig aber auf Zusammenarbeit angewiesen sind." (A, I, 2, S. 9)

Ähnliche Vorstellungen entwickelt von Oertzen:

„. . . ist schon heute bloße Mitbestimmung in sozialen und personellen Fragen viel zu wenig. In Fragen der betrieblichen Lohnregelung, der Arbeitsordnung, der Arbeitsvorbereitung, der Arbeitsorganisation . . ., könnte das Mitbestimmungsrecht so weit ausgedehnt werden, daß es an völlige Selbstbestimmung grenzt." (A, II, 1, S. 8)

Das würde aber nichts anderes bedeuten als die „Befreiung der Unternehmer von der Schmutzarbeit im Betrieb", wie er es selbst an anderer Stelle ausgedrückt hat.

Daß aber trotz aller Bedenken an Vorstellungen von betrieblicher „Selbstbestimmung" festgehalten wird, geht unter anderem auf eine der — nach Ansicht der Mitarbeiter der ARBEITSHEFTE — entscheidendsten Veränderungen im Produktionsbereich zurück: Die Produktivkraft Belegschaftskooperation kann in Zukunft dadurch stärker entfaltet werden, daß die bestehende Betriebshierarchie abgebaut wird.

Genauer analysiert und dargelegt wurde das vor allem von Frielinghaus in dem Heft über „Belegschaftskooperation":

„. . . die Gewerkschaftszentralen hätten die gewerkschaftlich organisierten Industriebelegschaften anzuleiten, durch systematische Nutzung des Streikrechts die derzeitige Kompetenz der Betriebsdirektionen selbst zu übernehmen. Dazu brauchten die Eigentums- und Rechtsverhältnisse, die in den außerbetrieblichen Verwaltungen verankert sind, nicht geändert zu werden. Auch wäre es nicht notwendig, in die Verankerung der außerbetrieblichen Verwaltungen für die Investitions- und Produktionsplanung einzugreifen. (A, II, 1, S. 19)

Gleich welche Konzeption — gemäß der Formel des Übergangsprogramms —, sie gewinnt ihren wahren Sinn erst durch die Vorstellungen vom „Übergang", die mit ihr verbunden werden. Welche Vorstellungen vom „Übergang" werden aber mit dieser Betriebspolitik verbunden?

Für Braun scheint gar kein Übergang nötig zu sein:

„Es ist den Gewerkschaften grundsätzlich gleichgültig, wer diese Mächte und Autoritäten in Wirtschaft und Gesellschaft sind, ob es sich um kapitalistische Planer oder Manager oder frühere Gewerkschafter oder sozialistische Planer handelt." (A, I, 2, S. 6)

Und weiter:

„(Die Gewerkschaften) streben nicht an, über diesen Zustand (Vetoinstanz; d. V.) hinauszukommen oder über bestimmte Parteien sozusagen selbst an die Macht zu kommen." (A, I, 3, S. 4)

Auch Lutz ist der Meinung, daß:

„. . . die Stellung der Gewerkschaften und ihre Aktionen in einer heute absehbaren Zukunft nicht grundlegend anders sein können und dürfen als heute." (A, II, 3, S. 19)

Die Erklärung für diese Haltung ist, daß beide von der Theorie der „bürokratischen Industriegesellschaft" (Braun) ausgehen, daß die heutigen „Antagonismen wenigstens z. T. aus den Grundgesetzlichkeiten der industriellen Gesellschaft entspringen" (Lutz).

Im Gegensatz zu ihnen hält Frielinghaus (aber auch Hinrichs) an der Theorie fest, daß

„für uns doch aber die Gewerkschaften gerade die wirkungsvollen Kampforganisationen (sind), um diesen unwürdigen Zustand . . . zu überwinden." (A, II, 1, S. 19)

von Oertzen ist auch auf dieser Seite. Andererseits aber ist er

„ganz und gar der Meinung, daß heute und morgen der volle Sozialismus nicht auf der Tagesordnung steht, sondern eine Gesellschaftsverfassung, die ich als ‚soziale Demokratie' bezeichnet habe." (A, II, 3, S. 22)

Auf Grund dieser Position hält er die Anregungen von Braun und Lutz für wertvolle Beiträge zur Gestaltung der Zwischenstufe „soziale Demokratie", genauso wie ja auch Frielinghaus die Zwischenlösung Kooperation als Übergangslösung vorschlägt.

Der Kompromiß ist jedoch nicht von langer Dauer. Sobald sich die Autoren um die Ausarbeitung praktischer Forderungen bemühen, treten die verschiedenen politischen Positionen wieder klar hervor.

So schreibt etwa Frielinghaus in einer Entgegnung auf Braun:

„Mit einem solchen Vetorecht würden die elementaren, wirkungsvollen Kämpfe der Belegschaften — in noch viel schwerwiegenderem Maße, als das bisher der Fall ist — in eine Rechtsprozedur abgeleitet, in der die Kräfte, die den Belegschaften spezifisch eigen sind, nicht zur Auswirkung kommen.

. . . Nötig ist es, wenigstens die Gewerkschaften (die Betriebsräte sind gesetzlich gebunden) aus den Fesseln zu befreien, die sie sich kunstvoll in jahrelangen Bemühungen selbst angelegt haben, nicht aber neue Fesseln durch die Institutionalisierung eines Vetorechts zu schmieden." (A, II, 1, S. 18)

Dagegen hatte Braun ausdrücklich betont:

„Sicher dürfte sein, daß niemand ein derartiges Vetorecht leichtsinnig gebrauchen wird." (A, I, 2, S. 10)

Doch hinter diesem Streit wie hinter jeder anderen praktischen Entscheidung steht die Frage: Hält man eine jahrzehntelange „Übergangsphase" mit demokratischer Kontrolle in Betrieb und Gesamtwirtschaft für möglich, oder ist man wie Hinrichs in seiner Kritik an Braun der Meinung, daß jeder wirkliche Angriff, wie z. B. der Kampf um das Vetorecht, „die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit sehr schnell in grundsätzlichere Gebiete kommen lassen" würde, daß reale Machtpositionen im Betrieb sich nur in Verbindung mit dem Kampf um das Eigentum an Produktionsmitteln erringen lassen. In dieser letzten Frage kann es aber bestimmt keine Zweideutigkeit auf längere Zeit geben:

„Man kann den Kapitalismus nicht bedrängen, ohne ihn völlig gefesselt zu haben." (v. d. Vring — A, II, 9, 10, S. 10)

Überbetriebliche Planung

Auch in dieser Frage gibt es völlig entgegengesetzte Meinungen. Braun erinnert daran, was Planung im sozialistischen Sinn bedeutet:

„Planung ist mehr als eine bewußte oder von sozialen Normen geleitete Wirtschaftspolitik. Planung hat nur Sinn, wenn sie den Rahmen, den Inhalt und die Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft bestimmt . . ." (A, I, 3, S. 3)

Dagegen hält von Oertzen die Teilnahme an „Planungs- und Lenkungsinstanzen der Gesamtwirtschaft und Verwaltungsorganen der vergesellschafteten Industriezweige" auch heute schon zwecks demokratischer Kontrolle der Wirtschaft für sinnvoll.

Auch für diesen Bereich fehlt es nicht an Einsicht in die Gefährlichkeit solcher Forderungen. von Oertzen selbst schreibt:

„Aufs Ganze gesehen könnte eine weitschauende bürgerliche Politik das System der überlieferten gewerkschaftlichen Mitbestimmungsvorstellungen dazu benutzen, einen modernisierten, sozial ausstaffierten technokratischen Kapitalismus zu schaffen, dem sich die Arbeitnehmerschaft über ihre Erfolge befriedigt — kritiklos einordnet, ohne eine wirklich gleichrangige gesellschaftliche Machtstellung erreicht zu haben.

Eine solche Möglichkeit wird vor allem dadurch eröffnet, daß alle gewerkschaftlichen Errungenschaften auf dem Gebiet der Mitbestimmung — jedenfalls in ihrer jetzigen programmatischen Form — durch eine bürgerliche Parlamentsmehrheit und Regierung völlig in das Gegenteil ihres ursprünglichen Sinnes verkehrt werden können." (A, II, 1, S. 6)

Ähnliches vollzieht sich nach Hoffmann in Frankreich, wo:

„. . . nach gaullistischer Konzeption die Gewerkschaften in den Staatsaufbau integriert werden müssen, um als ‚mäßigendes Element' gegen die Arbeitnehmer selbst ausgespielt werden zu können." (A, II, 4/5, S. 43)

Doch auch in Deutschland war bisher

„. . . die Integration der Gewerkschaften in die bestehende Ordnung immer stärker als die Fähigkeiten der Gewerkschaften, diese Ordnung nach den eigenen Vorstellungen umzuformen." (Hinrichs, A, II, 1, S. 16)

Wenn schon in bezug auf die Vorschläge zur Betriebspolitik die Frage nach Hinarbeiten auf „qualitativen Bruch" oder Integration nicht eindeutig beantwortet werden konnte, wird die Ratlosigkeit noch größer, soll man die Konzeption der Mitbestimmung an überbetrieblichen Plankommissionen beurteilen.

Deshalb wird im folgenden versucht werden müssen, diese Frage von der Gesamtkonzeption und den Zielvorstellungen der Autoren her zu beantworten.

Sozialismus oder „soziale Demokratie"?

Inwieweit wird bei den Mitarbeitern der ARBEITSHEFTE überhaupt noch an dem Ziel einer qualitativ anderen Gesellschaft festgehalten?

Lutz schreibt zum Beispiel:

> „Alles spricht dafür, daß die arbeitenden Klassen zunehmend in ein System integriert werden, das schon bisher sich im Sinne einer stärkeren Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse gewandelt hat, wobei die Grenzen seiner Wandlungsfähigkeit noch keineswegs abzusehen sind und sich um so weiter hinauszuschieben scheinen, je näher man diesen Prozeß analysiert." (A, II, 3, S. 15)
>
> „Ein erstes Ziel der Arbeiterbewegung hat es also zu sein, die Entstehung funktionsfähiger, rationaler Entscheidungsinstanzen auf allen Stufenleitern von Wirtschaft und Gesellschaft zu erzwingen.
>
> Dies kann und muß im Rahmen der gegenwärtigen Bedingungen geschehen, die sich hierdurch fortschreitend verändern." (a. a. O., S. 17)

Nicht weit von dieser Position entfernt meint Braun:

> „. . . die bescheidene und skeptische Beurteilung dessen, was wir wissen und was wir nicht wissen, muß uns veranlassen, heute und morgen (und das ist: für alle Zeit) nicht mehr anzustreben, als was P. v. O. in seinem Artikel mit ‚soziale Demokratie' bezeichnet hat." (A, II, 8, S. 26)

Nach Ansicht dieser beiden Autoren geht es also nicht einmal mehr um die schrittweise Eroberung von Machtpositionen, sondern ausschließlich um eine Erweiterung der Funktionsfähigkeit des gegenwärtigen Systems, dabei freilich zugleich um seine Demokratisierung.

Dagegen ist für Frielinghaus, Hinrichs u. a. die Errichtung einer sozialistischen Ordnung, wie man sie nach den positiven und negativen Erfahrungen der bestehenden Arbeiterstaaten in groben Umrissen auch für Westeuropa skizzieren könnte, das notwendige Ziel. Doch sehen sie es in keiner Weise für in absehbarer Zukunft als realisierbar an und konzentrieren sich deshalb auf eine Politik, die Braun als eine Politik „mittlerer Reichweite" bezeichnet hat. Oertzen versucht die mannigfaltigen Vorstellungen schließlich durch die Formel „soziale Demokratie" auf einen Nenner zu bringen — für die einen die beste aller Möglichkeiten, für die anderen notwendiges Übergangsziel:

> „Mit ‚sozialer Demokratie' ist . . . eine gesellschaftliche Machtverteilung bezeichnet, in der Klassenprivilegien, Privateigentum an Produktionsmitteln und Profitwirtschaft keineswegs beseitigt sind, in der die Arbeitnehmerschaft jedoch eine so starke und fest verankerte Stellung einnimmt, daß die politische Demokratie gesichert und ein gewisses Maß an realer gesellschaftlicher Gleichberechtigung mit den herrschenden Klassen hergestellt ist." (A, II, 9/10, S. 25)

Unter dem Aspekt dieses Nahziels verschwindet allerdings die Widersprüchlichkeit der Konzeptionen. Wird doch einfach die Frage der Schaffung von Übergangspositionen, die je nach den Umständen früher oder später — aber auf jeden Fall in absehbarer Zeit — den qualitativen Bruch ermöglichen sollen, „zunächst einmal" von der Tagesordnung gestrichen. Sollen diese Konzeptionen doch nur noch — so hat es wenigstens den Anschein — den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft in dieser Gesellschaft eine stärkere und gesichertere Position verschaffen.

So wird aus dem geforderten Übergangsprogramm zum Sozialismus ein Übergang zur „sozialen Demokratie":

> „Diskussion, Erarbeitung und Propagierung eines sozialistischen . . . Übergangsprogramms sind vordringlich. Die Auseinandersetzungen über unsere Vorstellungen vom sozialistischen Endziel müssen demgegenüber etwas zurücktreten." (P. v. O.)

In dieser Wendung findet die Verschiebung des Ziels einen klaren Ausdruck. Muß doch gefragt werden, ob nicht sowohl das sozialistische „Endziel" das Programm als auch das Programm das sozialistische „Endziel" bestimmt? Ob nicht die „soziale Demokratie", wenn sie wirklich eine Zweiteilung gesellschaftlicher Macht bedeutet, ihre eigene Dynamik entfaltet, die in kürzester Zeit die Frage nach der Errichtung sozialistischer Institutionen aufwerfen muß?

Die klassische sozialistische Theorie verwarf die Möglichkeit einer Institutionalisierung von „Doppelherrschaft" für längere Zeit. Sie beharrte deshalb auf dem Unterschied von Reform und Revolution. Dagegen steht hinter den Vorschlägen der ARBEITSHEFTE die Vorstellung der „permanenten Reform". Wie verträgt sich dieser Gedanke jedoch mit der Forderung nach dem „qualitativen Bruch", ein Begriff, der doch letztlich einen Zeitpunkt vorsieht, an dem nicht mehr permanent weiterreformiert werden kann, sondern der gegenwärtige Rahmen gesprengt werden muß? Ist ein Ende der Wandlungsfähigkeit der gegenwärtigen Ordnung noch „keineswegs abzusehen", wie Lutz es sagt, oder besteht immer noch als unabdingbare Voraussetzung für jede wirkliche Demokratisierung „die Zerschlagung" dieser Ordnung? Nur durch die Entscheidung für die eine oder andere Möglichkeit — wie auch immer sie ausfallen mag — können die vorgeschlagenen Taktiken ihren Sinn erhalten.

Es scheint so, als ob man der Diskussion dieser Frage aus dem Wege geht. Vielleicht deshalb, weil man meint, daß die traditionellen sozialistischen Theorien dem gegenwärtigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr gerecht werden; vielleicht auch, weil man die politischen Differenzen zwischen den einzelnen Mitarbeitern nicht aufbrechen lassen will.

Es bleibt also möglich, „soziale Demokratie" für unbeschränkt ausdehnungsfähig zu halten oder sich an ihrem Ende einen Bruch vorzustellen. Im letzteren Falle würde aus der „permanenten Reform" eine „Revolution in Etappen", das Programm der „sozialen Demokratie" wäre ein klassisches Minimalprogramm — allerdings ohne das von

der Vorkriegs-SPD noch vertretene „sozialistische Endziel", sondern nur noch mit der vagen Versprechung eines Übergangs ins Ungewisse. [1])

Verantwortung nein — Kontrolle ja!

Die Vorschläge der ARBEITSHEFTE, die innerhalb eines wirklichen Übergangsprogramms sinnvolle Anknüpfungspunkte zur Überwindung der gegenwärtigen Stagnation sein könnten, laufen — sofern dieser Bezugspunkt fehlt — Gefahr, in ihr Gegenteil verkehrt zu werden, d. h. Ausgangspunkt zu werden für eine Strategie des Unternehmertums und des Staates, die als Ziel die völlige Unterwerfung der Gewerkschaften unter die gegenwärtige Ordnung hat. Die offenkundige Gefahr dieser Möglichkeit wird in den ARBEITSHEFTEN, obwohl sie ab und zu erwähnt wird, meines Erachtens nicht richtig eingeschätzt. Dabei müßte doch das klägliche Ende der Mitbestimmungsbewegung Anfang der fünfziger Jahre eine dauernde Warnung sein. War es doch auch damals der entscheidende Fehler der Gewerkschaften, daß sie — ohne Gespür für die damaligen Kräfteverhältnisse — sich die Ausweitung ihrer Macht zum Ziel setzten, obwohl es in erster Linie darum ging, das Erreichte zu verteidigen.[2])

Genau wie damals steht man heute einer Offensive des Unternehmertums gegenüber, das mit staatlichen (Notstandsgesetze, Zwangsschlichtung, Maßhalte-Appelle) und eigenen Mitteln („Entschärfung" der Gewerkschaften nach dem Beispiel der IG Bau) versucht, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften aufzuheben, indem es diese an das von ihnen beherrschte Wirtschaftssystem bindet.

Unter dem Druck der wachsenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt wird auch für das deutsche Unternehmertum — die meisten europäischen Länder sind ihm schon voraus — eine kapitalistische „Planung" immer dringlicher. Unter Planung versteht es allerdings vor allen Dingen „Einkommensplanung" — unter Beteiligung der Gewerkschaften, d. h. Einschränkung der gewerkschaftlichen Tariffreiheit durch Festsetzung der Löhne auf längere Zeit im voraus. Demgegenüber besitzen die Gewerkschaften keine klare Konzeption. Jede ihrer Aktionen ist so der Gefahr ausgesetzt, vom Gegner an sich gerissen und gegen die eigenen Reihen gekehrt zu werden. Deshalb steht bei dem gegenwärtigen Zustand der Schwäche und Desorientierung weniger die Eroberung von angeblichen Machtpositionen auf der Tagesordnung, sondern „lediglich" die Erhaltung von Tariffreiheit und Streikrecht.

Daß eine solche Einschätzung des Kräfteverhältnisses nicht zu der Passivität des Wartens auf die „große Krise" führen muß, sondern für die Gewerkschaften den Ausgangspunkt für einen Ausbau ihrer Stellung als „Gegenmacht" bilden kann, mögen die folgenden Überlegungen zeigen.

Lutz hat einmal die zwei wichtigsten Aspekte der gegenwärtigen Lage — wenn auch mit anderen Folgerungen — so ausgedrückt:

> „Zunehmende Anfälligkeit der arbeitenden Klassen für Manipulationsbestrebungen des Arbeits-, Konsum- und politischen Verhaltens.
> Zunehmende Abhängigkeit des Systems von Zustimmung und Mitarbeit der arbeitenden Klassen." (A II, 3, S. 15)

Aus dieser Einsicht sollte sich unschwer ableiten lassen, was in der augenblicklichen Situation nötig ist:

1. Verweigerung der „Zustimmung und Mitarbeit der arbeitenden Klassen", sobald in irgendeiner Weise die eigene Handlungsfreiheit bedroht ist oder die Gewerkschaftsvertreter mit einer kompromittierenden Mitverantwortung für die Unternehmerpolitik belastet würden.
2. Eine klare Bildungsarbeit, die über alle „Manipulationsbestrebungen des Arbeits-, Konsum- und politischen Verhaltens" genaue Aufklärung gibt.

Schon dieser harte „Defensiv"kampf würde einen Zusammenstoß der Arbeiterschaft mit dem Herrschaftssystem bedeuten, was ja das Ziel der Mitarbeiter der ARBEITSHEFTE ist.

Im Rahmen dieser Politik ist solange von einer Propaganda für die Teilnahme an irgendwelchen betrieblichen oder überbetrieblichen „Planungs"- oder Mitbestimmungsorganen abzusehen, wie nicht bei einem jeden Schritt Klarheit darüber besteht, in welcher Hinsicht die errungene Position einen Hebel zur endgültigen Aufhebung der Macht des Privatkapitals bedeuten kann. Als erstes Kriterium kann dabei dienen, daß diese Institutionen kein Ziel an sich sind, sondern Mittel, Kampfinstrumente, die nach dem Prinzip gebraucht werden: Verantwortung nein — Kontrolle ja!

Dabei kommt es vorerst nur darauf an, der Arbeiterschaft ihr Recht auf die Kontrolle ihrer Produktionsstätten und auf eine grundsätzlich andere Verwendung des Sozialprodukts bewußt zu machen. Eine Aufgabe, die also eher in den Bereich der Bildungsarbeit als in den der Wirtschaftspolitik fällt, welche den Gewerkschaften in der augenblicklichen Lage weitgehend verschlossen ist. Hat sich durch einen erfolgreichen Kampf das gegenwärtige Kräfteverhältnis verschoben, ließe sich dieser Machtzuwachs durch Institutionalisierung der Arbeiterkontrolle festhalten. Sie würde jedoch nur dazu dienen, die notwendigen Daten für den weiteren Kampf der Belegschaften bereitzustellen („Öffnung der Geschäftsbücher"), im Gegensatz zu allen Mit- und Selbstbestimmungsinstitutionen, die immer mehr oder weniger zur Verteidigung eben dieser vom Unternehmer festgesetzten Daten gezwungen sind. Das allgemeine aktive Interesse an der Kontrolle des Betriebes erfüllt dann zu einem späteren Zeitpunkt die Voraussetzung zur Übernahme seiner gesamten Leitung.

---

[1]) Inwieweit das Ziel „soziale Demokratie" nicht dadurch bestimmt ist, daß es als das einzige angesehen wird, was nach der heutigen Situation der Gewerkschaften und ihren programmatischen Äußerungen Aussicht darauf hat, in Angriff genommen zu werden, kann hier nicht erörtert werden.

[2]) Vgl. Theo Pirker, „Die blinde Macht", Bd. 1, Kap. 4.

Eine „offene" Diskussion

Vor etwa einem Jahr wurde die hier wiedergegebene Diskussion um ein zusammenhängendes Programm abgebrochen. Man schloß sich der Meinung von Braun an, der meint:

> „Es erscheint vielmehr produktiver, an Hand konkreter Probleme wie das Problem der ‚negativen' Rolle der Gewerkschaften oder der Planung oder der Rolle eines Wirtschaftsparlaments ein möglichst großes Maß an Übereinstimmung im Verhalten zur aktuellen Gesellschaft herbeizuführen." (A, II, 8, S. 23)

Welche Gefahr dieser Verzicht auf die Ausarbeitung einer Gesamtkonzeption bedeutet, habe ich herauszuarbeiten versucht. Jedoch hängt meiner Meinung nach auch die Tatsache, daß sich die Mitarbeiter nun schon drei Jahre lang in ihren ARBEITSHEFTEN mit der „Vorbereitung" einer gewerkschaftspolitischen Zeitschrift befassen, mit diesem Verzicht zusammen.

Ohne eine klare politische Absicht ist keine Gewerkschaftszeitung zu machen. Schon der äußeren Gestaltung der Zeitschrift muß die politische Entscheidung zugrunde liegen, an wen sie sich richten soll:

An die obere Funktionärsspitze? Dann wäre eine wissenschaftliche Vierteljahresschrift vielleicht am sinnvollsten, die diesem Leserkreis Material und umfassende Analysen liefert.

An die Gewerkschaftsbasis? Dann müßte die Zeitung möglichst wöchentlich erscheinen und eventuell als Gewerkschaftskorrespondenz einen möglichst breiten Leserkreis zu Wort kommen lassen; größte Gemeinverständlichkeit wäre erforderlich. Vor allem müßte man sich aber weitgehender als bisher direkt auf die jeweilige Praxis der Gewerkschaften beziehen (und nicht solche entscheidenden Ereignisse wie den Metallarbeiterstreik 1963 mit Stillschweigen übergehen).

Welche von diesen angedeuteten Möglichkeiten man wählt, immer muß die Frage beantwortet werden: Worauf sollen die Vorschläge hinauslaufen, die man glaubt, beitragen zu können? Weicht man der Entscheidung dieser Frage aus, dann gilt die Kritik von Thomas von der Vring am Grundsatzprogramm des DGB auch für die ARBEITSHEFTE:

> „Die Privatwirtschaft wird ihre Zähmung nicht kampflos hinnehmen. Und um diesen Kampf zu führen, bedarf es mehr als einer parlamentarischen Mehrheit und mehr als eines verschleierten Programms. Dazu bedarf es in erster Linie der bewußten Unterstützung durch den ganzen Gewerkschaftsapparat und die Arbeitnehmerschaft. Deshalb muß man den politischen Kampf in die Öffentlichkeit tragen. Deshalb wird man gesellschaftskritische Öffentlichkeitsarbeit betreiben müssen. Deshalb darf man auch kein gewerkschaftliches Grundsatzprogramm beschließen, das den Arbeitnehmern nicht sagt, wo die entscheidenden Hindernisse seiner Durchsetzung liegen und daß es zu dieser Durchsetzung des Kampfes mit allen demokratischen Mitteln bedarf.
>
> Viele Forderungen des Programmentwurfs sind richtig und begrüßenswert, aber seine Gesamtkonzeption wird nur sinnvoll, wenn man sie in den Rahmen einer politischen Strategie zu ihrer Durchsetzung stellt. Unterläßt man es, klarzustellen, welche Ziele mit welchen Mitteln zu verwirklichen sind . . ., dann bleiben die formulierten Ziele fromme Wünsche . . ., dann bedeutet es tendenziell die Neutralisierung der Gewerkschaften, ihre Reduzierung auf die Rolle eines staatlich lizenzierten Maklers auf dem Arbeitsmarkt. Dann würde die Propagierung dieses wirtschaftspolitischen Programms nur heißen, dem Kaiser — unserer Wirtschaft — neue Kleider zu schneidern, Kleider, die keine sind." (A, II, 9/10, S. 13f.)

*) Die ARBEITSHEFTE sind die ausschließlichen Äußerungen, mit denen die „Sozialwissenschaftliche Vereinigung" bisher vor die Öffentlichkeit trat. (Sieht man von einer Tagung ab, die im Sommer 1963 mit Funktionären der IG Metall und IG Chemie durchgeführt wurde.)
Als engere Mitarbeiter lassen sich aufführen (in der ungefähren Reihenfolge der Zahl ihrer Artikel):
Peter von Oertzen, Politologe, Professor in Hannover
Reinhard Hoffmann, Jurist, Assistent in Hamburg
Siegfried Braun, Soziologe, Assistent in Göttingen
Konrad Frielinghaus, Dipl.-Ing.
Burkart Lutz, Soziologe, Institutsdirektor in München
Jürgen Seifert, Jurist, wiss. Assistent in Darmstadt
Adolf Brock (ehemaliger Betriebsratsvorsitzender), Jugendreferent der Heimvolkshochschule Lambrecht
Konrad Thomas, Theologe, soziolog. Assistent in Göttingen
Thomas v. d. Vring, Historiker, Assistent in Hannover
Oskar Negt, wiss. Assistent (phil. soz.), Heidelberg, Frankfurt
Wolfgang Hinrichs, Studienrat in Duisburg
Zuschriften zum Inhalt an Prof. Dr. Peter von Oertzen, 3 Hannover, Nettelbeckstraße 21,
zum Vertrieb an Ludwig Helwig, 34 Göttingen, Postfach 238,
Unkostenbeitrag pro Heft DM 1,—

Antikritisches zur Strategiediskussion (II)

IV Zu Elisabeth LENK: Positivistischer und revolutionärer Geist (nk 23)

„Nachtigallen mag man mit Märchen abspeisen." Lenin, 1904

Vorweg eine Selbstkritik: Meine Forderung nach „Bekennertum" gegenüber der „konkreten Wirklichkeit" (nk 21, S. 5) „bekenne" ich als depraziert. Bekennertum ist im politischen Bereich an sich ein Blödsinn und hat seine Funktion nur im psychologischen Haushalt, ist dort ein Mittel der Bedürfnisbefriedigung unter anderen. Die Forderung aber, im Bemühen, die Welt begreifen und zu verändern, sich mehr um die „konkrete Wirklichkeit" zu kümmern, anstatt die Analyse der Marxschen Theorie für die Analyse der Realität zu nehmen — diese Forderung halte ich auch weiterhin für angebracht. Dazu bin ich „Positivist" genug.

E. Lenk meint, ich wolle „uns glauben machen", daß „die Revolution, auf die die alten Marxisten . . . hingearbeitet oder gewartet hatten, sich — durch die List des Weltgeistes

— hinter ihrem Rücken bereits schrittweise vollzogen hat" (nk 23, S. 15). — Das wäre ja empörend! — Weiter sagt sie, „begeistert" hätte ich festgestellt, daß es in zahlreichen Ländern mehr oder weniger große Bereiche der Wirtschaft gibt, die der kapitalistischen Aneignungsweise entzogen sind. E. Lenk: „Wenn solche Zeilen nicht naiv sind, so sind sie zynisch" (nk 23, S. 16).

Auf Ehre! — sie sind nicht zynisch, sie sind naiv! Sie sind so gemeint, wie sie da stehen. Auch ohne Begeisterung. Denn im Gegensatz zu den „alten Marxisten", von denen E. Lenk spricht, bin ich nicht der Meinung, daß mit der Aufhebung selbst der allgemeinsten kapitalistischen Akkumulationsgesetze die Einführung des Sozialismus einhergehen könnte. Diese Aufhebung ist lediglich eine notwendige Voraussetzung für den Sozialismus. Das Lenksche Mißverständnis erscheint als vielsagende Fehlleistung.

Gerade die Tatsache, daß auch bei einer Aufhebung der Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Akkumulation (etwa durch umfassende Verstaatlichung) der Sozialismus noch himmelweit entfernt ist, gibt Anlaß, sich von der Fixierung an den ursprünglichen Begriff „kapitalistische Produktionsverhältnisse" zu lösen und den Blick jenem totalen Entfremdungszusammenhang aller gesellschaftlichen Bereiche zuzuwenden, der einer Entwicklung zur sozialen Emanzipation im Wege steht. Und auch für unsere gegenwärtige, noch weitgehend „privat"-kapitalistische Wirtschaftsordnung taugt die klassische Werttheorie recht wenig noch als analytisches Instrument. Aber bis das die Marxisten eingesehen haben, müssen sich erst die Berge zum Propheten bewegen.

E. Lenks Beitrag ist für mich so schwer zu kritisieren, weil sie sich mit verhangenem Blick über meinen Aufsatz hermacht, herausliest, was nicht drinsteht, auf den vermeintlichen Feind einprügelt — und dann als vermeintliche Alternativen Dinge sagt, denen ich nur zustimmen kann. Es bleibt als Mehrwert nur Polemik.

Wenn ich gesagt habe, Theorie habe das Ziel, zur totalen Selbstentfaltung zu gelangen (nk 21, S. 6), so handelte das nur von dem immanenten Bewegungsgesetz der Theorie, von deren Streben, sich unaufhörlich zu differenzieren, um der Wirklichkeit immer näher zu kommen. Wenn ich E. Lenk davon zu überzeugen vermöchte, daß ich die Sätze so gemeint habe, wie geschrieben, dann würde sie ihnen gewiß zustimmen. Sie ist lediglich der Ansicht, daß die Theorie in ihrem Entfaltungsprozeß nie weit genug vorankommt, um ihr Ziel, mit der Wirklichkeit identisch zu werden, zu erreichen — während ich gesagt habe, Theorie hebe sich erst dort auf, wo die Menschen die sozialen Verhältnisse beherrschen. Da ich aber bislang nicht den Eindruck habe, daß ihnen dies jemals gelingen wird, wäre auch in dieser Frage die Einigkeit mit E. Lenk wiederhergestellt.

Ein weiterer Punkt, der als besonderes Exempel für meine Bemerkungen über Schreiben und Lesen dienen möge, läßt sich ebenso rasch klären. Ich hatte geschrieben, daß die totale Entfaltung der Theorie so lange unerfüllter Anspruch bleiben muß, „solange die Gesellschaft und ihre zukünftige Entwicklung teilweise von blinden Mechanismen bestimmt werden" (nk 21, S. 6). E. Lenk übergeht das Wort t e i l w e i s e als inhaltslosen Schnörkel und hält mir entgegen, gerade je mehr die Menschen von blinden Mechanismen bestimmt werden, desto einfacher habe es die Theorie. — Wiederum stimme ich zu. In der Umkehrung hatte ich dasselbe gesagt: ist die Gesellschaft t e i l w e i s e von blinden Mechanismen bestimmt, dann ist ihre Entwicklung n i c h t mehr starr fixiert, und die Theorie ist n i c h t mehr in der Lage, über diese Entwicklung genügend sichere Aussagen zu machen. Sicherheitshalber hatte ich aber hier die obengenannte Methode der Verdoppelung angewandt und den Sachverhalt im anschließenden Satz narrensicher beschrieben. Umsonst. Dieser explizierende Satz über den Zusammenhang von partieller Blindheit und partieller Bewußtheit des sozialen Handelns findet in das Lenksche Bewußtsein nur Aufnahme als Synonym für das Wort „vorläufig". „Vorläufig", hätte ich E. Lenks Widergabe zufolge gesagt, seien „einigermaßen sichere detaillierte Vorhersagen über den Verlauf des sozialen Prozesses einfach nicht möglich" (nk 23, S. 17).

Im weiteren sagt E. Lenk so schöne Dinge, daß man ihr nur zustimmen kann — welch ein Schwung durch offene Türen! Ich will die Leseübung hier abbrechen. Der Kritik wäre Genüge getan, hätte nicht E. Lenk allerorts ihre Polemik mit Äußerungen über den Positivismus an sich und den Vringschen im besonderen verziert. Ein paar Worte sind hierzu vonnöten, weil es sich um ein linkssozialistisches Spezifikum handelt.

Das Enthüllen von Positivismus ist bei E. Lenk nicht ein Vorgang der Analyse, sondern der sinnlichen Wahrnehmung. Bloß phänomenologisch bestimmt sie Positivismus. Vor allem gerät ihr der Terminus zum vordergründigen Schimpfwort — womit sie nicht allein steht. Die Ambivalenz der positivistischen Methode ignoriert sie.

Ist es denn nicht so, daß jede Wissenschaft sich positivistischer Methode bedient? In klassischer Weise die Marxsche? Bedeutet nicht in der Sozialwissenschaft Positivismus, „die Gesellschaft", „die Gruppe", „die Organisation", „das Kapital", „die Produktion" usw., vorgefundene Verdinglichungen also, als Subjekte ihrer historischen Entwicklung zu begreifen? Drückt diese Methode nicht das Wahre aus, daß die Gesellschaft in der Tat gegenständlich ist, eine eigene, zweite Natur gewonnen hat? — Die Differenz zur kritischen Wissenschaft liegt darin, daß es die Positivisten bei der Entfremdung bewenden lassen, wenn sie sie nicht gar zur Norm erheben, während kritische Wissenschaft sich mit den Objekten der Verdinglichung, den Menschen, identifiziert (das ist kein „Werturteil", wie E. Lenk meint) und deren Befreiung, d. h. die Überwindung der entäußerten Eigenmacht des „Sozialen", sich zum Ziel gesetzt hat. Dabei „handhabt" die kritische Praxis durchaus die Gegenstände der Gesellschaft und scheut sich auch nicht, bisherige Objekte zu „ak-

tivieren". Kritische Wissenschaft kann von der positivistischen allerhand lernen. Forderungen wie jene nach Genauigkeit der Analyse, nach kritischem Mißtrauen gegenüber unserer Methode und unseren hypothetischen Vorbegriffen als positivistisch zu denunzieren, ist töricht.

Offen bleibt die Frage, warum sich E. Lenk so sehr über meinen Artikel geärgert hat — sie habe sich „die Zunge daran verbrannt", schreibt sie —, obwohl wir in fast allen Punkten einig sind, warum sie trotz ihres Ärgers nur kritisiert, was nicht in meinem Artikel gestanden hat. Jene ihrer Vorstellungen, die ich verletzt habe, unterließ sie zu analysieren und zu verteidigen.

V Zu LAMM: „Ich bin dagegen, daß wir den Strategiebegriff verwenden" (nk 21)

> „Wo Dogmen sind, giebt es Pfaffen & Ketzer. Daß gerade Ede (Bernstein) unter die letzteren gerieth, ist der Humor von der Geschichte. Er frißt jetzt seine eigenen Kinder. Wenn Kautsky die andere Hälfte auffräße, dann wären wir die Wechselbälge der beiden Kirchenväter los & wir brauchten uns nur über ‚Taktik' zu streiten."
>
> Ignaz Auer an Victor Adler, 18. 9. 1899

Lamm gibt eine umfassende Analyse unserer Situation. Aber sie ist eine diffuse, abstrakte Analyse. Sie ist ein Beispiel für jene unpolitischen Analysen, deren Gang nicht von der Frage nach der Praxis geführt wird, nicht in Konsequenzen mündet — die Konsequenzen, die Lamm zieht, sind recht unvermittelt angehängt. Seine Analyse ist frei von strategischem Denken. Wie Negt zudem zu Recht kritisiert, erwartet Lamm wesentliche politische Veränderungen in der BRD nur von der internationalen Entwicklung. Damit belebt er verschüchterte Hoffnungen in sich ruhender Sozialisten.

Lamm verteidigt Marx unbedingt, zerlegt seine Theorien in solche Vorhersagen, die eingetroffen sind, und in jene anderen, deren Irrtum man Marx nachsehen müsse, denn Marx' System sei nur „in großen Zügen" zu begreifen (nk 21, S. 16). — Solche Interpretation entzöge Marx nicht nur der Kritik. Sie schöbe ihn in der Tat zum alten Eisen und bedeutete zudem die Negation der konkret politischen Funktion von Theorie.

Den Strategiebegriff begrenzt Lamm auf den der richtigen Strategie — eine falsche sei keine. Lamm meint, man könne eventuell sagen, die sozialdemokratische Bewegung habe versagt, „weil es die Strategie nicht gegeben hat — oder richtiger: weil die Führung sich der kritischen Methode nicht bedient hat" (ebenda, S. 17). Letzteres ist richtig. Aber bereits die Existenz der sozialdemokratischen Organisation ebenso wie deren Aktionen sind Ausdruck einer Strategie, einer falschen, an die die Orthodoxen fixiert waren.

Wie simpel Lamm den Strategiebegriff versteht — auch den militärischen, an dem er sich scheinbar orientiert —, zeigt er in seinen anschließenden Ausführungen deutlich. So gelangt er zu der scholastisch klingenden Äußerung, die mehr bedeutet als die Ablehnung einer neuen Terminologie: „Ich bin dagegen, daß wir den Begriff der Strategie verwenden" (ebenda). Weil in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen „das Gelände" sich ständig verändert, hält er im wesentlichen nur ad-hoc-Entscheidungen für möglich (ein Problem übrigens, das strategischem Denken nicht widerspricht). Von dieser Not zur Tugend proletarischer Spontaneität ist kein weiter Weg. Und in der Tat setzt Lamm an die Stelle strategischer Praxis die spontane Aktion, die ihre Erfahrungen — man weiß nicht, wie — „aus dem Werden der lebendigen Geschichte" gewinnt (ebenda). Ob uns heute mit Luxemburgscher Mystik gedient ist? — Strategie als flexibel zu begreifen, die sich stets an der Praxis korrigiert, vermag Lamm nicht. Gewiß hat er dabei die historischen Erfahrungen auf seiner Seite; dem Problem selbst aber entkommen Sozialisten mit dieser Negation nicht.

Lamms Vorstellungswelt ist beschränkt auf die reichen Erfahrungen der alten Linken. Deren Grenzen vermag auch er, bei aller Bereitwilligkeit, nicht zu überschreiten — nicht in Hinblick auf die „Organisationsform", nicht in Hinblick auf die Art und Weise des politischen Handelns. So fordert er noch immer, als Voraussetzung zur Verwirklichung des Sozialismus, „die politische Macht" zu erobern (ebenda, S. 19), wo es richtig wäre, von der Erringung „politischer Macht", ohne verabsolutierenden Artikel, zu sprechen. Man nehme das nicht für Wortklauberei! Dem absoluten, verdinglichten Begriff politischer Macht entspricht die Vorstellung von der „Machtergreifung" als einem einmaligen Akt. Die Bilder, die diese Worte malen, sind die Bilder in den Köpfen der alten Linken.

Die Verabsolutierung von Macht ist ein zentraler unter den Irrtümern der alten Linken. Schon Trotzkis noch sehr unvermittelter Begriff der „Doppelherrschaft" hat demgegenüber den Machtbegriff mit praktischem Erfolg relativiert. Nicht Macht der Herrschenden und Ohnmacht der Beherrschten ist die Alternative. Konkrete Herrschaft selbst ist Ausdruck einer bestimmten Machtrelation zwischen Herrschenden und Beherrschten. Jede Strategie versucht, diese Machtrelation zu verändern mit dem Ziel, sich mit der Beseitigung der gegnerischen Position aufzuheben. Und diese Veränderungen der Machtrelation vollziehen sich, in vielfältigsten Formen, im allgemeinen als Prozeß, im Extremfall als radikaler Bruch. Solange Sozialisten Macht absolut, revolutionären Kampf nur als „Sprung" verstehen können und damit politische Praxis wesentlich als Training des theoretischen und organisatorischen „Sprungbeins", so lange bedürfen sie keiner differenzierten Strategie, bleibt die Machtrelation unbeeinflußt, und die Herrschenden lachen sich ins Fäustchen. Macht muß als relativ, Machtverhältnis als veränderbar begriffen werden — das ist die Grundvoraussetzung allen strategischen Denkens und Handelns.

Lamm wird einwenden, mit der zu erobernden „politischen Macht" sei die Übernahme der staatlichen Exekutive gemeint:

> „Nicht die Klasse ist berufen, den Sozialismus zu verwirklichen, sondern die Sozialisten sind es. Dazu brauchen sie die politische Macht" (nk 21, S. 19).

Zunächst: Hiermit widerspricht sich Lamm selbst. Vom Luxemburgianismus zu solchem Leninismus ist doch wohl ein sehr weiter Weg.

Aber mit solcher Formalisierung des Begriffes „politische Macht" ginge auch Formalisierung der politischen Strategie einher. — Sozialrevolutionäre Strategie will die Massen so zum Handeln organisieren, daß sie tatsächliche Macht — der Unterschied zwischen politischer und ökonomischer wird hier sinnlos — gewinnen. Das bedeutete, daß die Massen selbst den Staatsapparat zunehmend unter Druck setzen — „pressure from without" (Marx) —, um ihn im Laufe der Zeit ganz unter ihre Kontrolle zu zwingen. Die Massen können nicht den Staatsapparat „erobern"; sie können ihn „nur" zu ihrer Exekutive umfunktionieren. Daher ist es für sie auch von sekundärer Bedeutung, welche Personen die staatlichen Positionen besetzt halten. Wie viele wohlmeinende Sozialisten haben nicht — in Ost und West — Regierungsfunktionen ausgeübt, ohne daß ihre Politik eine sozialistische gewesen ist. Sozialistische Politik ist nicht Politik „for the people", sondern „by the people". Politische Macht der Massen bedeutet, daß die Regierenden ihnen folgen müssen, wer diese auch seien, ob sie wollen oder nicht. Niemand ist „berufen", den Sozialismus zu verwirklichen. Viele dagegen können seine Verwirklichung ermöglichen oder fördern. In einem aber hat Marx unbedingt recht: Die Befreiung der zu Objekten der Gesellschaft gewordenen Menschen, die Überwindung von Herrschaft, kann nur die Tat der Beherrschten selbst sein. Diese „Tat" wird notwendig ein langwieriger Prozeß sein, den die Sozialisten zu ermöglichen und zu fördern haben. Es ist ein Prozeß, der sich wesentlich äußert in der Erringung gesellschaftlicher Macht durch die sich organisierenden, d. h. bewußt und gemeinsam handelnden Massen. Indem die Massen zum kollektiven Subjekt der Entwicklung sich assoziieren, überwinden sie die Herrschaft, die — obgleich durch Personen ausgeübt — die entfremdete Macht der Gesellschaft ist.

Dieser sozialrevolutionäre Prozeß kann, wenigstens in den entwickelten Industrieländern, nicht für die Zeit nach der Machteroberung durch die Sozialisten aufgeschoben werden. Ihn zu fördern ist vielmehr die akute Aufgabe der Sozialisten — überall, auch in der Bundesrepublik, sogar in einzelnen Betrieben. Dort ist Rhodos — nicht in China, Südamerika oder am Kongo. Und jeder, der diesen Prozeß fördern will, bedarf dazu einer Strategie. Jene, die meinen, „die politische Macht" sei dazu vonnöten, müssen sich genau überlegen, wozu und wie ihnen diese „politische" Macht dienen kann, ob sie „in" der Macht tatsächlich „an" der Macht sind. Sie bedürfen einer Strategie, die ihnen nicht nur zeigt, „how to get into power", sondern wie sie den gegebenen Machtspielraum der staatlichen Exekutive nützen sollen.

Es wäre an Lamm gewesen, zu sagen, worauf er eigentlich hinaus will, welche Praxis er empfiehlt.

VI Zu HOFFMANNS Strategieentwurf (nk-22) und NEGTS Kritik von was ganz anderem (nk-24)

> „Mein lieber Ede, was Du verlangst, so etwas beschließt man nicht, so etwas sagt man nicht, so etwas tut man."
>
> Ignaz Auer an Eduard Bernstein, 13. 7. 1899

Hoffmanns Beitrag, der unter die traditionelle sozialistische Strategie einen abrupten Strich zieht, stimme ich in allen Punkten zu. Er gibt wesentliche Umrisse einer der Realität angemessenen proletarisch-sozialistischen Strategie, deren Träger Kader in der Arbeitnehmerschaft und in den Gewerkschaften sind. Allerdings möchte ich anfügen, daß heute der Kampf um die Transformation der Gesellschaft nicht ausschließlich durch die Arbeitnehmerschaft geführt werden kann. Man wird für den Kampf an anderen Fronten weitere Strategien für andere Träger entwickeln müssen — gegenüber der „Wissenschaft", deren Autorität zunehmend ein politischer Faktor wird, und gegenüber der „Öffentlichen Meinung", die im Bereich der „offiziellen" Politik dem Einfluß von pressure groups aller Art wie auch den autoritären Tendenzen von Staats- und Parteiapparaten ein wirksames Gegengewicht sein kann. Es ist heute nicht möglich, diese verschiedenen Strategien organisatorisch zu integrieren.

Negt steht den konkreten Ausführungen Hoffmanns verständnislos gegenüber. Wesentliche Aussagen, die gewiß nicht mißverständlich formuliert sind, vermag er nicht zu begreifen. Er polemisiert in völlig falscher Richtung. So z. B. gegen den Satz Hoffmanns, daß „politisches" Bewußtsein nicht von „außen" in die Massen hineingetragen werden könne (nk-22, S. 7). Hoffmann kritisiert hier den verdinglichten Charakter der offiziellen „Politik". Er meint den Gegensatz zwischen solchen „politischen" Problemen, die den Massen äußerlich sind, und den sozialen und ökonomischen Problemen, vor die sich die Arbeitnehmer im Produktionsprozeß relativ unmittelbar gestellt sehen. Hoffmann sagt ganz zu Recht, daß man den Arbeitnehmern mit solchen „politischen" Problemen, in ihrer entfremdeten Form, heute nicht kommen kann; daß die Arbeitnehmer aber aus der täglichen Erfahrung, daß die betrieblichen Herrschaftsstrukturen sie als Kollektiv bedrücken, zum Klassenbewußtsein geführt werden können — nicht in dem Sinne differenzierter Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge, sondern im Sinne kollektiver Aktionsbereitschaft. Nur durch die kollektive Aktion gegen gesellschaftliche Unterdrückung kann ihnen kollektive Einsicht in die Zusammenhänge vermittelt werden.

Negt dagegen, der sich gegenüber den Massen als „Außenstehender" weiß, glaubt sich durch die Alternative „von außen" — „von innen" angesprochen. Er argwöhnt, Hoffmann wende sich gegen das Hineintragen von Klassenbewußtsein von „außen", durch betriebsfremde Intellektuelle, wittert hinter Hoffmanns Äußerung Spontaneitätstheorie à la Luxemburg (nk-24, S. 7), wo dieser durch

Hinwendung zu den Problemen betrieblicher Herrschaft überhaupt erst wieder kollektives Bewußtsein zu ermöglichen sucht. — Dies nur als Beispiel. Sämtliche Zitate, die Negt herausgreift, sind von ihm falsch verstanden — aus uninteressierter Flüchtigkeit und aus theoretischer Fixiertheit.

Die wichtigste gegenwärtige Aufgabe sozialistischer Praxis sieht Hoffmann darin, die isolierten Arbeitnehmer im Betrieb zu kollektivem Denken und Handeln zu führen, in Konfrontation mit der betrieblichen Bürokratie — und auch mit der gewerkschaftlichen. Ein solches kollektives Handeln zu organisieren wäre in der Tat ein sozialrevolutionärer Vorgang, eine qualitative Veränderung der konkreten Produktionsverhältnisse, auch wenn der Inhalt des Handelns „systemimmanente" Verbesserungen betrifft. Hoffmann geht es um die Rekonstituierung aktiver Kollektivität der Arbeitnehmer. Es handelt sich nicht um den „richtigen Weg", sondern um das „richtige Gehen".

Dabei scheint mir vordringlich zu sein, der Verselbständigungstendenz der kollektiven Betriebsorgane entgegenzuwirken. Diese ist nicht Produkt der formalen Betriebsverfassung, sondern Ausdruck betrieblicher Herrschaftsverhältnisse. Mit der Förderung des Vertrauensleutesystems allein ist es daher nicht getan. Vertrauensleute können zwar ein wirksames Instrument kollektiven Handelns sein; doch muß man sich darauf gefaßt machen, daß sie, genauso wie die Betriebsräte, in die Sozialbürokratie eingegliedert werden, sobald sie an tatsächlichem Gewicht gewonnen haben. Diese Tendenz kann nur durch die Integration der Vertrauensleute in das bewußte Kollektiv der Arbeitnehmer überwunden werden. Das aber setzt eben voraus, daß sich die Belegschaften bewußt und aktiv zu Kollektiven konstituieren.

Gerade angesichts der zunehmenden Isolierung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz — die Automation fördert diese Tendenz in bedrohlicher Weise — ist es unumgänglich, das Arbeitnehmerkollektiv im Betrieb zu institutionalisieren. Als einziges Institut der Betriebsverfassung scheint mir dafür die Belegschaftsversammlung in Frage zu kommen. Ihrer Entwicklung, ihrer zeitlichen Ausweitung und ihrer Politisierung (zunächst im betriebs- und unternehmenspolitischen Sinne) muß das erste Interesse sozialistischer Arbeitnehmer und Gewerkschafter gelten. Es muß vor allem die gängige bürokratische Praxis überwunden werden, der zufolge Belegschaftsversammlungen Belegschaftsappelle sind, bei denen die Sozialbürokratie mit der Geste auftritt: Seht, das haben wir für euch erobert! — während die Arbeitnehmer in isolierender Passivität verharren. Es muß gelingen, den Arbeitnehmern zunächst einmal das Bewußtsein zu vermitteln, daß ihre Anteilnahme der entscheidende Faktor für die Kraft vermittelter Aktionen ihrer Apparate ist. Sie müssen diese Apparate als ihre Instrumente zu begreifen und zu handhaben lernen. Über die betriebspolitischen Probleme hinaus müssen alle jene die Arbeitnehmer sichtbar berührenden sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen in den Belegschaftsversammlungen behandelt werden. Mag das BVG dem im Wege stehen; wenn die Belegschaften selbst sich das Recht zur Diskussion solcher Fragen herausnehmen, dann wird sie kein Gesetz daran hindern können.

Die weitere Strategie, die Hoffmann zum Schluß andeutet (nk-22, S. 9), betrifft die zunächst „nur" sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften gegenüber dem Staat. Daran knüpfen sich aber einige wichtige Voraussetzungen.

Erstens müssen die Gewerkschaften dem Staat und seinen Parteien als Kontrahenten gegenübertreten. Das gilt auch für ihr Verhältnis zur SPD, deren Einfluß auf die Gewerkschaften die politische Macht der letzteren erheblich schmälert. Die Verbindung der Gewerkschaften zur SPD darf über die eines bloßen, lösbaren Zweckbündnisses nicht hinausgehen. Ebenso aber müssen die Gewerkschaften versuchen, mit dem Arbeitnehmerflügel der CDU ins Gespräch zu kommen.

Zweitens erfordert diese Strategie zu ihrer Effektivierung, daß — in welcher Form auch immer — die Industriegewerkschaften dem Staat als feste, einheitliche Front gegenübertreten. Man wird wohl kaum darum herumkommen, das Gewicht des DGB, bei Beibehaltung seiner föderalistischen Struktur, zu vergrößern. Dazu wird schon die Tatsache zwingen, daß mehr und mehr lohnbestimmende Entscheidungen vom Staat getroffen werden, so daß selbst die Tarifpolitik, bisher ausschließliche Domäne der Einzelgewerkschaften, eine sichtbare gesamtwirtschaftliche Komponente erhält. Dem DGB wird man größere Kompetenzen zuerkennen müssen, auch wenn er bisher nicht eben eine fortschrittliche Politik verfolgt hat. Nicht die Gesinnung der Gewerkschaftsführer, sondern die Machtstruktur ist ausschlaggebend.

Schließlich aber wird eine solche staatsorientierte Politik der Gewerkschaften nur dann zur sozialistischen Politik werden können, wenn die Gewerkschaftszentrale zur kontrollierten Exekutive der Arbeitnehmer wird. Zwar hat die gewerkschaftliche Zentralbürokratie eigene Interessen. Doch wird sie bald erkennen, daß ihre Politik auch im Sinne dieser Interessen nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie selbst das Instrument einer kollektivbewußten Arbeitnehmerschaft ist. Denn die Gewerkschaftsbürokratie wird nur dann von Regierung und Parteien als Machtfaktor behandelt werden, wenn sie tatsächlich feststellbaren Einfluß auf die Arbeitnehmer als Wähler hat. Diesen Einfluß aber kann sie, da ihre Integrationsideologien politisch wirkungslos werden, nur gewinnen, wenn sie die Arbeitnehmer als solche politisch aktiviert — sonst sind Arbeitnehmer-Sein und Wähler-Sein zwei voneinander unabhängige „Rollen", und die Parteien haben von den Gewerkschaften nichts zu befürchten. Und die politische Aktivierung der Arbeitnehmer, d. h. deren Integration zum bewußten Kollektiv, kann eben nur im Betrieb und durch

den Betrieb, vornehmlich in der Belegschaftsversammlung, gelingen.
So besteht ein gewisser Zusammenhang zwischen sozialistischem Interesse und den Interessen der gewerkschaftlichen Zentralbürokratie. Das Desinteresse der Sozialisten, die bislang in den Gewerkschaften nach „linken" Bekenntnissen und verbalem Radikalismus gesucht haben, gegenüber dem DGB ist fehl am Platze. **Thomas von der Vring**

Zur Ideologie der Vermögensbildung

Ulrich Herbst

Kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme hatten seit je mit drei grundlegenden Widersprüchen zu kämpfen, die sich gegenseitig bedingen und aus denen sich zahlreiche Konflikte ergeben. Ich meine die tatsächlichen Wirtschaftskrisen in der Geschichte, die dem Anspruch auf Vollbeschäftigung widersprechen, die Konzentration der Macht bei den Unternehmern und das Verlangen der Arbeitnehmerschaft auf demokratische Herrschaftsformen, schließlich die Akkumulation des Produktionskapitals in den Händen weniger Besitzender gegenüber der Vermögenslosigkeit der breiten Masse der Bevölkerung.
In der Bundesrepublik besteht seit 1955 Vollbeschäftigung, seit 1960 sogar eine „Überbeschäftigung", die zum „Import" von einer Million Gastarbeitern geführt hat. Das Krisenproblem scheint daher wenigstens gegenwärtig „gelöst" zu sein. Arbeitskräfte sind knapp. Seit langer Zeit brauchen sich die Arbeitnehmer heute endlich nicht mehr nach den von den Unternehmern diktierten Arbeitsbedingungen zu verkaufen, sehr zum Verdruß der Herrschenden.
Der Widerspruch zwischen der fortschreitenden Konzentration der Macht der Unternehmer aus der zusammengeballten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel in Konzernen und Großunternehmen einerseits und der objektiven Notwendigkeit andererseits, das demokratische Potential in der Gesellschaft zu verstärken, wird täglich größer und zeitweise sogar gefährlich für den Bestand der bisher erkämpften Freiheitsrechte. Unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen bieten sich jedoch kaum Möglichkeiten, diesen Widerspruch grundlegend zu überwinden.
Die offensichtliche Kluft schließlich zwischen den akkumulierten Vermögensmassen in den Händen der Unternehmer und der Vermögenslosigkeit der Arbeitnehmerschaft scheint der Anstoß des Ärgers in der Öffentlichkeit zu sein, an dem sich die gesellschaftspolitische Phantasie austobt. Die Gewerkschaften als legitime Interessenvertretung der Arbeitnehmer haben seit je auf diesen Widerspruch im kapitalistischen Wirtschaftssystem hingewiesen und über die Diagnose hinaus therapeutische Mittel zur Beseitigung dieses Herdes entwickelt. Seit kurzem verspürten selbst die Kirchen ein Mißbehagen in der Bevölkerung und ließen sich auf der Woge der „Eigentums-Diskussion" tragen, um das Verhältnis Kirche und Gesellschaft wieder etwas ernster zu nehmen. Endlich grämen sich die Bonner CDU-Wahlstrategen alle vier Jahre darüber, wie sich die grundlegenden Forderungen der Arbeitnehmer nach Beteiligung am Produktionsvermögen unauffällig deformieren und in klingende wahlpolitische Münzen umwandeln lassen. Es ist erstaunlich, welches umfassende Interesse und Echo die Eigentums- und Vermögensfrage gefunden hat.
Worin besteht nun eigentlich die Eigentums- bzw. Vermögensfrage? — Mit Recht hat Otto Brenner, der Vorsitzende der IG Metall, in einem kürzlich gehaltenen Referat einleitend festgestellt, „daß die Frage nach einer richtigen Eigentumspolitik nur beantwortet werden kann, wenn die Frage nach der richtigen Eigentumsstruktur beantwortet wird". Dabei sind zwei Momente zu trennen, die voneinander abhängen und in einem dialektischen Verhältnis stehen: Die Höhe des Eigentums an den Produktionsmitteln und die Verfügung über das Eigentum an den Produktionsmitteln. Die meisten sogenannten Eigentumspläne beziehen sich lediglich auf die Stückelung der Eigentumstitel und eine breitere Streuung. Dadurch wird das Privateigentum von einer Ideologie umwoben und verklärt, was in der gesellschaftlichen Realität kaum noch eine Stütze findet. In diesem Sinne sagte Brenner ironisch: „Ich meine natürlich jenes angeblich geheiligte und unveräußerliche Recht auf Privateigentum, das in gleicher Weise für den Besitzer einer Waschmaschine oder eines Einfamilienhauses wie für den Großaktionär eines Weltkonzerns oder den Inhaber einer Familienfirma mit Hunderttausenden von Beschäftigten gelten soll." Es wäre zweifellos eine Illusion, die soziale Existenz der Arbeitnehmer auf dem gestückelten Eigentum an Produktionsmitteln aufzubauen. Sie ließe sich mit den Realitäten und Notwendigkeiten der heutigen industriellen Gesellschaft nicht vereinbaren. Eine breitere Streuung von Eigentumstiteln würde für die Arbeitnehmer weder eine ausreichende Sicherheit noch eine Demokratisierung der Wirtschaft bedeuten.
Zum Verständnis der momentanen Diskussion um die Eigentumspläne ist es zunächst erforderlich, einen Blick auf die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung zu werfen.
Ausgangspunkt jeder Veränderung des Bestehenden ist natürlich die Kenntnis der gegebenen Lage. Dennoch muß man den gesellschaftspolitisch interessierten oder engagierten Menschen leider enttäuschen, falls er eine exakte Be-

standsaufnahme erwartet. Sie ist objektiv zur Zeit nicht möglich, weil das entsprechende Zahlenmaterial nicht vorhanden ist. Das verwundert sicher, denn Deutschland galt seit je als ein Land, das seine Statistiken methodisch und materiell auf einem hohen Niveau hielt. Hinsichtlich der statistischen Erfassung und Aufbereitung der Einkommen und Vermögen weist die Bundesrepublik jedoch große blinde Flecken auf. Der Grund für diese Mängel liegt kaum in statistischen Schwierigkeiten, er ist nicht technischer Natur, sondern politischer Art. Das Statistische Bundesamt wäre gern bereit, den Schleier über der bestehenden Einkommens- und Vermögensverteilung ein Stückchen zu lüften, wenn es den Auftrag von der Bundesregierung erhielte. Als weisungsgebundenes Amt kann es aber nur auf Anweisung der Regierung Statistiken erstellen, und der Auftrag gerade zur näheren Untersuchung der Vermögensverteilung fehlt immer noch. In einem Antwortschreiben des bis vor kurzem amtierenden Präsidenten des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden auf eine Anfrage des Vorsitzenden der „5 Weisen", des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, gibt Dr. Fürst freimütig zu: „Vor allem mangelt es noch an Schichtungen des Brutto-, Netto- und/oder des disponiblen Einkommens bestimmter — nach sozioökonomischen Gesichtspunkten abgegrenzter — Gruppen von Personen und Haushalten . . . Am ungünstigsten ist die Lage in bezug auf Angaben über die Vermögensverteilung, während für die Darstellung der Vermögensbildung bereits ein gewisser — ebenfalls durch die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gegebener — Rahmen vorhanden ist."

Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute an den Universitäten graben zwar ersatzweise manche interessante Zahlen aus und präsentieren erstaunliche Teilergebnisse, aber sie sind doch finanziell und personell nicht so in der Lage wie ein großes Amt mit einem entsprechenden sachlichen und personellen Apparat. Es drängt sich daher die Vermutung auf, daß die Bundesregierung mit politischen Mitteln verhindert, Licht in das Dunkel der Einkommens- und Vermögenslage zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen in der Bundesrepublik zu bringen.

Vor wenigen Wochen erschien immerhin ein Gutachten unter dem Titel „Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung", das unter Leitung von Prof. Carl Föhl von der Freien Universität in Berlin entstand. Auf ständiges Drängen einiger politischer Kräfte in der Bundesrepublik sah sich das Bundeswirtschaftsministerium vor einigen Jahren genötigt, nun endlich einen offiziellen Auftrag zur Erforschung des Vermögenskomplexes zu vergeben.

Das Ergebnis in seinem statistischen Teil befriedigt zwar auch noch nicht ganz, aber es stellt doch einen beachtlichen Fortschritt dar. Nach einer recht instruktiven Darstellung der theoretischen Grundlagen der Vermögensbildung stellt Föhl die Frage nach den Hauptursachen der Vermögenskonzentration. Nach seiner Analyse ergibt sich in einer kapitalistischen Wirtschaft ohne wirksame verteilungspolitische Eingriffe der Regierung zwangsläufig eine Konzentration der privaten Vermögensbildung bei den Selbständigen, also den Besitzern von Produktionsmitteln. Das liegt an der hohen Selbstfinanzierungsquote, d. h. der Finanzierung der Investitionen aus Gewinnen und Abschreibungen, der Steuerlastverteilung zugunsten der Selbständigen und der Abhängigkeit der Verbrauchsneigung von der Höhe der Einkommen, die kleine Sparquoten bei den Arbeitnehmern und große Sparquoten bei den Selbständigen bewirken.

Aus diesen wirtschaftspolitischen Tatbeständen kommt Föhl zu der interessanten Schlußfolgerung: „Da die kleinen Einkommen fast ausschließlich zu Verbrauchsausgaben verwendet werden, während ein sehr erheblicher Teil der Großeinkommen gespart wird, da andererseits die hohen Einkommen vorwiegend aus Gewinn und Zinseinkommen bestehen, also Besitzeinkommen sind, fällt zwangsläufig der weitaus größte Teil des jeweils neu geschaffenen Volksvermögens denjenigen zu, welche bereits besitzen. Wer hat, dem wird gegeben!" Kapitalbesitz und Kapitaleinkommen reproduzieren sich also nicht nur, sondern akkumulieren sich auf erweiterter Stufenleiter im Produktionsprozeß in verstärktem Ausmaß.

Wie sieht nun die numerische Verteilung der Vermögen aus? — Für die Höhe des gesamten Volksvermögens liegen aus obengenannten Gründen nur grobe Schätzungen vor, deren Ergebnisse wesentlich voneinander abweichen. Dabei muß mit Fehlern von 30% gerechnet werden, insbesondere auch wegen der Probleme der Bewertung. Die Steuerstatistik, aus der man die personelle Vermögensverteilung erhalten könnte, erweist sich auch als unergiebig, da von der Vermögensteuer nur ein kleiner Teil der Selbständigen und der Vermögensmasse erfaßt wird.

Immerhin läßt sich aus der Struktur des Vermögenszuwachses im Zeitraum 1950—1960 ein ungefährer Überblick über die heutige Vermögensverteilung gewinnen. Der gesamte Nettovermögenszuwachs in der Bundesrepublik betrug in diesen Jahren 355 Milliarden DM. Auf die gesamte Sachvermögensbildung entfielen davon 308 Mrd. DM. (Ausrüstungsinvestitionen, Bauten, Vorratsinvestitionen.) Der Rest von 47 Milliarden DM bestand aus dem Nettozuwachs der Forderungen an das Ausland. Das bedeutet eine Nettovermögensbildung im Verhältnis zum Nettosozialprodukt zu Marktpreisen von rund 20%, ein Anteil, der sich seit 1955 als ziemlich konstant herausgestellt hat. Im Durchschnitt der Jahre 1950—1960 entfielen von der Nettovermögensbildung 26,6% auf die privaten Haushalte, 35,8% auf die öffentlichen Haushalte und 37,6% auf die Unternehmen.

Gut ein Drittel der Vermögensbildung sammelte sich also bei den öffentlichen Haushalten aus Steuern und wurde z. B. in Form von Verkehrsanlagen, Schul- und Verwal-

tungsbauten, Anlagen für das Sozial- und Gesundheitswesen von Bund, Ländern und Gemeinden verwendet.

Fast 4 Zehntel der Vermögensbildung schlug sich bei den Unternehmen nieder und ging damit fast ausschließlich in das Eigentum der Kapitalbesitzer über. Die Sachvermögen wurden zum größten Teil aus eigenen Mitteln über den Preis finanziert. Rund 70% des Vermögenszuwachses stammen aus der Selbstfinanzierung, wurden also aus Gewinnen und Abschreibungen finanziert.

Gut ein Viertel der Vermögensbildung schließlich landete bei den privaten Haushalten, d. h. aber nicht bei den Arbeitnehmern. Mit Hilfe von nichtamtlichem, z. T. noch unveröffentlichtem Stichprobenmaterial war es möglich, die Ersparnis- und Vermögensbildung bei den wichtigsten Gruppen von privaten Haushalten für die Zeit von 1950 bis 1959 zu schätzen. In diesem Zeitraum belief sich die gesamte Nettovermögensbildung der privaten Haushalte auf rund 153 Milliarden DM. Knapp die Hälfte davon, nämlich 75 Milliarden DM, entfiel auf die nicht entnommenen Gewinne der privaten Einzelunternehmen und Personalgesellschaften, die fast ausschließlich den Haushalten der Selbständigen zuzurechnen sind.

Auch an der anderen Hälfte, den verbleibenden 78 Milliarden DM, waren die Haushalte der Selbständigen noch mit rund 50%, nämlich 37,5 Milliarden DM, beteiligt. An dem Rest von 40,6 Milliarden DM hatten die 5,2 Millionen Rentnerhaushalte einen relativ hohen Anteil von 9,6 Milliarden DM, der aber zum größten Teil aus Vermögensübertragungen infolge der Kriegsfolgen, insbesondere aus dem Lastenausgleich, stammt.

So verbleiben also ganze 31 Milliarden DM, die den Arbeitnehmern, der absoluten Mehrheit der Bevölkerung, direkt zugeflossen sind. An dieser Vermögensmasse sind die Arbeiterhaushalte mit nur 9,3 Milliarden DM beteiligt, während die übrigen 21,7 Milliarden DM auf die Angestellten- und Beamtenhaushalte entfallen.

Diese einseitige Struktur der Kapitalbildung in der Bundesrepublik zeigen auch verstärkt die folgenden Zahlen. Im Durchschnitt bildete von 1950—1959 jeder Arbeiterhaushalt ein Nettovermögen in Höhe von rund 1600 DM, jeder Angestellten- und Beamtenhaushalt etwa 6000 DM, jeder Haushalt der Selbständigen dagegen 13 000 DM. Rechnet man die nichtentnommenen Gewinne der privaten Einzelunternehmen und Personalgesellschaften hinzu, so waren die 2,8 Millionen Selbständigenhaushalte mit rund 110 Milliarden DM an der gesamten Nettovermögensbildung der privaten Haushalte beteiligt. Die Untersuchung des Institutes für angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen kommt daher zu dem gewerkschaftspolitisch äußerst wichtigen Schluß, daß nur ein Sechstel aller Haushalte, gemeint sind die Selbständigen-Haushalte, fast 75% des privaten Vermögenszuwachses haben.

Diese ungerechte Vermögensverteilung stellt zweifellos einen gesellschaftlichen Skandal dar und muß mit allen Mitteln öffentlich angeprangert werden. Es fehlt auch nicht an Plänen von seiten der Kirchen, der Bundesregierung und der Unternehmer, diese Situation an den Symptomen etwas zu lindern. Die gutgemeinten Ratschläge der Kirchen, zum Beispiel zusätzlich Investivlöhne für die Arbeitnehmer zu schaffen, bringen aber für die Gewerkschaftspraxis eine Kette von Fußangeln, die für den Arbeitnehmer mehr zum Nachteil als zum Vorteil werden. Die Verlegenheitspläne der Bundesregierung, die die Verschleuderung von staatlichen Vermögen durch sinnlose Privatisierungsaktionen zum Ziel haben, um ihr schlechtes Gewissen wenigstens anläßlich von Wahlen mit der Ausgabe von sogenannten Volksaktien zu vertuschen, sind Ausdruck ihrer konservativen Haltung. Auch mühsam in den Reihen der CDU und FDP durchgeboxte Sparprämiengesetze helfen nicht darüber hinweg. Die Unternehmer selbst verweisen paradoxerweise auf die Ideologie des Sparens, als ob sie ihren riesigen Vermögenszuwachs vom Munde durch Konsumverzicht abgespart hätten. Sie verbrämen geschickt, daß ihr Vermögenszuwachs zu einem großen Teil das Ergebnis eines Zwangssparprozesses der Arbeitnehmer ist, der die Selbstfinanzierung der Unternehmen zum Inhalt hat. Sie verweisen mit Stolz auf die jährlich zunehmende gesamtwirtschaftliche Sparquote, die sich heute bei 9% bewegt, verschleiern aber zugleich die sehr unterschiedliche Sparfähigkeit der Haushalte. 1964 betrug das Monatseinkommen aller Arbeitnehmer im Schnitt netto schließlich nur 580 DM. 1959 lag die Sparquote bei den Selbständigenhaushalten bei 16%, bei den Arbeiterhaushalten dagegen bei 4,3%. 1964 ist die Sparquote bei den Arbeiterhaushalten sogar auf 3,3% abgesunken. Die ganze Widersprüchlichkeit und Haltlosigkeit der Argumentation der Unternehmer tritt in dem Tatbestand in Erscheinung, daß sie einerseits mit moralischem Aufguß den Arbeitnehmern den Sparwillen predigen trotz ihrer objektiv geringen Sparfähigkeit, und andererseits im gleichen Atemzug den Arbeitnehmern mit suggestiver Reklame und raffinierten Abstotterungssystemen das mühsam verdiente Geld aus der Tasche holen.

Wirklich durchgreifende Pläne von den Gewerkschaften und modifiziert von der SPD haben andererseits unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen keine politische Chance, realisiert zu werden. Sie scheitern am Widerstand der Unternehmen und der Bundesregierung, die vereint die gegenwärtige Lage trotz aller anderen Beteuerungen im Kern zementieren wollen und den sozialen Fortschritt blockieren.

Vor wenigen Monaten nun wurde die Debatte über die Vermögensbildung erneut angeheizt durch den sogenannten Leber-Plan. Mit diesem Plan glaubte Leber, der Vorsitzende der Bauarbeitergewerkschaft, in einem Parcours-Ritt alle Hürden zu nehmen und „endlich von der jahrelangen Grundsatzdiskussion über die zahlreichen Pläne zur Vermögensverteilung einen Plan in die tarifpolitische Praxis umzusetzen". Leber hatte es also eilig, und fast möchte man sagen, daß er übereilig handelte. Beinahe hätte er auf einer

Sitzung des DGB-Bundesvorstandes mit allen Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften, die sich gerade mit der Vermögensfrage beschäftigten, vergessen, seine eigenen Vorstellungen diesem Gewerkschaftskreis bekanntzugeben. Mehr durch Zufall soll der Bundesvorstand des DGB den Inhalt seines Planes erfahren haben, den er wenige Tage später der Öffentlichkeit übergab.

Stand Leber also unter Zeitdruck, und wer drängte ihn? Die Bauarbeiter, die katholische Kirche, die SPD, der er führend angehört, oder glaubte er, die wahlpolitischen Vorkehrungen der Regierungsparteien noch schnell etwas zu polieren? Ging es ihm vielleicht nur darum, sich selbst nach vorne zu drängen, sein Ansehen in der Öffentlichkeit wieder einmal aufzubügeln und der bürgerlichen Presse Stoff zu dem kühnen Ritter der „Gewerkschaftsreformer" zu geben? Wir wissen es nicht genau. Immerhin mußte sein Plan eine vollkommen neue Idee beinhalten, um ein so starkes und nachhaltiges Echo zu finden.

Wie sah Lebers ursprüngliches Programm zur Vermögensbildung aus? — Die Grundgedanken lassen sich so zusammenfassen: In einem Tarifvertrag sollte vereinbart werden, daß die Arbeitgeber zum Zweck der Vermögensbildung der Arbeitnehmer 1,5% der Lohnsumme aufbringen und an einen zu gründenden Fonds abführen. Die Mittel müßten indessen nicht bar abgeführt werden, sondern könnten auch für betriebliche Investitionen im Unternehmen verbleiben. Der Arbeitgeber hat dabei drei Wahlmöglichkeiten:

a) die Beträge können als Fremdkapital in Form von Darlehen aus dem Fonds dem Unternehmer wieder zur Verfügung gestellt werden;

b) der Unternehmer kann dieses Fremdkapital in Eigenkapital umwandeln (z. B. in Aktien). Der Fonds ist dann Anteilseigner und beteiligt sich am Gewinn des Unternehmens;

c) der Arbeitgeber kann auch die Beträge in bar an die bereitstehende Zusatzversorgungskasse in der Bauwirtschaft zugunsten des Fonds abführen (d. h. à fonds perdu).

Was sollte nun mit dem Fonds geschehen? — Teilweise beteiligt er sich an dem Bauunternehmen als Gläubiger oder Aktionär und kassiert Zinsen bzw. Dividenden. Die Barmittel des Fonds sollen in dreifacher Hinsicht Verwendung finden: Baubetrieben Kredit zu geben; zur Durchführung von Gemeinschaftsaufgaben zweckgebundene Anleihen aufzulegen oder Kredite an Bauarbeiter für deren Bauabsichten zur Verfügung zu stellen.

Und welche effektiven Ansprüche hätte der Arbeitnehmer, für den der Plan ja eigentlich aufgestellt wurde? — Er erhält einen Anteilschein mit einem Anspruch an den Fonds und diese Fonderung kann er in Geld umwandeln, wenn er 65 Jahre alt ist oder wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden muß.

Lebers ursprünglicher Plan hat zweifellos bestechende Seiten, wenn man ihn wohlwollend und unkritisch betrachtet. Zugleich weist er aber auch Nachteile vom Standpunkt der Arbeiter aus, die sehr gravierend sind und, konsequent zu Ende gedacht, zu einer Ablehnung führen müssen. Leber, robuster Bauarbeiter und geschickter Show-Business-Mann zugleich, hatte in den ersten Tagen nach der Veröffentlichung seines Planes nicht nur ein lebhaftes, sondern auch ein vorwiegend zustimmendes Echo in der Presse, die ihn bewußt schon lange als „Neuerer" und „Träger der Partnerschaftsidee" fast beängstigend in den Himmel rühmt. So nimmt es nicht wunder, daß die Schlagzeilen der Kommentare fast eine neue Zeitwende verkündeten. „Das Ei des Kolumbus", „Lebers Husarenritt", „Eisbrecher", „Revolutionär", „Ein neuer Leber", „Ein neuer Leber-Haken", so schallte es durch den Blätterwald. Axel Springer, der Herrscher über einen großen Teil der deutschen Presse, ließ in der „Welt" schon besorgt fragen: „Wem werden die Unternehmen morgen gehören?"

Diese Tendenz nach Publicity hatte Leber aber auch schon vorzeitig mit seinen Motiven zum Plan vorbereitet. In den Begründungen tauchen weniger Fragen auf, welcher tatsächliche materielle Gewinn sich für den einzelnen Arbeitnehmer auf diesem Wege herausholen läßt und ob er über das Geld frei verfügen kann. Die Motive richten sich vielmehr eindeutig auf die Unternehmer und die Öffentlichkeit. Den Unternehmern würde ja das Geld nicht weggenommen, sie könnten es weiterhin verwenden, so heißt es. Und die Öffentlichkeit sollte doch bitte beachten, daß die schwelende Unruhe in der Arbeitnehmerschaft über die ungerechte Vermögensverteilung besänftigt würde. Deshalb liegt auch das Schwergewicht der Begründungen Lebers bei den gesellschaftspolitischen Argumenten, die sich in drei Punkten zusammenfassen lassen: Da sich das Produktivkapital immer stärker konzentriert, wirkt es sozial anstößig. Die Animosität breiter Kreise gegen Privateigentum am Produktivvermögen wird sich erst dann abbauen lassen, wenn die Arbeitnehmer an diesem Vermögen selbst beteiligt sind. Die Beteiligung möglichst aller Arbeitnehmer am Produktiveigentum stärkt das staatsbürgerliche Bewußtsein gegenüber dem Kommunismus.

Was steckt hinter dieser Auffassung von der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Eigentumsbildung bei Arbeitnehmern? Glaubt Leber ernstlich, daß man mit einer bloßen Änderung des Bewußtseins der Arbeitnehmer die Gefahren aus der Vermögensballung bei wenigen ohne eine Änderung der Machtverhältnisse aus der Welt schaffen kann? Geht es denn wirklich nur darum, die Animosität gegen das Privateigentum zu beseitigen ohne eine grundsätzliche Veränderung der Verfügungsgewalt über das Produktivvermögen? Ist Leber tatsächlich der Meinung, daß man die Bauarbeiter nur zu Kleinkapitalisten zu machen braucht, um sie zu befriedigen und gegen „kommunistische Vorstellungen" immun zu machen?

Es gibt zahlreiche ökonomische und gewerkschaftspolitische Einwände gegen diese Art von Eigentumsbildung. — Die bestehenden Vermögen bleiben unangetastet, nur das zu-

künftige Vermögen soll dem Plan unterliegen. Die Bauarbeiter können erst im Alter über das Vermögen frei verfügen, vorher ist ihr Geld gesperrt. Das finanzielle Ergebnis nach einem ganzen Arbeitsleben steht in keinem Verhältnis zum Zuwachs des gesamten Nettosachanlagevermögens. Der Leber-Plan bindet die Bauarbeiter bis in ihr hohes Alter, in der Bauwirtschaft zu bleiben, selbst wenn eines Tages ein Konjunkturrückschlag die Abwanderung in andere Wirtschaftszweige erfordere. Die branchenweise organisierten Fonds des Investivlohnes nach Lebers Muster würden Instrumente des Branchenegoismus, um schwache Betriebe im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze zu stützen. Dadurch würde der wirtschaftliche und soziale Fortschritt blockiert. Die Unternehmer werden keineswegs den Investivlohn nicht zusätzlich gewähren, sondern bei den üblichen Lohnverhandlungen auf den Tisch legen und die Lohnrate entsprechend zu kürzen versuchen und damit den Konsumlohn relativ drücken.

Von diesen Einwänden gegenüber dem Leber-Plan sind immerhin einige durch den kurz vor Drucklegung dieser Nummer abgeschlossenen Tarifvertrag im Bauhauptgewerbe gegenstandslos oder modifiziert worden. Der Tarifabschluß brachte folgendes Ergebnis: Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ab 1. Januar 1966 neun Pfennig je Arbeitsstunde zur Vermögensbildung der Bauarbeiter aufzubringen. Der einzelne Arbeitnehmer muß jedoch bereit sein, selbst zwei Pfennig je Arbeitsstunde von seinem Lohn zu sparen. Das bedeutet eine „Vermögensbildung" von etwa 195 DM jährlich, die der Arbeitnehmer 5 Jahre festlegen muß. Einschließlich Sparprämien und Zinsen hat danach der Bauarbeiter nach Ablauf von 5 Jahren einen Betrag von 1200 DM.

Die Schaffung eines Fonds wurde also wegen des Widerstandes der Arbeitgeber fallengelassen. Die ursprünglich von Leber vorgeschlagene Sperrfrist für die Verfügung über das Geld durch die Bauarbeiter wurde verkürzt. Der Vorwurf des Zwangssparens scheint durch die erforderliche Eigenleistung der Bauarbeiter entkräftet zu sein. Leber hat aber keine Garantie dafür, daß die Arbeitgeber — vor allem bei rückläufiger Baukonjunktur — mit Erfolg versuchen werden, die von ihnen zugestandenen vermögenswirksamen Leistungen gegen mögliche Barlöhne wieder teilweise aufzurechnen. Es ist also fraglich, ob diese Leistungen wirklich „zusätzlich" sein werden oder nur auf Kosten niedrigerer Barlöhne von den Unternehmern gezahlt werden. Zweifelhaft bleibt auch die Frage, ob man von einer „echten Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" sprechen darf angesichts eines Betrages von knapp 200 DM pro Arbeitnehmer im Jahr. Die Statistik der Vermögensmillionäre weist demgegenüber für 1963 aus, daß in diesem Jahr rund 12 000 Millionäre über ein Gesamtvermögen von rund 38 Milliarden DM verfügten.

Gegenüber diesen und zahlreichen anderen Einwänden sind die grundsätzlichen und gesellschaftspolitischen Bedenken von besonderem Gewicht. Eine Gewerkschaftspolitik, die mit dem Mittel einer wirkungslosen Teillösung der Eigentumsfrage, die Integration der Arbeitnehmer in die bestehende Machtstruktur in der Bundesrepublik noch weiter hineintreibt, löst sich von dem objektiven Interesse der Arbeitnehmerschaft. Die Eigentumsfrage wird nicht dadurch gelöst, daß man eine zusätzliche Lebensversicherung oder eine kleine Sparrücklage für die Arbeitnehmer schafft. Auch eine bloße breite Streuung im Sinne der Ideologie des Volkskapitalismus rührt nicht an dem Grundproblem der Vermögensbildung. Je breiter das Grundkapital eines Unternehmens gestreut ist, um so unabhängiger ist gerade das Management, und desto größer ist die Gefahr des Mißbrauches von Verfügungsmacht. Eine gerechte Umverteilung des Vermögens geht nur durch eine Wurzelbehandlung. Das dauernde Plombieren der Wahlstrategen der Bundesregierung reicht nicht aus. Solange die Bundesregierung in ihrer Mehrheit grundsätzlich arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlich eingestellt ist und zu Zugeständnissen in Richtung auf eine gerechte Vermögensverteilung nur bereit ist, um alle vier Jahre ihre eigene Macht abzusichern, wird eine Veränderung der Vermögensbildung nicht möglich sein. Die gewerkschaftspolitischen Waffen reichen andererseits nicht aus, den Widerstand der Unternehmen gegen die Umverteilung der Vermögen zu brechen ohne eine aktive Unterstützung der Regierung mit der Steuer-, Preis-, Einkommens- und Sozialpolitik zugunsten der Arbeitnehmer.

Unter diesen politischen Konstellationen kommt es hauptsächlich darauf an, eine harte Lohnpolitik zu betreiben, denn an einem ständig steigenden Reallohn ist der Arbeitnehmer in erster Linie interessiert. Weiter muß auf alle Fälle der Stand der sozialen Sicherheit verteidigt und ausgebaut werden. Die Verteilung von Volksaktien aus der Verschleuderung öffentlichen Vermögens durch die Regierung und Schaffung kleiner Sparrücklagen durch Tarifvertrag von Leber sind kein Ersatz für Maßnahmen kollektiver sozialer Sicherheit. Sie dürfen auf keinen Fall der Bundesregierung als Vorwand dienen, die kollektiven gesetzlichen Sozialversicherungssysteme abzubauen und statt dessen die persönliche Vorsorge mit ihrer ideologisch verbrämten Eigenverantwortlichkeit zu setzen. Vor allem aber ist entscheidend, daß die Aspekte der Macht, die jedem Produktivvermögen innewohnen, in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung richtig erkannt werden und nicht unterschlagen oder verharmlost werden wie beim Leber-Plan.

Das DGB-Grundsatzprogramm vom Oktober 1963 enthält hierauf in seinen wirtschaftspolitischen Grundsätzen klare und unmißverständliche Antworten. Im Mittelpunkt dieser Forderungen steht die Kontrolle wirtschaftlicher Macht, die Bedeutung des Gemeineigentums als Lenkungsmittel und die umfassende Mitbestimmung in der Wirtschaft. Mit dieser gesellschaftspolitischen Konzeption der Gewerkschaften ist es eher möglich, den Machtmißbrauch der Unternehmer durch die Verfügung über Privateigentum an Produktions-

mitteln zu wirtschaftlichen oder politischen Zwecken zu verhindern. Gleichzeitig ist es leichter, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und sich einer verschwommenen Partnerschaftsideologie zu widersetzen. Schließlich läßt sich so die soziale Lage der Arbeitnehmer in den Betrieben wirkungsvoller verbessern.

In diesem Sinne zieht Otto Brenner in seinem oben erwähnten Referat die richtige Schlußfolgerung: „Weder die teilweise Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt in der Produktion noch das Eingreifen des Staates haben bisher an der wirtschaftlichen Orientierung etwas geändert, die nach wie vor vom Privateigentümer ausgeht und auf seine Bedürfnisse abgestellt ist. Daher fordern die Gewerkschaften nach wie vor die Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum. Diese Forderung bedeutet nicht die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft, wie es uns oft unterstellt wird. Sie beschränkt sich klar und eindeutig auf die entscheidenden Kommandostellen, in denen eine Änderung der Eigentumsverhältnisse notwendig ist, um den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern."

Die klare Auffassung der IG Metall zur Eigentumspolitik ist eine logische Folge der Einsicht, die sich bereits auf ihrem Berliner Gewerkschaftskongreß in der Entschließung zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand niederschlug: „Auch eine bessere Vermögensverteilung wird die abhängige Stellung des Arbeitnehmers im kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich aufheben, genauso wie eine breitere Streuung von Eigentumstiteln noch lange nicht Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet. Die unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer — Vollbeschäftigung, wachsender Lebensstandard, Mitbestimmung — können auf die Dauer nicht durch eigentumspolitische Maßnahmen gewahrt werden. Dazu bedarf es starker Gewerkschaften, die diese Interessen wirksam vertreten können, und letzten Endes einer durchgreifenden Reform unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung."

Die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand ist also nicht Selbstzweck, sondern nur ein Teil der gesellschaftspolitischen Konzeption der Gewerkschaften. Um ein bißchen Eigentum zu kaufen, dürfen sich die Gewerkschaften nicht an Regierung und Unternehmer verkaufen!

Arbeiter in der Freizeit

Jens-Jörg Koch

Empirische Untersuchungen zur sogenannten „Freizeitproblematik" in industrialisierten Gesellschaften liegen im deutschsprachigen Bereich[1]) nur für das Freizeitverhalten Jugendlicher vor.[2]) Hier und da erscheinen in den Berichten der Meinungsforschungsinstitute zwar auch Angaben über andere Bevölkerungsgruppen, eine systematische und fundierte Studie fehlt jedoch bisher.[3]) Das vorhandene spärliche Material über diesen Gegenstand bestand bislang aus hier und da verstreuten Beobachtungen und gelegentlichen Hinweisen, die jedoch allesamt mehr impressionistischen als wissenschaftlichen Charakter hatten.

Vor einigen Monaten erschien ein Buch, das diese Lücke schließen möchte:

> Dieter Hanhart: Arbeiter in der Freizeit. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Verlag Hans Huber, Bern und Stuttgart 1964. 271 S. Kart. DM 28,—.

Die empirische Basis bilden die Ergebnisse einer Studie über das Freizeitverhalten von Arbeitern in der Stadt Zürich, die 1960 vom Psychologischen Institut der dortigen Universität durchgeführt wurde. Befragt wurden insgesamt 875 männliche einheimische Arbeiter, wobei die Ergebnisse auch bei Anlegen strenger statistischer Maßstäbe durchaus als repräsentativ, zumindest für die gesamte Arbeiterschaft der Stadt Zürich, angesehen werden können. Besondere Bedeutung kommt ihnen insofern zu, als Zürich und Umgebung zu den industriellen Zentren der Schweiz gehören.

Der Autor hat dem eigentlichen Bericht über die Ergebnisse der Befragung einen „Theoretischen Teil" vorangestellt. Darin bemüht er sich um eine nähere Bestimmung der Begriffe Arbeit, Freizeit, Muße etc. auf phänomenologischer Grundlage. Hier zeigt sich erneut der verhängnisvolle Einfluß, den die deutsche philosophische Anthropologie (Scheler, Gehlen) und die Existenzphilosophie Heideggerscher Observanz auf einige Schulen der schweizerischen Psychologie ausgeübt haben. Ausgangspunkt ist für H. „die menschliche Seinsweise selbst" (12), deren nähere Bestimmung sich so liest: „Ein solches Seiendes hat sich offenbar selbst zu übernehmen, d. h. dem Menschen ist sein Dasein aufgegeben, es ist ihm selbst überantwortet" (17). Fatal wird es, wenn diese Sprache sich des Begriffs „Arbeit" bemächtigt. Neben der „materiellen Existenzsicherung" stehen dann gleichrangig „der schöpferische Aspekt der Arbeit" und „die Freude des Berufsarbeiters an seinem Können". Arbeit wird schließlich euphemistisch als conditio sine qua non der Persönlichkeitsentwicklung gepriesen: „In der Freude am Können . . . vollzieht das Dasein sich selbst und leistet so einen Beitrag zum Aufbau des eigenen Wertes." Dieses Denken macht nicht nur keinen Unterschied zwischen handwerklichen und industriellen Produktionsmethoden — es ist alles gleichermaßen „Arbeit" —, als Analogie für diese „persönlichkeitsbildende" Funktion der Arbeit wird gar noch das Tun des Künstlers herangezogen, „dem das Werk nichts, das Schaffen alles bedeutet". (28)

Ähnlich leichtfertig geht H. mit dem Begriff „Freizeit" um. Er versucht eine Typologie ihrer möglichen Inhalte aufzustellen, die um „die beiden Grunderlebnismöglichkeiten der Unterhaltung einerseits und der Selbstentfaltung(!) andererseits" zentriert sein soll. „Zerstreuung und Unterhaltung" entsprechen dabei „einem legitimen und uralten Anspruch der menschlichen Seele . . . Die Rituale und Feierlichkeiten der Naturvölker, die circenses der Römer, die traditionsreichen spanischen Stierkämpfe" stehen für H. unvermittelt nebeneinander in einer Entwicklungsreihe, die bei Kino und Fernsehen endet, mit denen sich „unsere Zeit ihre eigenen Formen solcher Unterhaltung geschaffen hat". (41) Diese Aneinanderreihung von inkommensurablen Phänomenen verwundert um so mehr, als der Verf. sich durchaus darüber im klaren ist, daß Freizeit im strengen Sinn eine historisch späte Erscheinung ist, daß man von ihr erst dort sprechen kann, „wo ihr Arbeit als eigener umgrenzter Bereich (eben als Arbeitszeit) gegenübersteht". (32)

Freizeit und das, was man mit ihr anfängt, begreift H. als grundsätzlich nur vom Entschluß und Willen des einzelnen bestimmt. Freilich referiert er verschiedene Theorien über die Wechselbeziehungen von Arbeits- und Freizeitverhalten, u. a. die von Schelsky[4]) und Habermas[5]), wirft ihnen jedoch pauschal vor, sie betrachteten die Freizeit ausschließlich „als arbeitsbezogenes Phänomen . . . So wie einer arbeitet, so lebt er, könnte man vereinfachend sagen." (56) Abgesehen davon, daß diese „Vereinfachung" in ihrem Schlagwortcharakter es sehr zweifelhaft erscheinen läßt, ob der Verf. die Thesen beispielsweise von Habermas adäquat rezipiert, wird auch nicht recht klar, was er dagegen einzuwenden hat. Der Hinweis auf M. Meads Feststellung, es habe „eine Umorientierung von der Arbeit auf das Heim, die Familie stattgefunden", diese sei „zum eigentlichen Zentrum der Existenz geworden" (57), mutet insofern merkwürdig an, als ein Psychologe doch in der Lage sein sollte, zu erkennen, daß es sich hier um zwei grundverschiedene Argumentationsebenen handelt: Auf der einen Seite die Analyse objektiver Beziehungen und Interdependenzen zwischen den beiden Bereichen Arbeit und Freizeit, auf der anderen Seite der Verweis aufs subjektive Bewußtsein der dem ganzen Prozeß Unterworfenen. Habermas geht es um den Nachweis, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch Freizeit, ebenso wie Arbeit „keineswegs in individuell disponibler, sondern in kollektiv disponierter Zeit" besteht[6]), und dies v o r jedem vermeintlich freien subjektiven Willensentscheid. H. hingegen beschränkt sich auf eine positivistische Hypostase eben dieser subjektiven Bewußtseinsinhalte. Entscheidend ist dabei, daß er den Unterschied nicht bemerkt.

Ist man nach der Lektüre dieses „Theoretischen Teils" versucht, das Buch enttäuscht beiseite zu legen, so entschädigt die sachliche und einwandfreie Aufbereitung der Befragungsergebnisse im zweiten, dem „Empirischen Teil", doch für so manche Strapaze. Methodisch wurde das Instrumentarium der Markt- und Meinungsforschung ausgiebig und sachkundig benutzt — das Allensbacher Institut beriet bei der Ausarbeitung des Fragebogens. Rangreihen- und Zuordnungsversuche, projektive Satzergänzungstests sowie sorgfältige Zeitprotokolle und Stichtagerhebungen wurden dort verwendet, wo einfaches Fragen vermutlich die Ergebnisse in systematischer Form verfälscht hätte. Durch Aufgliederung der Befunde nach Alter, Familienstand, Einkommenshöhe, Partei- und Religionszugehörigkeit etc. versucht H. eventuelle Zusammenhänge zwischen diesen Faktoren und unterschiedlichen Freizeitverhalten aufzufinden. Selbstverständlich kann an dieser Stelle nur auf einige wenige Resultate und Interpretationen näher eingegangen werden.

Im Mittelpunkt der Erhebung standen Fragen nach den liebsten und den effektiv häufigsten Freizeitbeschäftigungen. Außerdem sollten die Befragten angeben, wie sie ihre vermehrte Freizeit bei weiterer Reduktion der Arbeitszeit verwenden würden.

An erster Stelle sowohl der beliebtesten wie auch der effektiv häufigsten Freizeitbeschäftigungen steht das Lesen. Leider bleibt jedoch die naheliegende Frage nach der Art des bevorzugten und gewöhnlichen Lesestoffes unbeantwortet. Vollends unverständlich mutet die Bemerkung des Verf. an, die Beantwortung dieser Frage liege „außerhalb des durch unsere Untersuchung gegebenen Rahmens" (117). Immerhin macht H. darauf aufmerksam, daß 86% der befragten Arbeiter mindestens eine Tageszeitung abonniert haben. Außerdem haben nur 11% weniger als 10 Bücher, 20% der Befragten dagegen mehr als 100 Bücher in der Wohnung![7])

Obwohl also das Lesen sowohl die beliebteste als auch die häufigste Freizeitbeschäftigung der Zürcher Arbeiterschaft zu sein scheint, ist im übrigen jedoch das tatsächliche Freizeitverhalten keineswegs identisch mit den Lieblingsbeschäftigungen. So erscheint z. B. das Radio- und Schallplattenhören in der Reihe der bevorzugten Freizeitbeschäftigungen erst an zehnter Stelle, wird fast nie zu den bei weiterer Arbeitszeitverkürzung geplanten Aktivitäten gerechnet und nimmt trotzdem den zweiten Platz in der Liste der effektiv häufigsten Freizeitbeschäftigungen ein. H. schließt aus diesen und ähnlichen Befunden zu Recht: „Freizeitbeschäftigungen mit vorwiegend Zerstreuungscharakter, die dadurch gekennzeichnet sind, daß ihnen gegenüber mit Leichtigkeit eine Konsumhaltung eingenommen werden kann, . . . spielen eine geringe Rolle als Lieblingsbeschäftigungen. Dennoch können sie für die effektive Freizeitverbringung sehr wichtig sein" (106). Und er fügt hinzu: „Das Leitbild ist teilweise stark auf Freizeitbeschäftigungen ausgerichtet, die der Selbstentfaltung dienen, während im effektiven Freizeitverhalten diese Komponente viel weniger ausgeprägt ist." (198) Als weiteren Beleg führt er an, daß den vielzitierten „Hobbys" quantitativ bei weitem nicht die Bedeutung zukommt, die ihnen gewöhnlich zugeschrieben wird. Eine Erklärung für diesen Sachverhalt, mit der eine Theorie des

Freizeitverhaltens überhaupt erst zu beginnen hätte, bleibt er freilich schuldig.

Dafür hält er sich unbekümmert und optimistisch an die Angaben seiner Befragten über das, was sie in ihrer Freizeit am liebsten tun, und schließt daraus: „Auch bei einer allfälligen weiteren Reduktion der Arbeitszeit dürfte der Zürcher Arbeiter sehr wohl wissen, wie er seine freie Zeit verbringen soll. Jedenfalls fehlt es nicht an den entsprechenden Leitbildern." (107) Immerhin gesteht er zu, es hänge nicht nur von den Subjekten ab, inwieweit diese „Leitbilder" zu realisieren seien, sondern auch davon, was „von außen" an sie „herangetragen" werde. Abgesehen davon, daß in dieser Formulierung manipulative Momente wiederum verräterisch durchschimmern, hätte der Verf. spätestens dort stutzig werden müssen, wo er in diesem Zusammenhang auf Erwachsenenbildung und Freizeitzentren verweist. „Herangetragen" werden die Angebote dieser Institutionen bereits seit langer Zeit; eine Theorie hätte auszumachen, weshalb ihnen in der Realität eine so geringe Bedeutung zukommt, wie es H.s eigenes Material in aller Deutlichkeit demonstriert.

Die Tatsache, daß die Wunschvorstellungen trotz verlängerter Freizeit nicht realisiert werden, zeigt sich besonders deutlich, wenn man untersucht, ob die durch den arbeitsfreien Samstag gewonnene freie Zeit im Sinne der „liebsten" Freizeitbeschäftigungen verwendet wird. H. stellt fest: „Nachdrücklich ist festzuhalten, daß durch die Verlängerung des Wochenendes ‚neue' Freizeitaktivitäten in wesentlichem Umfange nicht hinzukommen." (193) Es treten also qualitativ andere Inhalte, die als Wünsche genannt werden und materiell durchaus möglich wären, trotz verlängerter Freizeit nicht auf, vielmehr werden die seitherigen Freizeitbeschäftigungen beibehalten, auch ändert sich an ihrer relativen Häufigkeit kaum etwas. Einzig und allein eine zeitliche Verlängerung findet statt: Man tut, was man seit je zu tun pflegte, bloß öfter und länger.

Freizeit definiert H. formal als „diejenigen Stunden des Tages, die nicht auf regelmäßige Erwerbsarbeit verwendet werden und die andererseits nicht dem Schlaf dienen." (102)[8]) So kommt er auf eine „Freizeit" von durchschnittlich sieben Stunden pro Tag, in der natürlich die Zeit für Arbeitsweg, Essen usw. mitenthalten ist. Dieses immerhin merkwürdige Vorgehen rechtfertigt H. durch die Festlegung, zur Freizeit seien alle nicht unmittelbar arbeitsbezogenen Aktivitäten zu rechnen. Das führt zu absurden Konsequenzen; so schreibt er über den Arbeitsweg[9]): „Die Arbeitsabhängigkeit dieser Freizeitaktivität liegt . . . einzig in der Tatsache, sie nicht umgehen zu können." (52)

Immerhin unterscheidet der Verf. von diesem doch recht anfechtbaren Freizeitbegriff die sogenannte „erlebte freie Zeit", in der der Befragte nach seinen eigenen Angaben „machen kann, was ich will"; diese beträgt im Durchschnitt knapp drei Stunden täglich. Trotz der Feststellung, daß selbst ein großer Teil dieser freien Zeit noch mit Tätigkeiten ausgefüllt ist, die zumindest teilweise Verpflichtungscharakter haben (Einkäufe, Besorgungen, Hausarbeiten), betrachtet H. diese Zeitspanne als völlig ausreichend und stellt befriedigt fest, „daß es in der industriellen Gesellschaft gelungen ist, jedem einzelnen einen beachtenswert großen Zeitraum zur Verfügung zu stellen, den er nach eigenem Ermessen zur Erholung, Zerstreuung und Selbstentfaltung nützen kann". (104 f.)

Der Gedanke, daß Freizeit umzuwandeln wäre „vom Arbeitsausgleich zum Lebensinhalt" (Habermas), kommt dem Verf. erst gar nicht. Selbst die populäre Rede von der „Freizeitproblematik", in der ein dem allgemeinen Betrieb nicht ganz integriertes Moment in Form von Unbehagen immerhin sich noch bemerkbar macht, ist bei H. eliminiert zugunsten eines frisch-fröhlichen Positivismus: Seht, was man in der Freizeit alles machen kann! „Freie Zeit ist längst keine Erlebnisgröße mehr, der man . . . ratlos gegenübersteht." (94)

H.s Buch vermittelt eine Fülle von interessanten Daten und Einzelheiten, beweist jedoch einmal mehr, daß eine so umfangreiche Untersuchung heute kaum noch unter der Regie eines einzelnen, sondern sinnvoll wohl nur von einem Team durchgeführt werden kann. Auch wenn H. sich selbst Bescheidenheit attestiert („Bewußt haben wir uns bei der Interpretation Zurückhaltung auferlegt") (221), so kann er doch den Eindruck der mangelnden theoretischen Bemühung nicht beseitigen. Seine eigenen Befunde hätten ihn zu solcher Anstrengung des Begriffs zwingen müssen, sie fordern dazu heraus.

Anmerkungen

[1]) Vgl. an amerikanischen Untersuchungen u. a.:
E. Larrabee und R. Meyersohn (Hsgb.): Mass Leisure. Glencoe 1958.
M. Kaplan: Leisure in America. New York 1960.
G. A. Lundberg: Leisure, A Suburban Study. Columbia Univ. Press.

[2]) Insbesondere ist hier zu nennen das Buch von V. Graf Blücher: Freizeit in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart 1956.

[3]) Eine Ausnahme bildet die allerdings unveröffentlichte Studie von G. Schmidtchen u. a.: Die Freizeit. Eine sozialpsychologische Studie unter Arbeitern und Angestellten. Repräsentativbefragung des Instituts für Demoskopie. Allensbach 1958. 2 Bde. Entsprechend den üblichen Verfahren der kommerziellen Meinungsforschung wird eine Fülle von „facts" mitgeteilt, ohne auch nur den Versuch einer theoretischen Verklammerung.

[4]) H. Schelsky: Die skeptische Generation. Düsseldorf 1958.

[5]) J. Habermas: Soziologische Notizen zum Verhältnis von Arbeit und Freizeit. In: Konkrete Vernunft (Festschrift für E. Rothacker). Bonn 1958

[6]) Habermas, a. a. O.

[7]) Zum Vergleich einige Daten für die westdeutsche Arbeiterschaft (nach Schmidtchen, a. a. O.):
Tageszeitung abonniert: ca. 60% (1957)
Kein Buch im Haus: 42% (Sommer 1955)
Weniger als zehn Bücher: 15%
Mehr als hundert Bücher: 3%

[8]) So übrigens auch Schmidtchen, a. a. O.

[9]) Der Zürcher Arbeiter scheint im übrigen in geradezu optimaler Entfernung von seinem jeweiligen Arbeitsplatz zu wohnen, der Weg zur Arbeit nimmt nämlich im Durchschnitt nicht mehr als eine knappe Viertelstunde in Anspruch. So wundert es nicht, daß 55% der Befragten zum Mittagessen nach Hause gehen!

Kein Tucholsky heute

Erich Kuby

Rede, gehalten im auditorium maximum der Universität Hamburg, 19. Februar 1965.

Er konnte gut schreiben. Er konnte sehr gut schreiben. Was heißt das? Was könnte es heißen? Die Sprache ein Stück weiterbringen. Nach Goethe konnte man deutsch nicht mehr so schreiben wie vor Goethe. Nach Nietzsche nicht mehr so wie vor ihm. Nach Thomas Mann nicht mehr so wie nach Nietzsche. Mit diesen Namen sind die Quantensprünge unserer Sprachentwicklung in moderner Zeit etwa bezeichnet. Hat Tucholsky in dieser Reihe seinen Platz? Ich glaube: nein. Er hat keine durchaus neue Dimension des Sagbaren geschaffen. Wohl aber hat er wie Heine der Sprache Goethes, dem Deutsch des 20. Jahrhunderts, einen Dienst geleistet: Er hat den lesenden Teil des Volkes auf neuesten Stand gebracht. Unter Verwendung des gerade geschaffenen Instrumentariums der Sprache haben er und Heine so getan, als sei es selbstverständlich, als sei gar nichts dabei, es zu verwenden. Bei Goethe, Nietzsche, Thomas Mann weiß jedes Kind: es handelt sich um Literatur — und das bedeutet, in einem unliterarischen Volk wie dem unseren eine Trennwand aufrichten: hier das Leben, dort der Zauberberg. Hingegen denkt bei Heine oder Tucholsky leicht einer: Das kann ich auch. Denkste! Gleichviel, der Irrtum, durch den des Lesers pures Vergnügen seine Ehrfurcht tilgt, setzt ihn, den Leser, instand, seine Gegenwart anzunehmen; und das bedeutet schon mehr als viele erreichen, die sich im Vorgestern integrieren und dabei stehenbleiben. Es ist also, meine ich, Tucholskys Sprachleistung mehr sozialpädagogischer als literarischer Art. Aber auch das ist ja wunderbar und seltsam, weil selten. Gleichwohl — wegen des Tucholskys, der aus dem Deutsch Tonio Krögers eine Volkssprache gemacht hat, versammeln wir uns 1965 nicht. Wobei freilich auch als sicher zu gelten hat, daß wir uns wegen eines Tucholskys, der kein Sprachvirtuose gewesen wäre, bei sonst gleichem Gesinnungsgehalt seines Werkes, ebenfalls nicht versammelten. Seine Wirkung war lebenslänglich, und bis heute an das Vergnügen gebunden, das er formal dem Leser bot. Diese Erkenntnis bereitete ihm Pein.

Doch war Taten tun nicht Tucholskys Geschäft. Er war ohne Autorität in Deutschland. Schon dadurch, daß sich seine Gesinnungspredigten so herrlich lasen; dadurch, daß er seine Sprache beherrschte, wurde er in der deutschen Öffentlichkeit zu einer durch und durch unseriösen Erscheinung. Man hatte ihm „Rheinsberg" und „Gripsholm" in gutem Deutsch noch hingehen lassen. Daß aber sogar die Sätze, mit denen er den Militarismus kritisierte, fehlerlos und klingend waren, verzieh man ihm nicht.

Dreißig oder vierzig Jahre später ist das anders. Jetzt lobt man ihn gerade für die formale Schönheit seiner Bekenntnisse. Um dessentwillen ist er der Wohlstandsgesellschaft teuer, daß er Dinge, die sich inzwischen als zutreffend herausgestellt haben, auch treffend ausdrückte. Auf eine erstaunliche Weise ist er uns teuer geworden. „Argus", das Ausschnittbüro, vermochte aus Anlaß dieses 75. Geburtstages ein paar hundert Artikel über ihn zu sammeln, und vielleicht ließe sich, würde auf Vollständigkeit Wert gelegt, noch einmal die gleiche Menge finden. Vom „Hamburger Abendblatt" bis zum „Neuen Deutschland" wird Tucholsky gefeiert, jenes ein Hausblatt Springers, dieses ein Hofblatt Ulbrichts.

So viel gesamtdeutsche Einigkeit macht stutzig. Alle, alle loben sie ihn wegen seiner politischen Haltung über den grünen Klee. „Wir dachten daran", steht im „Abendblatt", „wie sehr er unserer Zeit, die so empfindlich gegen Kritik ist, als Wachhund der Freiheit fehlt." „Neues Deutschland" aber schreibt: „Tucholsky ist für die heute in Westdeutschland herrschende Klasse so mißliebig wie ehemals." Geht man davon aus, daß unsere Zeitungsverleger und -redakteure zur herrschenden Klasse gehören, dann muß man sagen: Hier irrt „Neues Deutschland".

Es ist nicht wahr — unsere herrschende Klasse findet Tucholsky einen äußerst liebenswerten Sohn ihres liebenswerten Volkes. Die öffentliche Meinung ist darüber einer Meinung, repräsentiert von der bürgerlichen Presse eines 52-Millionen-Volkes, die von der „Soldatenzeitung" bis zum „Neuen Vorwärts" mit Tucholsky, der kein Marxist, aber entschieden links war, nicht einmal mehr Spurenelemente sozialistischer Ethik und Gesinnung gemeinsam hat. Liegt hier ein Mißverständnis oder tiefe Einsicht vor?

Sagen wir zunächst, daß diese Lobhudelei auf einen ebenso geistig schlichten wie politisch durchsichtigen Schwindel zurückzuführen ist, der seinen verbalen Ausdruck beispielsweise darin findet, daß nicht wenige dieser Erinnerungsaufsätze sich an ein Wort Tucholskys klammern, das da lautet: „Es gibt zwei Deutschland, eins ist frei, das andere ist knechtisch." Diesem empfindlichen Linken wird unterstellt, daß er, lebte er noch, einen anatomischen Schnitt durch die deutsche Volksseele entlang der Berliner Mauer gezogen hätte, so daß zum freien Deutschland Barzel, Hassel, Strauß, Adenauer, die Bundeswehr, die heutige Sozialdemokratie, Springer, der Atomminengürtel-Plan und die „Spiegel"-Justiz zählten, zum unfreien alle jene progressiven Sozialisten der DDR, von denen ich nur deshalb keinen mit Namen nennen möchte, weil das einer Denunziation gleichkäme

jenen gegenüber, die natürlich auch Tucholsky zum knechtischen Deutschland gerechnet hätten.
Auf so gangsterhafte Weise integriert also eine Gesellschaft, die Tucholsky widerlich fände, wenn er unter uns lebte, einen Mann, der sich dagegen nicht mehr wehren kann. Liest man ihn aber, und glaubt man ihm, was er geschrieben hat, und trotz richtiger Grammatik seiner Aussage sollte man einem Mann glauben, dem die allzu späte Erkenntnis der tatsächlichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse um 1933 das Leben nicht mehr lebenswert erscheinen ließ — glaubt man ihm, was er über den Militarismus und das Militär, über die Bourgeoisie und den deutschen Machtkoller, über deutsche Justiz und einige andere, durchaus nicht verschwundene Phänomene unserer heutigen politischen Wirklichkeit geschrieben hat —, dann dürfte man ihn füglich nicht feiern mit dem Tenor: Ach, wäre er doch unter uns. Vielmehr müßte man ihm einen Lebenslauf zubilligen, der, hätte er sich nicht umgebracht, etwa so gewesen wäre: 1945 Rückkehr aus Schweden, Mitarbeiter am Dritten Programm des Norddeutschen Rundfunks unter englischen Majoren und Axel Eggebrecht, 1950 Feuilletonredakteur am „L'Express" in Paris, 1960 Herausgeber einer Taschenbuchreihe rororo-aktuell, 1964 Rückkehr nach Schweden, 1965, wer weiß, Selbstmord am Mälarsee.
Aber die öffentliche Meinung feiert ihn. „Wir können nur feststellen, wie recht diese Kassandra gehabt hat", schreibt „Die Welt". Widerstand mit der Schreibmaschine — Der gar nicht tot zu kriegende Tucholsky — Tucholsky, ein prophetischer Warner — Bürger und Patriot (dies in einem Ost-Berliner Blatt) — Alte Liebe zu Tucholsky — Der das Wort wie den Degen führte — Gegen die Dummheit — Er sah das Unheil kommen — Warum uns Kurt Tucholsky fehlt — Goldenes Herz und eiserne Schnauze — so und ähnlich lauten die Überschriften der Jubiläumsartikel. Der Bürgerschreck als Bürgerliebling. Nur politische Falschmünzerei?
Nein. Ich glaube, hier folgt Umwertung der Einsicht, daß dieser Mann unwirksam wäre in unserer Zeit — fast so unwirksam wie er bereits zu seiner Zeit war, so daß man frère et cochon mit ihm spielen kann, und gleichzeitig die Politik treiben, die man treibt — rechts von der Mitte, und haargenau mit allen jenen Schwächen, Begierden, Illusionen, Dummheiten und Knechtsallüren, gegen die Tucholsky schrieb. Voltaire war wirklich eine Gefahr für die feudale Ordnung Frankreichs, Gorki für das Zarenreich, vielleicht sogar noch der „Simplizissimus" für Wilhelm II., Tucholsky aber keine Gefahr mehr für die herrschenden Klassen und die heraufdrängenden Mächte der 20er Jahre — und er wäre es heute noch viel weniger. Warum damals nicht? Lassen wir es dahingestellt, nachdem es geschichtlich erwiesen ist. Warum heute nicht?

Drei der möglichen Gründe möchte ich nennen:
Der politische Kämpfer Tucholsky bediente sich des Mittels der Satire. Er pickte größere oder auch kleinere Sachverhalte aus der Gesamtwirklichkeit heraus und gab ihnen durch die Darstellung ein überhöhtes Profil, wodurch diese Sachverhalte in ihrer politischen Bedeutung für mehr Menschen in einer ganz bestimmten Beleuchtung erkennbar wurden, als es ohne die Tucholskysche Darstellung der Fall gewesen wäre. Voraussetzung der Wirksamkeit dieses Verfahrens war, daß die Öffentlichkeit die Überhöhung noch wahrnahm, oder anders gesagt: daß die Wirklichkeit dem Satiriker Spielraum zur Übertreibung ließ.
Was ich jetzt durch Beispiele verständlich machen will, hätte ich zu jedem anderen Zeitpunkt der letzten zehn Jahre durch ebenso krasse und ebenso aktuelle Beispiele belegen können. Im Februar 1965 bieten sich folgende an: Ein Staat, der von den Ostblockstaaten erwartet, daß sie ihm seine sogenannte „Friedenspolitik" zu hundert Prozent abkaufen, liefert an einen Staat, dessen innere Dynamik und äußere Situation etwa so friedlich sind wie ein Eimer Benzin neben einem offenen Feuer, 200 Panzer, in Worten: zweihundert, also eine ganze Panzerdivision, die im Negev kaum genug Platz hat, kehrt zu machen. Er liefert, ohne das eigene Parlament zu verständigen, und nicht einmal der Nahostexperte des AA durfte es wissen. Das heißt, die Regierung dieses Staates hatte die Vorstellung, daß man z. B. auf dem Rathausmarkt von Hamburg einen Flugzeugträger aufstellen kann, ohne daß die Bevölkerung von Hamburg sagt: Ei sieh mal, da steht ja ein Flugzeugträger.
In diesem Staat wird derzeit ein großes Gewese wegen der Verjährungsfrist von NS-Morden gemacht, und die führenden Politiker, die der Meinung sind, es dürfe die Frist nicht verlängert werden, argumentieren, die Quellen seien ausgeschöpft, alle Fälle juristisch mobilisiert. Zu einer Hauptquelle, einem Archiv in Warschau, reiste der Oberstaatsanwalt, der diese Verfahren in Gang zu setzen hat, vor knapp sechs Wochen zum ersten Mal. Dort mit der Behauptung konfrontiert, er sei Mitglied der NSDAP gewesen, sagte er, er sei's nicht gewesen — sagt er, wie wir jetzt wissen, nicht etwa infolge einer vorübergehenden Absence, sondern weil er der Ansicht war, Kommunisten lögen auch dann, wenn sie die Wahrheit sagten, und also sei nicht Lüge, ihnen gegenüber nicht die Wahrheit zu sagen. Das für diesen Oberstaatsanwalt zuständige Justizministerium aber sagte im gleichen Augenblick, der Beamte sei Nationalsozialist gewesen — und warum auch nicht?
In diesem Staat ergibt sich die Notwendigkeit, den Führer eines anderen Staates davon zu überzeugen, daß es einen gewissen dritten Staat nicht gäbe, oder, wenn doch, er nicht zur Kenntnis genommen werden dürfe. Um für diese Ansicht zu werben, sendet unser Staat einen Vermittler aus, der ein Klerikalfaschist ist, und sich außerdem für diese Mission dadurch empfiehlt, daß er früher als Waffenhändler mit jenem Staat zu tun hatte, zu dem ihn unser Staat schickt.
Ich glaube nicht, daß irgend jemand unter Ihnen ist, der hier noch die Möglichkeit satirischer Überhöhung sähe. Aber das

ist nur die eine Seite der Sache. Die andere ist, daß unsere Öffentlichkeit das alles zwar ein wenig komisch findet, vielleicht sogar ein bißchen ungeschickt, nicht aber willens ist, dergleichen Erscheinungen einmal in ihren historischen Zusammenhang zu stellen und die Frage aufzuwerfen, wohin das führen könnte. Was soll da ein Tucholsky — der auch in der „Frankfurter Allgemeinen" eine gute Presse hat, die just heute schreibt: „Beim inneren Aspekt dieser Waffenlieferungen braucht man sich hier nicht aufzuhalten."

Zweitens, glaube ich, hätte ein Tucholsky heute verspielt, weil seine Sprache, die literarische Sprache überhaupt, kein geeignetes Mittel mehr ist, gesellschaftliche Verhältnisse im direkten Zugriff durchsichtig zu machen. Nicht von ungefähr sind fortschrittliche Schriftsteller, wie sie etwa in der Gruppe 47 zu finden sind, entweder sprachlich ambitiös und dann politisch impotent oder gesinnungsfreudig und dann formal von gestern. Man kann nicht nur über Auschwitz keine Literatur machen oder emotionale Kritik treiben. Auch die Bundeswehr, beispielsweise, entzieht sich ihr. Was kommt bei emotionaler Kritik an ihr heraus? Der Schleifer von Nagold. Als Verteidigungsminister kann man doch nur Gott danken, und sicher danken Verteidigungsminister Gott, wenn linke Intellektuelle sich über Nagold aufregen. Die Ablenkung auf das absolut Unwesentliche erlaubt, im wesentlichen unkontrolliert zu finassieren.

Wesentliches herauszufinden etwa in bezug auf die Bundeswehr, es wäre nicht mehr Tucholsky-Sache, es war des „Spiegels" Sache — die er erledigt durch strohtrockene und durchaus kunstlose Information. Und da zeigte sich denn auch, daß das Stachelschwein doch gebissen werden kann. Es schrie auf. Noch viel wirkungsvoller wäre gewesen — und noch viel gefährlicher für jene, denen der Frieden am Herzen liegt —, wenn Lichtpausen von den Lochstreifen eines Computers veröffentlicht worden wären, der mit den Daten von „Fallex" gefüttert wurde. Das zieht durch, obschon es niemand mehr versteht, außer den Experten, und nur das zieht durch, was die Experten bloßstellt in ihrem systematischen Wahnsinn. Alles andere ist mehr oder weniger Lyrik und läßt den Gegner, den man treffen will, kalt.

Haben die Kunstsprache und die Gesinnungsbekundung emotionaler Art heute und hier keine politische Kraft mehr, so könnten doch, gäbe es der Tucholskys, die deutschen Zeitungen in wiederum vierzig Jahren schreiben: Wir waren zwar blöd, aber wir waren nicht alle blöd. Das sagen sie jetzt von dem Zeitraum 1920 bis 1933 Tucholskys und anderer wegen, das sagen sie von dem Zeitraum 1933 bis 1945, weil es die „Weiße Rose" gab. Alibis sind eine feine Sache — nur leider für die Vorwärtsverteidigung des Friedens ohne jeden Belang.

Ein dritter Gesichtspunkt sei erwähnt: Der einzelne vermag mit dem Wort ohne Macht überhaupt nichts mehr für oder gegen die Gesellschaft zu tun. Macht sei in doppeltem Sinne verstanden: daß der, der das Wort führt, Macht hat; oder daß das Wort derart vervielfältigt werden kann, daß es Macht gewinnt.

Tucholsky war ein einzelner, und obschon er um des Glanzes seiner Formulierungen wegen gedruckt wurde — wie groß war denn die Verbreitung seiner eigentlich politischen und gesellschaftskritischen Arbeiten wirklich? War es nicht beinahe so, als schriebe heute einer in den Werkheften katholischer Laien oder in der „Neuen Kritik" des SDS. Dort wird geschrieben, und es wird dort gedacht, großartig, daß es noch Orte in der Bundesrepublik gibt, wo politisch gedacht wird. Es handelt sich um Laboratorien, wo allenfalls und bestenfalls Modelle entwickelt werden — und vielleicht ist das die gesellschaftliche Funktion des einzelnen, der nur über das Wort verfügt: Modelle zu entwickeln, entweder rein durchs Denken oder auch an Hand durchdachter Experimente, so wie es Dolci in Sizilien macht, der längst davon abgekommen ist, die Wirklichkeit ändern zu wollen. Nicht einmal das hält er noch für möglich: von seiner Position des einzelnen, der einzelnen aus die Wirklichkeit dieses kleinen, nach Veränderung schreienden Siziliens verändern zu können. Er baut Sozialmodelle für unterentwickelte Gemeinschaften und bietet sie an. Wer sich ihrer bedient im großen Maßstab — das ist eine ganz andere Frage, ganz anderer Entscheidung vorbehalten.

Es ist aber die Enthaltsamkeit, die Reduktion auf das Wort nicht jedermanns Sache, und je mehr einer Tucholskys Gesinnung in sich hat, desto mehr drängt es ihn zur Aktion. Aber er kann nicht! Warum nicht? Weil die erkundete Wahrheit keinen Effekt mehr ausübt, wenn sie nicht mit Macht verbreitet wird. Die Gesellschaft ist moralisch nicht mehr reagibel, die freie, pluralistische Gesellschaft des Westens.

Die meisten, die sich des Wortes bedienen können, verfügen nicht über persönliche Macht — es sei denn jene, die in der Vervielfältigung liegt. Um die Quantität besorgt, muß, wer sie erreichen will, die Qualität ihr unterwerfen. Nur das Wort in ganz bestimmter Qualität ist millionenfach zu vervielfältigen und wird millionenfach konsumiert. Es ist nicht Tucholskys Qualität. Er war viel zu subtil, viel zu ungenau, um genau zu sein, viel zu wenig informiert auch, um seine Gesinnung massenhaft verbreiten zu können, ganz zu schweigen davon, sie massenhaft zu übertragen.

Hieraus ergibt sich, was noch Wirkung verspricht: die gezielte, massenhaft verbreitete Information — der natürlich der gezielte Kommentar folgen kann. Der Kommentar allein aber reicht nicht mehr. Ein derart düpiertes Volk wie das unsere mißtraut — mit Recht — der bloßen Gesinnungsbekundung gerade dann, wenn sie die Grobheit des Massenhaften annimmt. Den Spielraum, den der Satiriker gegenüber der Wirklichkeit brauchte, um seine Mittel anwenden zu können, ihn hat heute die Rechenmaschine, der die Öffentlichkeit Kredit gibt. Was von dort kommt, wird angenommen. Tucholsky wußte immer, oder doch meistens, was richtig und was falsch war. Was war, davon hatte er in aller

Regel nur eine schattenhafte Ahnung. Wir müssen wissen, was ist — und eben diese Sachverhalte entziehen sich meistens der allgemeinverständlichen Mitteilung und schon ganz und gar der formal verführerischen Mitteilung.
Sie, Studenten dieser Universität, werden früher oder später einen Beruf ausüben, in dem es darauf ankommt, Sachzusammenhänge zu überschauen, Daten zu verarbeiten, Leistungen zu erzielen. Vielleicht werden Sie das großartig machen. Aber wie großartig Ihre Leistung auch sein mag, wie vollkommen Ihre Sachkenntnis — Sie sind nicht sicher davor, ob Sie sich damit nicht im negativen Raum bewegen. Mit einem Wort: Es ist ebenso gefährlich, nur Experte zu sein, wie es wirkungslos ist, nur Tucholsky zu sein. Glauben Sie bitte nicht, daß ein gesellschaftlicher Fortschritt möglich sei, solange folgende Arbeitsteilung stattfindet: Die einen vermögen das output eines Computers richtig zu entschlüsseln, die andern verstehen davon nichts, wollen aber darüber entscheiden, was das output wert ist für den Menschen. Das aber ist unser gesellschaftlicher Zustand, genau diese Kluft besteht zwischen Handeln und Entscheiden, und deshalb sind unsere Verhältnisse nicht nur unbehaglich, sondern ausgesprochen gefährlich. Wolfgang Neuss, den Berliner Satiriker, hörte ich kürzlich sagen, als er sich mit der Vorstellung herumschlug: Was ich tue, nützt ja doch nichts: „Die da drüben (er meinte Ost-Berlin) werden eher in der Lage sein, ihren Staat umzubauen, als wir den unseren." Das ist wahr. Die Trennung von Handeln und Gesinnung gibt es in einem ideologisch geschlossenen System nicht, und wenn es dort so wenig Spielraum für verändernde Kräfte gibt, so hat das unter anderem, ich sage: unter anderem, auch den Grund, daß die geringste Kraft viel bewirkt. Bei uns aber rennen wir allenthalben an Gummiwände, wir sind von ihnen umgeben, und wenn Sie so wollen: Wir leben derart in einer Gummizelle. Das war Tucholskys Lebensgefühl, als er sich umbrachte. Ich denke, wir sollten uns nicht umbringen, sondern neue Methoden bei gleicher Gesinnung anwenden.

Rede des SDS-Bundesvorsitzenden Helmut Schauer auf der 6. ordentlichen Bundesdelegierten-Konferenz des SHB

Zum ersten Male seit Gründung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes war der SDS Gast der Bundesdelegiertenkonferenz dieses Verbandes. Fünf Jahre nach seiner Gründung hat der SHB sich in einer Reihe wichtiger politischer Fragen in Gegensatz zur offiziellen SPD-Politik gebracht. Der Gegensatz zwischen Intellektuellen und Parteipolitikern ist nun auch im Verhältnis SPD-SHB aufgebrochen. Anders jedoch als 1960 beim SDS, der sich damals gegen das Godesberger Programm richtete, hieß die Parole auf der DK in Marburg „Zurück zum Godesberger Programm", „Für Brandt, gegen Wehner".
Kai Hermann berichtete in der „Zeit" (vom 19. 3. 1965): „Man sprach weniger von ‚Rücksichten im Wahljahr' und mehr vom ‚Immobilismus' der Partei, den man nicht mitmachen wolle, und von ‚unterentwickelter innerparteilicher Demokratie'." Der SHB lehnte ‚jede Beteiligung der Bundesrepublik an atomaren Streitkräften ab', und er äußerte ‚starke Bedenken gegen eine Große Koalition'." Er forderte die Preisgabe der Hallstein-Doktrin und erklärte sich bereit, ein gesamtdeutsches Studententreffen in der DDR zu orga-

Suhrkamp Verlag Frankfurt

David Riesmann

Freud und die Psychoanalyse

edition suhrkamp. Band 110. DM 3,–

Die vier Studien über Arbeit und Spiel, Autorität und Freiheit, Heroismus und Schwachheit im psychoanalytischen System sind kritische Interpretationen Freudscher Theorien, die sowohl in ihrer geschichtlichen Bedingtheit verstanden als auch in ihrer aktuellen Gültigkeit erkannt, also „weitergedacht" werden – aus der Perspektive eines Soziologen.

Joachim Ritter

Hegel und die Französische Revolution

edition suhrkamp. Band 114. DM 3,–

Eine Analyse und Deutung von Hegels politischer Philosophie, die von Anfang an der Französischen Revolution und ihrem absoluten Freiheitsbegriff verpflichtet war.

Existentialismus und Marxismus

Eine Kontroverse. Mit Beiträgen von Jean-Paul Sartre, Roger Garaudy, Jean Hyppolite, Jean-Pierre Vigier, Jean Orcel.
edition suhrkamp. Band 116. DM 3,–

Der Band enthält das Protokoll des berühmten und folgenreichen Streitgesprächs über das marxistische Denken, das am 7. Dezember 1961 an der Sorbonne stattgefunden hat. Es sollte geklärt werden, ob die Dialektik ein Naturgesetz oder nur ein Gesetz der Geschichte sei.

Theodor W. Adorno

Noten zur Literatur III

Bibliothek Suhrkamp. 210 Seiten. DM 5,80

Inhalt: Zu einem Porträt Thomas Manns · Bibliographische Grillen · Rede über ein imaginäres Feuilleton · Sittlichkeit und Kriminalität · Der wunderliche Realist · Engagement · Voraussetzungen · Parataxis.

nisieren. Die größte Provokation gegenüber dem Parteivorstand beging der SHB mit der Entscheidung, eine offizielle Beobachterdelegation zu dem Jugend-Festival nach Algier zu schicken. Helmut Schauer lud den SHB ein, zusammen mit dem SDS und dem LSD an der Vorbereitung des Festivals teilzunehmen.

Die SPD reagierte auf so viel Rebellion mit dem Entzug ihrer Unterstützung. Erler erklärte laut „Zeit" vom 2. 4. 65, „er werde nicht mehr an Veranstaltungen des SHB teilnehmen". Eine spektakuläre Trennung vom SHB wie seinerzeit vom SDS „plant der SPD-Vorstand zur Zeit jedoch ebensowenig wie die Gründung einer dritten sozialdemokratischen Studentenorganisation".

Für die Einladung zu Ihrer Delegiertenversammlung danke ich Ihnen. Es macht mir besondere Freude, vom SDS an Sie Grüße zu überbringen, weil unsere beiden Verbände durch ihren gemeinsamen Ursprung im alten SDS verbunden sind.

An den Hochschulen der Bundesrepublik wächst seit einiger Zeit die Kritik an der Politik der Parteien und der Regierung. Politische Veranstaltungen sind meist gut besucht, oppositionelle Thesen finden Beifall, und die Mitgliederzahlen aller linken Studentenverbände scheinen zu wachsen. Seit der „Spiegel"-Affäre waren es in vielen Fällen Intellektuelle und Studenten, die gegen antidemokratische Tendenzen und gegen eine unrealistische, gefährliche Außenpolitik Widerstand leisteten.

Um so mahnender wird der Zeigefinger gegen diese störrischen Intellektuellen erhoben: Sogar Lesungen von DDR-Literaten im Berliner Studentenheim Siegmunds Hof, sogar der Beschluß von LSD und SDS, an dem Festival in Algerien teilzunehmen, gehören in den Zusammenhang einer neuen Infiltrationsoffensive der SED — wie Herr Mattick neulich meinte.

In anderen Ländern sind oft die Studenten Schrittmacher der demokratischen Linken. Erst vor wenigen Tagen haben LSD, SHB und SDS gemeinsam beim spanischen Kultusminister protestiert, der die Forderungen der Madrider Studenten nach einer frei gewählten Studentenvertretung mit Polizeiknüppeln beantwortet hatte. Wir erklärten uns mit unseren spanischen Kommilitonen solidarisch, weil sie stellvertretend für die spanische Bevölkerung kämpften, der das Recht auf freie und geheime Wahlen noch immer verweigert wird.

Studenten, die mehr als das Gros der Bevölkerung Zugang zu Informationen haben, die noch nicht der schematischen Trennung von Arbeit und Freizeit ausgeliefert sind, haben die Chance, auf politische Vorgänge sensibler zu reagieren. Wenn sie Öffentlichkeit als kritische Instanz für politische Entscheidungen begreifen, sind sie selbst ein wesentlicher Teil eben dieser Öffentlichkeit, die Freiheit garantieren sollte und die nun selbst im Namen der Freiheit bedroht wird.

Die Verbände auch der deutschen Studenten sind Kristallisationskerne politischer Öffentlichkeit, solange sie noch in der Lage sind, ihre politischen Positionen selbst zu begründen und zu bestimmen. Der SDS begrüßt es, daß sich nun in allen linken Studentenverbänden Arbeitskreise und Studiengruppen durchsetzen: erst die verbindliche wissenschaftliche Diskussion ihrer eigenen Theorie und Praxis gibt diesen Verbänden das nötige Selbstbewußtsein, sich gegen Manipulationsversuche von außen zu wehren.

Solche Diskussionen führten zu einer engeren Zusammenarbeit der Verbände auf hochschul- und bildungspolitischem Gebiet, weil die studentische Interessenvertretung ihre zentralen Aufgaben immer mehr außer acht ließ und die Neigung staatlicher und universitätsinterner Behörden zu administrativer Lösung qualitativer Probleme wuchs. Die Höchster Vereinbarungen waren ein Erfolg. Sie förderten das gemeinsame Informationsniveau bei den beteiligten Verbänden, boten Möglichkeiten zu gemeinsamen Aktionen und führten bei den Parlamentswahlen am Semesterende zu ersten Ergebnissen. Dieser Versuch gemeinsamer aktiver Hochschulpolitik muß aber scheitern, wenn er auf kleinliche hochschulpolitische Stellungskämpfe beschränkt bleibt. Er kann in dem Maße erst erfolgreich werden, in dem es noch weit mehr als bisher gelingt, die Studenten zu politisieren. Das kann Hochschulpolitik allein nicht erreichen. Studenten gewinnen aktives politisches Interesse eher erst an allgemeinen politischen Fragen und stoßen dann auf ihre unmittelbaren Interessen. Politisches Interesse wächst aber auch mit der Möglichkeit, etwas bewirken zu können.

Gemeinsam würden die Verbände der Höchster Vereinbarung sicherlich mehr erreichen als jeweils allein. Die Höchster Vereinbarungen müssen also erweitert werden, wenn man ihrer ursprünglichen Intention näher kommen will.

Der SDS erklärt sich zu engerer politischer Zusammenarbeit mit den in der Höchster Vereinbarung zusammengeschlossenen Verbänden bereit. In der Praxis der Hochschulgruppen ist schon seit einiger Zeit in vielen gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen vorbereitet, was nun auch die Vorstände gemeinsam tun könnten. Wir wollen politische Differenzen keineswegs verwischen, sie müssen diskutiert werden. Aber in den Punkten, in denen wir übereinstimmen, sollten wir mehr als bisher zusammenarbeiten.

Vor und nach den Bundestagswahlen, wenn gefährliche Notstandsparagraphen gegen den Willen der Gewerkschaften und vieler Wissenschaftler verabschiedet oder wenn ein Herr Strauß wieder Minister werden soll, erhält die Notwendigkeit solcher Zusammenarbeit für die Erhaltung der Demokratie in der Bundesrepublik höchst dramatische Bedeutung.

Hinweise:

Das im Februar-Heft angekündigte Buch: „Gloom over Southern Africa" von Franz J. T. Lee wird erst Ende Mai erscheinen. Die Bestellungen werden ab 25. Mai erledigt.

Wegen Platzmangels können leider auch in diesem Heft keine Zeitschriftenhinweise abgedruckt werden.

Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet
und in Westberlin

Erklärung zur Notstandsgesetzgebung

Wir wenden uns gegen die beabsichtigte Verabschiedung des vom Rechtsausschuß des Bundestages am 17. März fertiggestellten Entwurfs eines verfassungsändernden Notstandsgesetzes.

Diese Notstandsverfassung steht im Widerspruch zu dem in der Verfassung verankerten Prinzip der Gewaltenteilung, sie ist unvereinbar mit den demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien des Grundgesetzes:

1. Generalklauseln erlauben der (jeweiligen) Bundesregierung eine nahezu totale Übernahme der Macht im Staate unter dem Hinweis darauf, daß „die Lage unabweisbar sofortiges Handeln erfordert".
2. Die Notstandsverfassung macht der Exekutive die Usurpation von Legislativrechten möglich.
3. Sie gestattet einer Regierungsmehrheit die zeitlich unbefristete Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes und damit unter anderem die Aussetzung von Wahlen für diese Zeit.
4. Sie läßt eine Ausschaltung parlamentarischer Opposition zu.
5. Sie schafft die Voraussetzung für eine Gleichschaltung der Länder im Notstandsfall.
6. Sie ermöglicht die Unterdrückung der Freiheit der Information und der öffentlichen Meinungsäußerung; die Einsetzung von Fernseh- und Rundfunkkommissaren und die wirtschaftliche Vernichtung mißliebiger Presseorgane.
7. Sie erlaubt die Ausschaltung der Gewerkschaften und eine Zivildienstpflicht der Arbeitnehmer unter quasi militärischer Verfügung der Unternehmer.
8. Sie ermächtigt die Regierung zur Entscheidung über den bewaffneten Einsatz der Streitkräfte im Innern.
9. Sie macht es einer parlamentarischen Mehrheit möglich, dem Bürger das Recht zu nehmen, sich mit einer Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht zu wenden.

Die vom Rechtsausschuß vorgeschlagene Notstandsverfassung gibt den herrschenden Gruppen in einer Krisensituation ein Mittel in die Hand, ihre demokratische Ablösung zu verhindern. Sie schafft die Gefahr eines Staatsstreiches von oben.

Die Geheimhaltung der Ausschußberatungen hat die öffentliche Diskussion erschwert. Nun soll die Verfassungsänderung im Bundestag kurzfristig durchgepeitscht werden.

Das darf nicht geschehen! Es kommt jetzt darauf an, daß alle entschiedenen Demokraten dem entgegentreten.

Wir haben uns zu gemeinsamen Aktionen entschlossen und bitten, diese zu unterstützen.

Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen — Humanistische Studentenunion — Liberaler Studentenbund Deutschlands — Sozialdemokratischer Hochschulbund — Sozialistischer Deutscher Studentenbund

Neu in der Sammlung »res novae«

Band 35 **Siegfried Braun, Burkart Lutz, Theo Pirker und Heinz Theo Risse**
ZWISCHEN STILLSTAND UND BEWEGUNG
Eine kritische Untersuchung über die Gewerkschaften in der modernen Industriegesellschaft
Herausgegeben von Alfred Horné
84 Seiten Paperback 6,80 DM

Band 36 **Fritz Bauer, Margherita von Brentano, Iring Fetscher, Peter Fürstenau, Wolfgang Hochheimer, Friedrich Minssen**
ANTISEMITISMUS
Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft
Herausgegeben von H. Huss und A. Schröder
194 Seiten Paperback 9,80 DM

Band 37 **Helmut Ridder**
GRUNDGESETZ, NOTSTAND UND POLITISCHES STRAFRECHT
Bemerkungen über die Eliminierung des Ausnahmezustandes und die Limitierung der politischen Strafjustiz durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
52 Seiten Paperback 4,80 DM

Band 38 **Fritz Vilmar**
RÜSTUNG UND ABRÜSTUNG
ca. 160 Seiten Paperback 7,80 DM

Band 39 **Otto Veit**
CHRISTLICH-JÜDISCHE KOEXISTENZ
144 Seiten Paperback 6,80 DM

Band 40 **Achim von Loesch**
DIE GRENZEN EINER BREITEREN VERMÖGENSBILDUNG
Zur Problematik der Eigentumspolitik
156 Seiten Paperback 7,80 DM

Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main

SFV

Fischer Paperbacks
Welt im Werden

Stafford Beer — **Kybernetik und Management**
256 Seiten. 9,80 DM

Richard F. Behrendt — **Soziale Strategie für Entwicklungsländer**
Entwurf einer Entwicklungssoziologie
Originalarbeit. 640 Seiten. 19,80 DM

Walter Buckingham — **Automation und Gesellschaft**
230 Seiten. 9,80 DM

Colin Cherry — **Kommunikationsforschung - eine neue Wissenschaft**
400 Seiten. 12,80 DM

Theodosius Dobzhansky — **Dynamik der menschlichen Evolution**
Gene und Umwelt. 484 Seiten. 15,80 DM

Helmar Frank (Hrsg.) — **Kybernetische Maschinen**
Prinzip und Anwendung der automatischen Nachrichtenverarbeitung
456 Seiten mit 160 Zeichnungen und Abbildungen. 19,80 DM

P. B. Medawar — **Die Zukunft des Menschen**
148 Seiten. 5,80 DM

Oskar Morgenstern — **Strategie - heute**
324 Seiten. 8,80 DM

S. Fischer Verlag